



Politische Berichte

Nummer 15 / 11. Jahrgang

20. Juli 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: „Nato im Wandel“ * DDR: Vernichtungsschläge gegen die LPG * Interview mit MdL der Grünen zum neuen Polizeigesetz in Bayern * Uni Stuttgart: Widerstand gegen Rüstungsforschung * Diskussion: Linke und Wahlen

Sowjetunion soll unters IWF-Diktat

16. Weltwirtschaftsgipfel: Weltbank gibt westdeutscher Annexionspolitik grünes Licht

Vom 9. bis 11. Juli fand in Houston (Texas, USA) der 16. Weltwirtschaftsgipfel der führenden imperialistischen Staaten statt. Teilnehmer waren die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA, außerdem die EG. Unter den Themen „Kredite für die

Sowjetunion“, „Abbau“ der sog. „Agrarsubventionen“ und globaler „Umweltschutz“ ging es um die Ausweitung imperialistischer Expansion bei wachsender innerimperialistischer Konkurrenz. Zum Ergebnis gehören Vereinbarungen, die den BRD-Kriegszug gegen Osten legitimieren.

Außerdem bei den Verhandlungen über Kredite an die Sowjetunion fand in Houston auch in der Frage der sog. „Agrarsubventionen“ eine Fortsetzung des Streits zwischen USA und EG-Staaten statt. Präsident Bush und der US-amerikanische Landwirtschaftsminister forderten die EG-Staaten zu einer Senkung der Finanzmittel, die EG-Agrarprodukte auf dem Weltmarkt verbilligen. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt. Die Differenzen sollen im Rahmen der GATT-Verhandlungen (Allgemeine Vereinbarungen über Zölle) fortgeführt werden.

Sodann behandelte die Konferenz eine Reihe von Einzelfragen, die alle bestens dazu geeignet sind, unter vorgeblich allgemeinen, jedem irgendwie einleuchtenden sog. „Sachfragen“, gemeinsame Einmischung und Aggression zu vereinbaren, so z.B.: Schutz des Regenwaldes

vor denen, die ihn bewohnen, und vor den Staaten, zu denen er gehört, Terrorrismusjagd rund um die Welt.

Für den weiteren Fortgang der westdeutschen Annexions- und Kolonialpolitik war der Ausgang der Verhandlungen über die Kredite an die Sowjetunion von besonderer Bedeutung. Bisher hat die Bundesregierung eine Fünf-Milliarden-DM-Bürgschaft für Kredite westdeutscher Banken an die Sowjetunion übernommen. Bereits seit dem letzten Wirtschaftsgipfel in Dublin aber versuchen BRD und Frankreich die anderen beteiligten Staaten unter das Projekt eines neuen „Marshall-Planes“ für die Einführung der Marktwirtschaft in der Sowjetunion zu bringen. Unter EG-Führung soll dazu ein 15-Mrd.-Dollar-Kredit mit entsprechenden Auflagen vergeben werden. Darauf einigten sich die

führenden imperialistischen Staaten aber nicht.

Vielmehr zeigte die Konferenz, daß die konkurrierenden westlichen Staaten — also auch die USA und Japan — eigene Rechnungen mit den sozialistischen Ländern aufzumachen gedenken, um ihre Interessen direkt durchzusetzen. Die USA haben angebliche Forderungen an die Sowjetunion aus der Zeit des Zarenreichs und der Kerenski-Regierung (d.h. von 1917) ausgekramt und gedenken sie der Sowjetunion zu präsentieren.

Japan erinnerte mehrfach daran, daß auch gegen China eine passende Wirtschaftsstrategie von Nöten sei und ließ seine Grenzforderungen gegen die Sowjetunion in das Schlusskommuniqué aufnehmen.

Statt sofortige Kreditmaßnahmen zu beschließen, einigten sich die Gipfelparteien darauf, die gemeinsamen Interessen am Umsturz der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Sowjetunion und in den Ländern des östlichen Europa über die Institutionen wie IWF und Weltbank zu verfolgen und die Sowjetunion deren Diktat zu unterstellen. Die Abschlußerklärung hält dazu fest: „Wir haben uns darauf geeinigt, den IWF, die Weltbank, die OECD und den designierten Präsidenten der EBRD (Europäische Entwicklungsbank) in einer Konsultation mit der EG-Kommission zu bitten, eine detaillierte Studie der sowjetischen Wirtschaft abzugeben und die Kriterien festzulegen, nach denen wirtschaftliche Hilfe des Westens diese Reformen effizient unterstützen könnte.“

Das war auch gleich die Antwort des Wirtschaftsgipfels auf ein Schreiben von Staatspräsident Gorbatschow an die Konferenz. Gorbatschow hatte in seinem Schreiben die Notwendigkeit gleichberechtigter „ökonomischer Partnerschaft aller Staaten unter Einschluß der Entwicklungsländer“ gefordert.

Die Kolonialpolitik der BRD gegen Osteuropa erhielt durch die Erklärung des Wirtschaftsgipfels Rückendeckung. Die wirtschaftliche „Liberalisierung“ wird begrüßt, die zu einer offenen, „demokratischen und pluralistischen Gesellschaft“ führen werde. Und: „Einige Staaten sind bereits jetzt in der Lage, weitreichende finanzielle Darlehen zu geben.“

Quellen: Handelsblatt, Financial Times, Welt, vom 10./11./12.7. — (chc)



Erste Anwendungen des neuen Ausländergesetzes: 30000 Krankenschwestern aus Jugoslawien sollen für Krankenhäuser in der BRD angeworben werden. Wie eine Belgrader Zeitung meldete, sollen sie aber nur befristet eingestellt werden. Erstmals nach 17 Jahren wird damit der Anwerbestopp für Beschäftigte aus Jugoslawien aufgehoben — aber mit Zwangsvorpflichtung zur Rotation.

EG versucht Erpressung

EG-Imperialisten wollen ungehinderten Zugriff auf Albanien

„Warum halten sie diese Personen in Botschaften, wenn sie nicht strafrechtlich verfolgt werden? ... Es ist klar, daß sie solche Dinge tun, um einen Zustand der Spannung und der Opposition zu den Gesetzen und Regeln des albanischen Staates zu schaffen.“ So kommentierte laut der britischen Zeitung „Independence“ die albanische Regierung die Aufnahme von knapp 4600 Albanern in den westdeutschen, italienischen, französischen, tschechoslowakischen und ungarischen Botschaften. Die BRD hat durch ihre Manöver mit Bürgern der DDR im vergangenen Jahr die Vorreiterrolle für solche Art von Einmischung in andere Länder gespielt. Ähnlich auch diesmal. 3200 Leute in die BRD-Botschaft aufzunehmen und sie zwei Wochen zusammengepercht zu lassen, war ein Erpressungsmanöver, bei dem die Verantwortlichen Tote nicht ausgeschlossen haben.

Die Räumung der Botschaften durch Ausreise kam im wesentlichen auf UNO-Vermittlung zustande. Das war nicht die Absicht der Bundesregierung und anderer europäischer Staaten. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Juli hatte die BRD direkt nach der Aufnahme der Albaner eine Sondersitzung einer Arbeitsgruppe der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) einberufen mit der Absicht, die Verhandlungen über diese EG-Institution zu führen. Dies scheiterte an der albanischen Regierung.

Albanien ist das letzte Land auf dem europäischen Kontinent, auf das die

westeuropäischen Imperialisten keinerlei Zugriff haben. Obwohl es ein kleines Land ist, ist den Imperialisten ein unumschränkter Zugriff wichtig. Albanien verfügt mit Chrom und Molybdän über Stahlveredlungsrohstoffe, die z.B. die BRD-Imperialisten bislang weitgehend aus Südafrika beziehen.

In Albanien bestehen zur Zeit große Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung, sowohl mit Lebensmitteln, aber auch mit anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Dies hat nach Berichten der Partei der Arbeit Albaniens verschiedene Ursachen. Einige davon sind:

Zum einen sind durch die Umwälzungen in den Staaten des RGW viele früher bestehende Wirtschaftsbeziehungen zusammengebrochen oder gefährdet. Zum anderen hat eine starke Zentralisierung in der Landwirtschaft, die inzwischen rückgängig gemacht ist, Anfang der achtziger Jahre große Einbrüche in der Fleisch- und Milchproduktion hervorgerufen. In den Städten ist seit zwei Jahren Fleisch auf 1,5 kg im Monat pro Kopf rationiert, allerdings ohne Einbeziehung der Versorgung in Kindergärten und Kantinen. (1) Durch die seit langer Zeit andauernde Trockenheit ist nicht nur die Wasserversorgung gefährdet, auch die Elektrizitätsproduktion mußte erheblich gesenkt werden, das Ferrochromwerk wegen zuwenig Elektrizität sogar stillgelegt werden. (2)

Quellen: (1) Roter Morgen/Stuttgart, Juli 1990; (2) Rede von Ramiz Alia auf dem 10. Plenum der PdAA, in: Roter Morgen, Juni 1990 — (uld)

Deutsches Getümmel zur Fußball-WM



Hundertausende meiste junge Menschen ließen sich anlässlich des Siegs im WM-Finale vom Taumel fortreißen, führten sich mit ihren Kolonnen offener Autos, mit ihren Fahnen — öfter darunter die Kriegsfahne des Deutschen Reiches —, mit ihren Schloßgesängen, mit immer wieder vorkommenden Gewalttaten und Plünderungen auf wie Soldaten einer siegreichen Armee, die in eine Stadt, ein Land einfallen. Die Presse, die sich tags drauf leicht geschockt gab, hatte zur Zusammenrottung von an Deutschland, am Sieg und am Alkohol berauschten Jugend durch entsprechende Berichterstattung systematisch aufgehetzt. Vier Menschen starben in diesem nationalen Siegestaumel, viele hundert wurden verletzt — schon am nächsten Nachmittag verschwanden sie aus den Nachrichten: „Deutschland“ zählt seine Opfer nicht. — (scc)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Staatsvertrag und Wahlen — Veranstaltung der ALL Stuttgart

Etwa 60 Leute waren am 17. Juli zu der Veranstaltung der Alternativen Linken Liste mit Vertretern der PDS Dresden zu den Themen Staatsvertrag, Währungsunion, gesamtdeutsche Wahlen gekommen. Uwe Grühn, Pressesprecher des Bezirksvorstands der PDS Dresden und Reinhard Heinrich, Mitglied des Vorstands der PDS Dresden, berichteten über die aktuelle Entwicklung in der DDR und Auswirkungen der Bestrebungen des BRD-Kapitals DDR-Betriebe und Produkte zu diskreditieren, um sie dann zu einem Spottpreis aufzukaufen zu können. Die PDS müsse unter großem Zeitdruck lernen, die neue Lage zu verarbeiten und aus der Realität der ablaufenden Prozesse neue Gesellschaftsformen zu entwickeln. Eine wichtige Auseinandersetzung sei die Frage, ob man das System mittragen oder auf einer neuen Stufe zu einer fundamentalen Kapitalismuskritik kommen solle. Die PDS sei an allen linken Kräften interessiert und strebe an, eine politische Bewegung nach basisdemokratischen Prinzipien zu sein. Wichtige Fragen für die Diskussion und Zusammenarbeit seien Frieden/Entmilitarisierung, Ökologie,

Verhältnis Mann — Frau. Große Interesse bestand an einer Diskussion über die Wahlen. Verschiedene Rednerinnen und Redner sprachen sich dafür aus, eine Bündniswahl anzustreben und sich möglichst rasch darüber zu verständigen, welche „Eckpunkte“ für die Vertretung sozialer Interessen unabdingbar sind. Dazu soll auch das Treffen von linken Bündnissen, Organisationen und Personen aus Baden-Württemberg am 29.7. in Stuttgart genutzt werden. — (evc)

Opel will Werk in der DDR — aber nur mit Billiglöhnen

Der Opel-Vorstand erwägt den Bau eines neuen Werkes in Eisenach in der DDR. Im Gespräch ist eine Kapazität von jährlich 150000 Autos der Typen Corsa und Kadett. Allerdings: Der Opel-Vorstand will eine solche Investition ausdrücklich von der Entwicklung der Löhne in der DDR abhängig machen. Wenn die Gewerkschaften in der DDR die gleichen Löhne und die 35-Stunden-Woche fordern wie in der BRD, „rechnet sich das Projekt nicht“, hetzte Opel-Chef Hughes in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“. Eine Produktion in der DDR ließe sich nur „rechtfertigen“, wenn Opel dort mit

einem „Kostenvorteil“ produzieren könne. Billiglohnproduktion ist ein typisches Ziel von Kolonialisierungsfeldzügen. Bereits Mitte März hat Opel mit den Wartburg-Automobilwerken Eisenach ein Joint-Venture-Unternehmen gegründet. — (wof)

BRD: Terror durch Terroristenprozesse

Wegen Terrorismus Verdacht Verfolgten fanden in der DDR Zuflucht und staatsbürgliche Rechte. Um diese Tatsache wird viel herumgelegen. Wegen der Wegelogen wird, daß die BRD ganz froh drum war, lehrt doch die Kriegskunst, angeschlagen, aber noch gefährliche Gegner auch mal fliehen zu lassen. Und die Staatskunst lehrt Geheimdienste, Berichte zu formulieren, so, daß die Regierung Bescheid weiß, aber auch sagen kann, daß nicht. Hinzugelegen wird, daß die DDR Aktionen der RAF gestützt, gesteuert oder veranlaßt habe. Hierbei geht es darum, die Instrumente des Terrorismus-Strafrechtes auf die DDR-Linke zu richten. In den Strafverfahren müssen Terroristenrichter nur Berufsgeschick aufbieten, sonst kommt womöglich auf, daß und wie der Staat linke Gruppen in den bewaffneten Kampf trieb. — (maf)

Enthüllungen und Gegenanträge bei BASF-Hauptversammlung

Für Überraschung und peinliches Schweigen sorgte ein Vertreter der Dresdner Bank bei der Hauptversammlung der BASF in Ludwigshafen am 28. Juni, als er im Auftrag eines Aktionärs den Antrag vortrug, der Vorstand möge anlässlich der „fünfzigsten Wiederkehr der Gründung unseres Werks in Auschwitz“ alle überlebenden Zwangsarbeiter zu einer Trauerfeier in Ludwigshafen einladen und den vorenthaltenen Lohn nach heutigen Tarifen ausbezahlen. Als ein weiterer Aktionär seinen Antrag begründen wollte, 30 Millionen Mark vom Bilanzgewinn für Zwangsarbeiterentschädigung abzuweichen, kam es zu Tumulten und Wortentzug. Nichtentlastung des Vorstands wurde gefordert wegen der extrem gewerkschaftsfeindlichen Politik der 100%igen BASF-Tochter Glasurit in Brasilien. Inhalt von Gegenanträgen waren außerdem u.a. die Gefährdung von Menschen in und außerhalb der Produktion sowie der Umwelt durch die geplante Genanlage in Ludwigshafen, Giftmüllvergraben bei Mannheim, die Trinkwasserverschmutzung und die Chlorchemie (Pestizide, Dioxinabfälle etc.) — (ede)

Aktuell in Bonn**Rekrutenüberprüfung**

Der militärische Abschirmdienst (MAD) ließ über den „Spiegel“ (29/1990) verbreiten, daß er künftig alle Wehrpflichtigen auf Beziehungen zum Extremismus prüfen lassen will. Entsprechend der Regelanfrage für Bewerber des öffentlichen Dienstes will der militärische Geheimdienst, unterstützt von den Verfassungsschutzämtern, die Rekruten auf ihre politische Gesinnung abprüfen. Nebeneffekt: Durch die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Geheimdienste wäre ein weiterer Schritt zu einer zentralen Geheimpolizei gemacht — die der Gesetzgebers einst aufgrund der Erfahrungen mit der faschistischen Gestapo bewußt abgelehnt hatte.

UdSSR erlaubt Nato-Mitgliedschaft

Kohl sprach von „Durchbruch“: Nach seinem Besuch am 15./16. Juli in der UdSSR berichtet die BRD-Presse, daß Gorbatschow gegen eine Nato-Mitgliedschaft von Gesamtdeutschland keine Einwände mehr erheben werde, wenn die gesamtdeutsche Armee sich auf eine Stärke von 370000 Mann beschränke. Auch die Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeit sollen für die BRD, die DDR und Berlin abgelöst werden. Der Abzug der sowjetischen Truppen soll in drei bis vier Jahren beendet sein. Zwar sollen bis dahin keine Nato-Truppen auf dem jetzigen Gebiet der DDR stationiert werden, Verbände der Territorialverteidigung der Bundeswehr aber schon. Die Beistandsverpflichtung der Nato soll sofort uneingeschränkt gelten. Das geeinte Deutschland soll auch auf Herstellung, Besitz und Verfügung von ABC-Waffen verzichten.

Keine Rücksicht auf Polen

Die polnische Regierung will bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen erreichen, daß Gesamtdeutschland erst dann seine vollen Souveränitätsrechte erhält, wenn ein deutsch-polnischer Grenzvertrag abgeschlossen ist. Kanzleramtsminister Seiters erklärte dazu vor Beginn der nächsten Verhandlungen (am 17. Juli), die Bundesregierung werde dem nicht entsprechen. Die polnische Regierung hat diesen Wunsch geäußert, nachdem es ihr nicht gelungen war, noch vor der deutschen Vereinigung eine vertragliche Absicherung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik zu erreichen.

Haushalt 1991

Das Bundeskabinett hat am 3. Juli einen Haushaltsentwurf verabschiedet, den Finanzminister Waigel als stabilitäts- und vaterländsgerecht lobt. Die Bundesregierung kann einheimsen, wo sie nicht gesät hat: Trotz Steuernsenkung steigen die Gesamtsteuereinnahmen wegen zunehmender Zahl von Beschäftigten; die Geldsumme, die von allen Lohnabhängigen zusammengekommen dem Bund zufließt, steigt 1991 voraussichtlich um 12,3 Milliarden DM — verglichen mit

350 Millionen weniger als Folge der Steuerreform dieses Jahres. Dazu kommen Minderausgaben für Arbeitslose, wegen Verkürzung des Wehrdienstes und Einschränkung von „teilungsbedingten Ausgaben“. Die Mehreinnahmen gelangen zu einem beträchtlichen Teil in den Fonds „Deutsche Einheit“, in dem auch die Bundesländer zahlen müssen. Staatsknefe für die Kapitalexpansion nach Osten in Hülle und Fülle!

Gemeindeschulden steigen

Wer zahlt für die DDR-Expansion? Das Statistische Bundesamt hat jetzt Zahlen über die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in den ersten vier Monaten des Jahres veröffentlicht. Danach stiegen die Ausgaben insgesamt um 5,8 % gegenüber dem Vorjahr, bei den Gemeinden sogar um 7,8 %. Höhere Sozialausgaben um zehn Prozent, vor allem für die zu Jahresanfang angeheizte Übersiedlerwelle aus der DDR. Auch die Zahlung von Antrittsgeldern an alle, die aus der DDR zu einem Besuch in die BRD kamen, ließ die öffentlichen Schulden deutlich steigen.

Mehr Geld für den Zentralstaat

Waigel hat in seinen Vorstellungen für den zweiten Staatsvertrag mit der DDR eine Änderung des Länderfinanzausgleichs zu Gunsten des Bundes untergebracht: Bei der Vereinbarung über den Fonds „Deutsche Einheit“ war ausgemacht worden, daß das bisherige Ausgleichsverfahren bei der Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern, das schwächeren Ländern einen gewissen Ausgleich verschafft, beibehalten bleiben soll. Jetzt hat der Finanzminister vorgeschlagen, den Anteil der Länder von insgesamt 52 Mrd. DM um rund 5 Mrd. DM zu kürzen.

Ausländer werden nicht ausgebildet

Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet, daß trotz steigendem Lehrstellenangebot nach wie vor wenig junge Ausländer eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Nur 30 Prozent der 15- bis 18-jährigen Ausländer in der BRD schließen eine Lehre ab; besonders niedrig sind die Ausbildungskoten bei ausländischen Mädchen. Die von der Bundesanstalt berichteten „steigenden Qualifikationsanforderungen“ an Arbeitskräfte veranlassen die Kapitalisten keineswegs zur vermehrten und besseren Ausbildung von jungen Ausländern: Sie werden weiterhin als Reservoir für billige Hilfskräfte betrachtet.

Was kommt demnächst?

Derzeit bis Ende August laufen die Verhandlungen zwischen den Ministerien der BRD und der DDR über Einzelheiten des zweiten Staatsvertrages mit der DDR: Wahlrecht; Hauptstadtfrage und Verteilung der Steuern zwischen Ländern und Zentralgewalt sind die besonders strittigen Punkte. Bis Anfang August dauern die Parlamentsferien von Bundestag und Bundesrat.

Rep: Streit um nächste Aufgaben und Ziele

Republikaner wollen koalitionsfähig sein und planen „die Zukunft der Ostgebiete“

Mit ihrem Parteitag ist es den Republikanern wieder einmal gelungen, ausführlich in die Medien zu kommen. Die alte faschistische Losung, Hauptache man berichtet über uns, ist aufgegangen. Von der rechten „Welt“ bis zur liberal-grünen „taz“ stehen dramatische Berichte im Mittelpunkt ohne inhaltliche Hintergrundberichterstattung. „Sie schaffen sich selbst ab“ (1), war die Tendenz zahlreicher Blätter. Eher verhält es sich doch umgekehrt. Reaktionäre und faschistische Positionsbildung erstarken weiter. Die Republikaner meinen: „Die Erfolge der Republikaner haben in der Bundesrepublik manchen Politiker zum Umdenken veranlaßt.“ (2)

Der Parteitag der Republikaner wählte einen kompletten neuen Vorstand. Leute aus dem öffentlichen Dienst mit Karriere sind stark vertreten. Zu Stellvertretern Schönhubers wurden u.a. ein Jurist, ein Staatsanwalt und ein Richter gewählt (3). Sie wollen sich ihre Laufbahn und ihre eventuelle politische Karriere doch nicht von Leute kaputt machen lassen, die mal in der NPD waren. Die Möglichkeit, daß die Republikaner im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden, hat die Konkurrenz in der Partei verschärft. Sie wollen einen „sauberen“ Nationalismus und den Führer haben sie bestätigt: Schönhuber. Ob Schönhuber geht oder bleibt, war zumindest bei einem wichtigen Teil der Republikaner mit direkt materiellen und existenziellen Fragen verbunden.

Dazu kommt, daß die Republikaner bei den bayerischen Landtagswahlen eine Chance wittern. Es ist durchaus möglich, daß die CSU bei den Landtagswahlen nicht mehr die absolute Mehrheit erhält. Deshalb wollen die Republikaner Kräfte sammeln und „koalitionsfähig“ sein. Schönhuber will den Republikanern ein „neues Gesicht“ verschaffen. Auch wenn der Einzug der Republikaner in den bayerischen Landtag nach den Querelen knapp werden sollte, ist das Koalitionsangebot ein wichtiges Mittel, weiterhin Kräfte aus der CSU herauszubringen, Wähler zu sammeln und wieder einmal Millionen DM Wahlkampfkostenförderung einzustreichen.

Die Republikaner spekulieren auch



In Schönhubers neuem Vorstand sind einige höhere Beamte.

darauf, daß durch die Einverleibung nach Artikel 23 das Verbot der Republikaner in der DDR fällt. Dies würde den Republikanern neue Kräfte zuführen, um ihr Bild in der Öffentlichkeit wieder herauszuputzen zu können. Schon heute arbeiten 27 Gruppen in der DDR und die Rep hat Kontakte zur DSU.

Wahrscheinlich konnte sich Schönhuber gegen die alten NPD-Funktionäre auch deshalb durchsetzen, weil die politischen Aufgaben, die auf die Rechte zu kommen, aktuell nicht umfassend absehbar sind: Ob die Kapitalisten ihren Boom halten können oder nicht, wird z.B. Auswirkungen auf die Hetze gegen die ausländischen Arbeiter haben.

Der von Schönhuber eingebrachte Resolution, nach der künftig jemand, der in der NPD oder der DVU „eine aktive Rolle“ gespielt habe, keine Parteiarbeiter mehr übernehmen dürfe, ist nichts Neues und betrifft nicht die Mitgliedschaft solcher Leute. Der Beschuß ist ein taktisches Manöver: Die NPD-Faschisten befinden sich dann in einer Art Wartestellung und werden vielleicht die „passive Rolle“ von Bildungsverantwortlichen in der Partei übernehmen.

So stand das im Januar verabschiedete Programm der Republikaner, daß entscheidend von alten NPD-Funktionären ausgearbeitet wurde, die jetzt nicht mehr im Vorstand sind (u.a. Dr. Emil Schlee), auf dem Parteitag keineswegs zur Diskussion. Schönhuber erklärte nur, er wolle das Parteizeichen ändern und den Verlag auflösen. Trotzdem gibt es allem Anschein nach auch inhaltliche Diskussionen im Lager der Republikaner.

In der Juli-Ausgabe des „Republikaner“, die allem Anschein nach von den ehemaligen NPD-Leute hergestellt wurde, wird die Forderung nach der Nato-Mitgliedschaft aufgeworfen: „Sets haben sich die Republikaner zur Neutralität des wiedervereinigten Vaterlandes bekannt. Wir sehen nicht die Notwendigkeit, die Nato-Partie nur um ihrer selbst willen weiterzuspielen.“

Diese aufgeworfene Frage kratzt am Bestand und der Gründungsgeschichte der Republikaner. Der faschistische Formierungsprozeß und die Herausbildung der Republikaner war mit einer

wichtigen inhaltlichen Frage verbunden: daß nicht mehr generell die Mitgliedschaft der BRD in der Nato abgelehnt wurde. Jetzt wird diese Frage aber erneut auch in der Öffentlichkeit diskutiert. Im reaktionären und konservativen Lager haben sich viele gegen die Position der Neutralität o.ä. gewandt, allen voran Kanzler Kohl. Warum sollte auch die BRD aus der Nato und EG austreten? Die Aussichten, daß die BRD ihre Führungsposition in Europa in den nächsten Monaten entscheidend ausbauen kann, sind sehr groß. Die Republikaner sprechen in ihrem Programm immer davon, erst Deutschland, dann Europa. Die Republikaner sind inhaltlich in Bedrängnis gekommen, weil die Bundesregierung die Lösung der Rep „Wiedervereinigung jetzt!“ realisiert hat. Der Streit im Lager der Republikaner hat vor allem objektive Ursachen, wie und wann sie politisch wieder in die Offensive kommen können. Ein Schwerpunkt ihrer Propaganda ist die „zweite Etappe der deutschen Einigung“ (4) oder, wie „Der Republikaner“ schreibt: „Halten die Ostgebiete fest“. Dafür werden faschistische Pläne geschmiedet.

„Vieles spricht dafür, daß die Deutschen im Osten wieder eine Zukunft haben. Nicht nur die in Polen, auch im Südenland, in Ungarn und in Rumänien. Wenn alles gutgeht, sogar die zwei Millionen Woglaudeutschen, die jetzt noch in Zentralasien sitzen und womöglich demnächst in Ostpreußen angesiedelt werden. Wiederum die Frage: Freihandelszone oder Anschluß nach Artikel 23, territoriale Revision oder erneute wirtschaftlich-ethnische Erschließung? Und wieder die Antwort: Weder Verzichtserklärungen noch Grenzverträge, nur der Wille zur Zukunft entscheidet. Die Deutschen sind dabei, den Faden ihrer Geschichte wieder aufzunehmen. Auch im Osten. Der Atem einer Epochenwende weht über Mitteleuropa.“ (5)

Bei der Einverleibung Polens und der alten „deutschen Ostgebiete“ wollen die Republikaner wieder eine Vorreiterrolle übernehmen. „Der Republikaner“ meldet, daß sich in der Ukraine eine Republikanische Partei gebildet habe. So operiert die politische Rechte wieder arbeitsteilig und mit Erfolg. Sollte die Konjunktur in der BRD in den nächsten Wochen stagnieren, dann haben die Republikaner auch bereits Vorschläge für eine rassistische Kampagne zur Verdrängung ausländischer Arbeiter. „Der Republikaner“ berichtet und dokumentiert in der Juli-Ausgabe das Ausländerprogramm der französischen Front National, das u.a. die Schaffung einer „autonomen Sozialversicherungskasse“ für ausländische Arbeiter vorsieht.

Quellenhinweis: (1) Kölner Stadt-Anzeiger 9.7.1990; (2) „Der Republikaner“ Juli 1990, S. 1; (3) SZ, 9.7.1990; (4) Europa Vom, Juli 1990; (5) „Der Republikaner“ S. 4. — (jöd)

Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben

Auf der Tagung der ILO wurden wichtige Schutzbestimmungen beseitigt

Auf der 77. Tagung der ILO (International Labor Organization), einer Organisation der UN, wurden am 6. Juni die international geltenden Mindestbestimmungen zur Nachtar-

beit, zur Nachtarbeit für Kinder und Jugendliche sowie zur Nachtarbeit für Frauen geändert. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen wurde aufgehoben.

Auf der Konferenz 1987 hatten die Vertreter der EG-Regierungen, der USA, Kanadas, Australiens und der Schweiz sowie der Kapitalistenvverbände die Aufhebung der Mindestbestimmungen für Nachtarbeiter und des Nachtarbeitsverbots für Frauen gefordert. Ende 1989 wurde dann ein Entwurf eines Übereinkommens zur Nachtarbeit vorgelegt. Dieser sah die Beseitigung des ILO-Übereinkommens Nr. 89, das das Frauennachtarbeitsverbot regelte, eine Verkürzung der Definition, wann und zu welchen Stunden Nachtarbeit ausgeführt wird und eine Beschränkung des Nachtarbeitsverbots ausschließlich auf Heranwachsende und schwangere Frauen vor. Die Vertreter der Gewerkschaften und zahlreicher Staaten der planwirtschaftlichen Länder stimmten dagegen.

In dem nun auf der 77. Tagung am 6. Juli beschlossenen Übereinkommen lautet die Definition der Nachtarbeitsperiode: Intervall von sieben Stunden einschließlich des Zeitraumes von Mitternacht bis fünf Uhr morgens. Vorher war diese Periode definiert über acht Stunden und zwischen 22 Uhr und fünf Uhr

morgens, für Frauen elf Stunden und zwischen 22 Uhr und fünf Uhr morgens. Innerhalb dieser Zeit war mit Ausnahme bestimmter Dienstleistungsbetriebe die Nachtarbeit für Frauen verboten. Jetzt wird die Nachtarbeit für Frauen nur eingeschränkt auf acht Wochen vor und 16 Wochen nach der Geburt.

Die Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zum neuen Abkommen: „Auf Nachtarbeit kann in bestimmten Dienstleistungs- und Produktionsbereichen der öffentlichen und privaten Wirtschaft nicht verzichtet werden. Wesentliche Einschränkungen oder Verbote von Nachtarbeit würden nur mit einschneidenden Veränderungen der Lebensqualität der Bevölkerung erkauft werden können, die eine Gefährdung von Arbeitsplätzen und eine Verminde- rung der Lebensstandards bedeuten.“ BDA und Bundesregierung bestreiten die generelle Schädlichkeit der Nachtarbeit.

Zur Frauennachtarbeit stellte die Bundesregierung fest: „Es ist zwar unbestritten, daß Nachtarbeit zu Störungen

Quellenhinweis: Internationales Arbeitsamt, Bericht V/1989 und IV/1990 — (rub)

Gesetz für Personalaktenrecht

Verbessertes Persönlichkeitsrecht mit Ausnahmeregelungen

Die Bundesregierung hat am 13.6.1990 einen Gesetzentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vorgelegt, vor allem des Personalaktenrechts. Das Gesetz soll einheitlich in der BRD gelten. Bisher ist bzgl. der Personalakten lediglich bestimmt, daß der Beamte ein Recht auf Einsicht in seine vollständigen Personalakten hat und daß er zu Beschwerden und Behauptungen, die für ihn ungünstig sind, vor der Aktenaufnahme gehört werden muß.

In dem Entwurf wird der Begriff der Personalakte auf gespeicherte Daten ausgedehnt. Diese müssen, wie die schriftlichen Unterlagen, in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang mit seinem Dienstverhältnis stehen. Aufgrund der Erfahrungen mit den Berufsverbotsverfahren können darunter nicht überprüfbare Daten von Geheimdiensten verstanden werden.

Des weiteren dürfen Auskünfte aus der Personalakte an nicht näher spezifizierte Dritte ohne Einwilligung des Betroffenen weitergegeben werden, wenn „die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen des Dritten die Auskunftserteilung zwingend erfordert.“ (§ 90d, Abs. 2) In der Herrschaftspraxis der

BRD wird der Begriff des Gemeinwohls in der Regel gleichgesetzt mit dem Begriff des Staatsinteresses oder der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung oder der Beeinträchtigung der fdGO oder der äußeren Belange der BRD. Die Klausel zielt also auf oppositionelle Kräfte im Staatsapparat.

Neu ist die Bestimmung, daß Unterlagen, die sich als unbegründet oder falsch erwiesen haben, unverzüglich aus der Personalakte zu entfernen und zu verneinen sind. Des weiteren sind Unterlagen über Disziplinarmaßnahmen und Antrag des Beamten nach drei Jahren zu entfernen, soweit sie nicht für die nächste Dienstbeurteilung benötigt werden (§ 90e). Inwieweit sich diese Bestimmung auf gesinnungsrelevante Daten und Bewertungen bezieht, muß die Praxis erweisen.

Wichtig im Zusammenhang der Expansions- und Einmischungspolitik der BRD ist der neue § 123a Beamtenrechtsrahmengesetz, wonach dem Beamten „im dienstlichen oder öffentlichen Interesse mit seiner Zustimmung eine seines Amtes entsprechende Tätigkeit im Ausland zugewiesen“ werden kann. In Begründung führt die Bundesregierung u.a. polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfe an. — (zem)

„Nato im Wandel“: Interventionskurs gegen die osteuropäischen Staaten und die UdSSR

Was die Imperialisten anbahnen, das ist die schrittweise Zerstörung der UNO

Die Nato-Staaten forcieren ihre 1988 verabschiedete „Politik von Zuckerbrot und Peitsche“ (1) gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten. Die jüngste Erklärung (s. Dokumentation) macht drei Zweckbestimmungen ihrer Politik deutlich.

1. Die Nato beträgt ihre Absicht, die politische Komponente ... (der) Allianz, wie sie in Artikel 2 ... (des Nato-)Vertrages niedergelegt ist, zu stützen. In diesem Artikel heißt es u.a., daß die Vertragsparteien „bestrebt sein (werden), Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen“ ... (2) Diese Bestimmung sucht der historischen Erfahrung zweier Weltkriege Rechnung zu tragen, insofern der militärische Austrag der Weltmarktkonkurrenz zu nichtbeabsichtigten Folgen geführt hatte: zur Herausbildung nicht-kapitalistischer Gesellschaftsordnungen einerseits und zur Selbstbefreiung der Kolonien andererseits.

In der US-Presse wird die aktuelle Wirksamkeit solcher Gegensätze unmittelbar im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum Londoner Nato-Gipfel verhandelt: Wegen der fortbestehenden Abschottung der EG gegen die US-Exporte drohe für die nunzige Jahre ein Handelskrieg zwischen beiden Wirtschaftsräumen (3). Eine Analyse des von US-Präsident Bush eingeschlagenen Unterstützungsvertrages gegenüber der Ostexpansionspolitik der BRD bzw. EG seitens des Mitherausgebers und Chef-Auslandskorrespondenten der „Washington Post“ gelangt in derselben Sache zu folgendem Fazit: Die US-Regierung könne auf diese Weise ihre euro-

päischen Alliierten zur wirtschaftspolitischen Kooperation zwingen; Außenminister Baker habe insofern bereits im Dezember 1989 die vertragliche oder vertragsähnliche Fixierung eines diesbezüglichen institutionellen und konsultativen Rahmens verlangt (4). In einem soeben veröffentlichten Interview hat nunmehr der Bonner US-Botschafter Walters die EG-Abschottung gegen die USA als nicht mehr existierendes Problem mit folgenden Worten abgetan: „Nein, wir fühlen uns nicht bedroht“ (5). Es hat daher sehr den Anschein, daß der innerhalb der Nato drohende Handelskrieg vorläufig im Sinne des o.a. Artikels 2 unterbunden werden konnte, nämlich durch die Zusammenrottung zur gemeinschaftlichen Expansion auf Kosten Dritter — was den wechselseitigen Beschuß von vorneherein einschließt.

2. Die Nato bekundet feierlich, „sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen ...“ unvereinbar ist. Daß das Bündnis wagen kann, seine andauernde bzw. fortdauernde Unterstützung der Verletzungen der UNO-Charta durch die Einverleibungspolitik der BRD gegen die DDR als mit den Charta-Prinzipien vereinbare Politik hinzustellen, das macht deutlich, wie gefährdet der Bestand dieser von der Anti-Hitler-Koalition geschaffenen Sache zu folgendem Fazit: Die US-Regierung könne auf diese Weise ihre euro-

peischen Alliierten zur wirtschaftspolitischen Kooperation zwingen; Außenminister Baker habe insofern bereits im Dezember 1989 die vertragliche oder vertragsähnliche Fixierung eines diesbezüglichen institutionellen und konsultativen Rahmens verlangt (4). In einem soeben veröffentlichten Interview hat nunmehr der Bonner US-Botschafter Walters die EG-Abschottung gegen die USA als nicht mehr existierendes Problem mit folgenden Worten abgetan: „Nein, wir fühlen uns nicht bedroht“ (5). Es hat daher sehr den Anschein, daß der innerhalb der Nato drohende Handelskrieg vorläufig im Sinne des o.a. Artikels 2 unterbunden werden konnte, nämlich durch die Zusammenrottung zur gemeinschaftlichen Expansion auf Kosten Dritter — was den wechselseitigen Beschuß von vorneherein einschließt.

Die gegenwärtig vorbereitete Einverleibung der DDR durch die BRD auf der Grundlage des Grundgesetzartikels 23 ist unter demselben Gesichtswinkel zu beurteilen: Denn in Artikel 6 jenes Grundlagenvertrags zwischen der BRD und

der DDR haben sich beide Seiten bestätigt, „daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt“ (5). Die Einverleibung der DDR durch Inkraftsetzen des Grundgesetzes auf ihrem Territorium (gemäß GG Art. 23) ist exakt ein solcher vertragswidriger Akt der Ausübung von Hoheitsgewalt auf fremdem Staatsgebiet. All diese Vertragsbrüche und Mißachtungen der UNO-Charta werden von der Nato gutgeheißen und unterstützt — auf diese Weise entledigen sich die in dieser Allianz zusammengeschlossenen UNO-Mitglieder immer unverhohlene ihrer eigenen Verpflichtungen gegenüber der Satzung der Vereinten Nationen.

3. Die Nato will die aus 34 Teilnehmerstaaten bestehende Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) dazu veranlassen, „neue Maßstäbe für die Schaffung und Erhaltung freier Gesellschaften (zu) setzen“. Diese Maßstäbe entstammen der Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsordnung der Nato-Staaten. Vermittelt der KSZE sollen sie zur verbindlichen Norm der inneren Ausgestaltung der osteuropäischen Staaten und der UdSSR gemacht werden. Die Anerkennung der Prinzipien der UNO-Charta durch die Unterzeichnerstaaten beinhaltet. Wie jener Beitrag in „Foreign Affairs“ feststellt, hat die BRD die o.a. Entscheidung Ungarns vermittelst der Gewährung eines unbündeten Kredits in Höhe von 500 Millionen DM herbeigeführt.

Die gegenwärtig vorbereitete Einverleibung der DDR durch die BRD auf der Grundlage des Grundgesetzartikels 23 ist unter demselben Gesichtswinkel zu beurteilen: Denn in Artikel 6 jenes Grundlagenvertrags zwischen der BRD und

Bundeswehr: Keine Abrüstung in Sicht

Wer geglaubt hatte, daß die politischen Veränderungen beim Feind in Osteuropa dazu führen könnten, die aggressive Struktur- und Rüstungspolitik der BRD in Bezug auf ihre Streitkräfte abzumildern, sieht sich mit der Vorlage des Verteidigungshaushalt für 1991 getäuscht. Danach wird die BRD 1991 52,6 Milliarden DM für die Armee veranschlagen, das sind gerade zwei Prozent weniger als der für 1990 angesetzte Spitzshaushalt. In den folgenden Jahren bis 1994 wird nach den jetzigen Plänen der Bundesregierung die Kriegskasse unverändert auf diesem hohen Niveau bleiben. Die Absicht, auch weiterhin jeden Krieg erfolgreich führen zu können, liegt den militärischen Finanzplanungen zugrunde.

Dieser Haushaltsentwurf und insbesondere die Vorausplanung bis 1994 haben sicherlich vorläufigen Charakter, denn im Zuge der Einverleibung der DDR werden auch dem Militär neue Perspektiven eröffnet. Ein Beispiel ist die in der letzten Woche von der Regierung beschlossene Verkürzung der Wehrdienstzeit auf zwölf Monate, die eine Einsparung von einer Milliarde DM bringen soll. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Bundeswehr inzwischen organisatorisch wie waffentechnisch in der Lage ist, bei einem reduzierten Personalumfang die Kriegsfähigkeit voll sicherzustellen. Verbunden ist diese Entwicklung mit dem Vorteil für die Militärs, daß der im Ernstfall unsicher einzuschätzende Anteil von Wehrpflichtigen gegenüber den Zeit- und Berufssoldaten sinkt. Entsprechend sind im neuen Haushalt die Ausgaben für Wehrpflichtige geringer, die für Zeit- und Berufssoldaten mit ca. 1800 neuen Planstellen höher veranschlagt. Die W-12-Planung hat noch einen weiteren Aspekt. Für das Verteidigungsministerium steht außer Frage, daß es zukünftig eine gesamtdeutsche Armee geben wird. Ohne einen Schuß wird sich die Bundeswehr über die norddeutsche Tiefebene und die Fulda-Senke nach Osten voranbewegen und darüber hinaus auf ein großes neues Rekrutierungsfeld stoßen. Die Eingliederung der DDR-Rekruten in die Armee wird durch die rasche Umschlagsgeschwindigkeit mittels W 12 besser zu bewerkstelligen sein. Die damit verbundene Schaffung einer bundeswehrauglichen Infrastruktur wird dann sicher eine Menge Geld verschlingen. Insofern ist durchaus damit zu rechnen, daß in den nächsten Jahren die Militärausgaben eher steigen werden, als daß sie konstant bleiben.

In der Rubrik „militärische Beschaffungen“ ist für den Plan 1991 festzustellen, daß die laufenden Rüstungsprogramme keine Einschränkung erfahren. In geringem Umfang nehmen die Ausgaben für das Heer ab. Für eine Armee, die in den letzten Jahren praktisch die ganze Panzerwaffe erneuert bzw. modernisiert hat, bedeutet der nur geringfügig gesunkene Ansatz für militärische Beschaffungen die unverminderte Fortsetzung einer aggressiven Rüstungspolitik. Allein für fast 2,4 Milliarden DM soll 1991 Munition gekauft werden. Für die Luftwaffe gilt ähnliches wie beim Heer, und die Marine soll in kleinem Umfang mehr Kriegsschiffe und militärisches Gerät beschaffen als in den vergangenen Jahren.

Im Bereich Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung fällt der Titel „Wehrtechnische Forschung und Technologie“ besonders auf, denn er soll 1991 eine Steigerung um fast 1000 (!) Prozent auf 600 Millionen DM erfahren. Zwar wird diese Steigerung durch einen niedrigeren Ansatz bei der wehrtechnischen Entwicklung und Erprobung zu einem Teil kompensiert, aber dennoch wird der Wille der Bundesregierung deutlich, die Forschung zur Entwicklung neuer Waffensysteme zu forcieren. Es ist zu vermuten, daß Interesse an Waffen bzw. an Waffenleitsystemen besteht, die die Geschwindigkeit von Gefechten erhöhen und die Präzision des Waffeneinsatzes steigern. In Verbindung mit der steigenden Effizienz durch Personalreduzierung und der möglichen territorialen Ausdehnung der strategischen Ausgangsbasis wird die Bundeswehr eine große Gefahr für den Frieden bleiben.

Quellenhinweis: Haushaltsentwurf 1991 und Finanzplan 1990 bis 1994, vorgelegt vom Finanzminister am 29. Juni 1990, insbesondere Einzelplan 14, Verteidigung; Frankfurter Rundschau vom 14. Juli 1990

Nato-Staaten: Bündnis stärken und ausdehnen

Auszüge aus der Londoner Erklärung der Nato-Staaten „Die Nordatlantische Allianz im Wandel“

In der Londoner Erklärung beträgt die Nato ihren Willen, ihre Grundsätze europaweit durchzusetzen. Dazu gehört, den Widerstand gegen die imperialistische Marktwirtschaft zu unterdrücken; in der Nato geschehen u.a. durch Unterstützung der faschistischen Regimes in Portugal und

Spanien, in der Beteiligung an den Kriegen gegen die afrikanischen Kolonien, in der Beihilfe zum Putsch des griechischen Militärs 1967, zum Putsch der Militärs in der Türkei 1980 und der Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfs. Wir dokumentieren Auszüge aus der Erklärung.

1. Europa ist in eine neue, verheißungsvolle Ära eingetreten. Mittel- und Osteuropa gewinnt seine Freiheit. Die Sowjetunion hat den langen Weg zu einer freien Gesellschaft eingeschlagen. Die Mauern, die zuvor Menschen und Ideen trennten, fallen. Die Europäer bestimmen ihr eigenes Schicksal. Sie wählen Freiheit. Sie wählen wirtschaftliche Freiheit. Sie wählen Frieden. Sie wählen das eine und freie Europa. Das Bündnis muß und wird sich dieser Entwicklung anpassen.

2. Das Nordatlantische Bündnis ist das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Geschichte.

Beim Eintritt in sein fünftes Jahrzehnt richtet unser Bündnis den Blick in ein neues Jahrhundert. Es muß auch künftig die gemeinsame Verteidigung gewährleisten. Dieses Bündnis hat viel zur Schaffung des neuen Europas geleistet

Unser Bündnis muß noch stärker eine treibende Kraft des Wandels sein. Es kann am Bau der Strukturen eines einigen Kontinents mitwirken und Sicherheit und Stabilität durch die Kraft unserer gemeinsamen Überzeugung von den Werten der Demokratie, der Rechte des Einzelnen und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten festigen.

Wir bekräftigen, daß Sicherheit und Stabilität nicht allein in der militärischen Dimension liegen: wir beabsichtigen, die politische Komponente unserer Allianz, wie sie in Artikel 2 unseres Vertrages niedergelegt ist, zu stärken.

3. Mit der Vereinigung Deutschlands wird auch die Teilung Europas überwunden. Das geeinte Deutschland im Atlantischen Bündnis freiheitlicher Demokratien und als Teil der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Integration der Europäischen Gemeinschaft wird ein unentbehrlicher Stabilitätsfaktor sein, den Europa in seiner Mitte braucht. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer politischen Union, einschließlich des Entstehens einer europäischen Identität im Bereich der Sicherheit, wird auch zur atlantischen Solidarität und zur Schaffung

einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in ganz Europa beitragen

5. Wir bleiben ein defensives Bündnis und werden das gesamte Gebiet aller unserer Mitglieder auch künftig schützen. Wir haben keinerlei aggressive Absichten und verpflichten uns zur friedlichen Lösung aller Streitigkeiten. Wir werden niemals und unter keinen Umständen als erste Gewalt anwenden.

6. Die Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses schlagen daher den Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisation eine gemeinsame Erklärung vor, in der wir feierlich bekunden, daß wir uns nicht länger als Gegner betrachten, und in der wir unsere Absicht bekräftigen, uns der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder auf irgendeine andere Weise mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und mit der KSZE-Schlusakkte unvereinbar ist. Wir fordern alle anderen KSZE-Mitgliedstaaten auf, sich uns in dieser Verpflichtung zum Nichtangriff anzuschließen.

7. In diesem Geiste und als Ausdruck der sich wandelnden politischen Rolle des Bündnisses laden wir heute Präsident Gorbatschow als Vertreter der Sowjetunion sowie Vertreter der anderen mittel- und osteuropäischen Länder nach Brüssel ein, um vor dem Nordatlantikrat zu sprechen ...

14. Mit dem Abzug sowjetischer Truppen aus Mittel- und Osteuropa und der Durchführung eines Vertrages über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte verändern sich die integrierte Streitkräftestruktur und die Strategie des Bündnisses grundlegend; sie werden dann folgende Elemente umfassen:

— Das Bündnis wird über kleinere und umstrukturierte aktive Streitkräfte verfügen. Diese Streitkräfte werden hochmobil und anpassungsfähig sein, so daß den Verantwortlichen der Allianz bei der Entscheidung über die Reaktion auf eine Krise ein Höchstmaß an Flexibilität

gegeben ist. Das Bündnis wird sich zunehmend auf multinationale Korps abstützen, die sich aus nationalen Einheiten zusammensetzen.

— Das Bündnis wird den Bereichsgrad seiner aktiven Einheiten herabsetzen und die Ausbildungserfordernisse sowie die Zahl der Übungen verringern.

— Das Bündnis wird sich stärker auf die Fähigkeit verlassen, umfangreichere Streitkräfte dann wieder aufzustellen, wenn sie erforderlich werden.

15. Zur Wahrung des Friedens muß das Bündnis für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Zusammensetzung nuklearer und konventioneller Streitkräfte beibehalten, die in Europa stationiert sind und auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist. Als defensives Bündnis hat die Nato aber stets betont, daß keine ihrer Waffen jemals eingesetzt wird — es sei denn zur Selbstverteidigung — und daß wir das niedrigste und stabilste Niveau nuklearer Streitkräfte anstreben, das zur Kriegsverhütung erforderlich ist ...

20. Im Zusammenhang mit diesen revisierten Plänen für die Verteidigung und Rüstungskontrolle und unter Mitwirkung



Anzeige der Bundeswehr in „Hör zu“ vom 29. Juni

Internationale Umschau



Mit einem Teilerfolg schlossen die nicaraguanischen Gewerkschaften ihren mehrere Tage dauernden Streik, an dem sich mehr als hunderttausend Industrie- und Landarbeiter sowie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beteiligten, ab. Die Löhne werden um durchschnittlich 43 Prozent erhöht, sie werden ab September in der schrittweise eingeführten neuen Goldwährung ausgezahlt. Die Regierung nimmt das Dekret, nach dem enteignete Ländereien an frühere Großgrundbesitzer zurückgegeben werden können, zurück. Vor allem bewaffnete Kräfte der Großgrundbesitzer und der Contras waren gegen den Streik vorgegangen. Sie haben fünf Streikende getötet und etwa 70 verletzt. Daraufhin begannen die Arbeiter mit dem Barrikadenbau, um weiteres Blutvergießen zu verhüten und die Mobilität der Privattruppen einzuschränken. Armee und Polizei schritten erst spät ein. — (uld)

Mohawk kämpfen gegen Golfplatz

Am 11. Juli versuchte die Québecer Polizei mit einer Hundertschaft vergeblich, eine von den Mohawk des Reservats Oka errichtete Straßensperre wegzuräumen. Bei dem Schußwechsel kam ein Polizist zu Tode. Mit der Straßensperre verhindern die Mohawk die Erweiterung eines Golfplatzes — auf Reservatsgebiet. Die Mohawk fordern den Abzug der Polizei sowie Straffreiheit. Über 1000 Polizisten sind im Einsatz. Der Québecer Minister für Indianerangelegenheiten hat die kanadische Bundesregierung aufgefordert, sich in die Kontroverse einzuschalten, nachdem er am Samstag mehrere Stunden vergeblich verhandelt hatte. Oka liegt nahe Montréal am Ottawa-Fluß. Das Reservat wurde 1720 erichtet, ist also älter als die englische Herrschaft in Kanada. — (mi)

Erneut Gewerkschafter in Südkorea verhaftet

Der Internationale Metallarbeiterverband protestiert gegen die erneute Verhaftung von mindestens drei gewerkschaftlichen Verhandlungsführern. Am 21. Juni ließ der Samsung-Konzern die Verhandlungsdelegation der Werftarbeiter und der Metallarbeitergewerkschaft verhaften. Vorausgegangen war ein einwöchiger Streik der Arbeiter für Lohnerhöhungen. Samsung hatte in diesem Streik vergeblich versucht, eine vom Betrieb abhängige Gewerkschaft zu bilden und dann die Militärpolizei gerufen, um die unabhängigen Gewerkschafter einzuschüchtern. — (uld)

Südafrika: Regime leistet Hilfe für Goldbergwerke

Die südafrikanischen Goldbergwerke erhalten weiterhin staatliche Subventionen, beschloß das Siedlerparlament am 9. Juli. Seit Anfang der sechziger Jahre zahlt der Staat die Hälfte der Entwässerungskosten für die Minen, die durch die immer tiefer werdenden Bergwerke immens sind: In manchen Minen müssen die afrikanischen Arbeiter jetzt Schächte in 6000 m Tiefe erschließen — bei tropischen Temperaturen von über 40 Grad Celsius und einer Luftfeuchtigkeit von 95 Prozent. Bei stillgelegten Minen übernimmt der Staat die Kosten komplett. Außerdem sind staatliche Zuschüsse zu den Krediten von Minen beschlossen worden, die sich auf insgesamt etwa 70 Millionen Rand belaufen. Die Goldbergwerke stecken in einer tiefen Krise: Der Ertrag beträgt inzwischen weniger als 5 g Gold pro Tonne gefördertes Gestein, die gesamte Goldförderung betrug 1989 nur noch 608 t, etwa ein Drittel der Weltproduktion, nachdem der Siedlerstaat lange mehr als zwei Drittel der Weltproduktion durch Wanderarbeiter produziert ließ. Die Minenkonzerne waren und sind die Betreiber der Apartheidspolitik, sie verbrauchten die Wanderarbeiter. Sie haben jahrzehntelang Superprofite nicht nur aus der brutalen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter bezogen, sondern erhielten und erhalten obendrein noch Unterstützung aus deren Steuern. — (uld)

Italien: Generalstreik abgesagt, Pläne zur Lohnsenkung bleiben

Zwei Ergebnisse der Verhandlungen vom 6. 7. zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverband Confindustria haben die Gewerkschaften bewogen, den für den 11. 7. angekündigten Generalstreik wieder abzusagen: Confindustria hatte sich einerseits bereiterklärt, die gesetzliche Verlängerung der Scala mobile (automatischer Inflationsausgleich) bis Ende 1991, die kurz zuvor vom Senat gebilligt worden war, zu „akzeptieren“ und damit auf eine Kündigung der Scala mobile zum Ende dieses Jahres zu verzichten. Der Unternehmerverband hatte sich andererseits verpflichtet, seine Blockade der Tarifverhandlungen — vor allem in der Metallindustrie — aufzuheben. Dennoch hält Confindustria an den Plänen zur Senkung der Mindestlöhne und der Lohnkosten der Unternehmen fest und macht dabei auch Punkte. Die Regierung hat sich in den Verhandlungen zu einer „deutlichen und dauerhaften“ Senkung der Sozialabgaben der Unternehmen verpflichtet. Das betrifft Zahlungen an Einrichtungen der Sozialversicherung, die den Unternehmen teils schon vor Jahrzehnten und nach Kämpfen der Arbeiterbewegung auferlegt worden waren. Auch die Scala mobile in ihrer heutigen eingeschränkten Form ist keineswegs gesichert. Die Gewerkschaften haben akzeptiert, daß ab Juni nächsten Jahres über die Neugestaltung der Scala mobile — nach der Vorstellung von Confindustria ihre endgültige Abschaffung — verhandelt werden muß. Und auch baldige neue Tarife in der Metallindustrie über höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und mehr Rechte sind nicht sicher. Vier Tage nach den Verhandlungen bei der Regierung hat der Vizepräsident von Confindustria die Absicht durchblicken lassen, neue Tarifverträge möglichst lange zu verzögern. (Quelle: L'Unità 6.11.7. — rok)

Belgien: Ford versucht Nachtarbeit auszudehnen

Bei Ford Genk versucht die Geschäftsleitung unter Hinweis auf die Flexibilisierungsmöglichkeiten in der BRD, eine Ausdehnung der Nachschichten durchzusetzen. Der aus dem Kölner Ford-Werk stammende Direktor Peter Heller drohte der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung damit, wenn sie der Nachtarbeit nicht zustimme, werde das neue Ford-Modell in Deutschland produziert. Im April hatte die Geschäftsleitung eine Urabstimmung über „freiwillige Sams-tagsarbeit“ verloren — 87% der Beschäftigten stimmten dagegen. Nun peilt sie eine Abstimmung über „freiwillige Nachtarbeit“ an und lockt mit Lohnerhöhung für diejenigen, die sich melden. Außerdem sollen mehr Leute eingestellt werden. — (uld)



USA: Die Streikenden bei der Greyhound Busgesellschaft führen ihren Kampf weiter. In Washington demonstrierten Hunderte von streikenden Gewerkschaftsmitgliedern (Bild). Auf der Kundgebung betonten die Sprecher der Verkehrsgewerkschaft ATU, daß der Streik und der Boykott gegen Greyhound nicht beendet werde, bis alle wieder eingestellt seien. An der Demonstration nahm auch Bürgerrechtsführer Jesse Jackson teil. Die Kapitalisten hatten am 4. 6. beim Konkursgericht Schutz vor Zahlungen an die Gläubiger beantragt. Zuvor hatten sie die Beseitigung von 4000 Arbeitsplätzen und eine Lohnsenkung um 7000 Dollar pro Jahr verlangt. Am 17. 9. findet eine Gerichtsanhörung gegen Greyhound wegen unfairener Maßnahmen statt. — (gba)

Niederlande: Massenprozeß gegen 139 Hausbesetzer

Am Sonntag, den 27. Mai, wurde morgens — nach einer vorausgegangenen Hetzkampagne — der Wolters-Nordhoff-Complex (WNC) in Groningen von der niederländischen Polizei geräumt und der gesamte Komplex von 22 Häusern abgerissen. Die 139 Besetzer und Besetzerinnen wurden ins Gefängnis gesteckt, 74 von ihnen sind noch bis heute drin; seit Anfang Juni laufen Prozesse gegen sie. Die Justiz macht ihnen in erster Linie den Prozeß wegen des niederländischen § 140 — Bildung einer kriminellen Vereinigung (das Gegenstück zum § 129 bzw. 129a hier). Der § 140 wird gegen alle 139 Leute und auch gegen ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer angewandt. Die Gefangenen sind über verschiedene Gefängnisse in ganz Holland verteilt. In den ersten zwei Wochen wurden sie auf den Polizeistationen verhört. Dabei ging es nicht nur um das, was vor der Räumung passierte (Barrikadenbau etc.), sondern auch um Auskünfte über die Besetzerbewegung, Kontakte zum Ausland und auch über Kontakte zur Friedensbewegung. Menschen wurden zusammengeschlagen, nackt in Zellen gesperrt, zwangsgeduscht in Kleidern und in Isolationszellen gesteckt, Leute, die nur vegetarisch essen, bekamen Fleischgerichte, Frauen wurden von Männern durchsucht und Päckchen und Geld kamen in manchen Gefängnissen nicht durch. 18 Frauen begannen Ende Mai einen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen. Sie beendeten den Streik, als einige von ihnen entlassen wurden und die restlichen sechs Frauen in ein anderes Gefängnis mit beseren Haftbedingungen verlegt wurden. In Scheveningen schlossen sich 24 Männer dem Hungerstreik an. Sie forderten, zu zehnt auf den Hof rauskommen zu können und nachmittags gemeinsam Umschluß zu erhalten, um sich zusammen auf den Prozeß vorbereiten zu können. Auch dieser Streik wurde inzwischen abgebrochen, nachdem die Forderung nach kollektiver Prozeßvorbereitung erfüllt wurde. Im Prozeß geht die Justiz beispiellos vor. In den Niederlanden gibt es keine Ausweispflicht, bis jetzt ist den Behörden die Identität von 65 Angeklagten, die sich nicht selbst auswiesen, nicht bekannt. Sie sind dennoch angeklagt und statt mit Namen mit Nummern versehen. Das Urteil soll am 17. Juli gesprochen werden. — (uld)

Regierung will längere Arbeitszeit

Griechische Gewerkschaften führen Generalstreik durch

Bereits den fünften Generalstreik innerhalb von drei Monaten führten hundertausende griechischer Lohnabhängiger am 6. Juli durch. Einen weiteren für den 11. Juli angekündigten Streiktag setzte der griechische Gewerkschaftsbund nach Verhandlungen mit der Regierung aus, dennoch streikten eine halbe Million Beamte, viele Ladenbesitzer hatten ihre Läden geschlossen. Die Gewerkschaften kämpfen gegen das von der konservativen Regierung Mitsotakis geplante Entwicklungsgesetz. Vor dem Streik am 12. Juli hatte die Regierung zugesagt, erneute Verhandlungen über das Gesetz aufzunehmen. Anscheinend wollen die Konservativen die Kommunalwahlen im Oktober abwarten, bevor sie das Gesetz durchsetzen.

Das aus 180 Einzelartikeln bestehende Gesetz soll die „Marktwirtschaft“ einführen. Es sieht zum einen die Privatisierung der meisten Staatsbetriebe vor — fast alle Banken, über 80 Prozent der industriellen Produktions- und der Dienstleistungsunternehmen sind seit 1953 in Staatsbesitz. Über die Hälfte der griechischen Erwerbstätigen sind beim Staat angestellt. Die Privatisierung soll mit umfangreichen Rationalisierungen verbunden sein, die Gewerkschaften rechnen mit über 30 000 Entlassungen.

In der Hauptsache richten sich die Streiks aber gegen die im Gesetz geplanten Verschlechterungen nahezu aller

Arbeitsgesetze. So will die Regierung durchsetzen, daß die Ladenöffnungszeiten künftig von jetzt 40,5 Stunden auf 8 Stunden in der Woche verdoppelt werden sollen — eine Maßnahme, die die großen Handelskonzerne bevorzugt und den Protest der meisten Einzelhändler hervorruft.

Der Kündigungsschutz soll außer Kraft gesetzt werden — welche Absichten die Regierung unterstützt, wird deutlich an ihrem Vorhaben, die bisher auf sieben Monate beschränkte Zahlung von Arbeitslosengeld auf zwölf Monate auszudehnen. Ein Teil der Unternehmensgewinne soll von der Beitragspflicht zur Renten- und zur Krankenversicherung befreit werden. Stattdessen erwägt die Regierung, daß künftig die Lohnabhängigen anteilig in die Versicherungen einzahlen sollen.

Die bisher verbotene Teilzeitarbeit soll erlaubt werden, vorgesehen ist außerdem die Einführung einer vierten Schicht. Damit ist die Ausdehnung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit verbunden. Die griechischen Gewerkschaften erklären: „Wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, bedeutet es erschöpfende Pflicht, die Beseitigung des Acht-Stunden-Arbeitstages, niedrige Löhne, Unsicherheit und einen Schlag gegen die Gewerkschaftsrechte.“

Quellenhinweis: The European 6.8.7.; Wallstreet Journal 11.7.; Handelsblatt 12.7. — (uld)

Militärische Nutzung hat Vorrang

Fiasco mit Hubble-Teleskop von langer Hand angelegt

Die Nachricht über den Konstruktionsfehler des „Hubble“-Weltraumteleskops, daß es nämlich nicht richtig fokussiert werden kann, hat bestehende Zweifel in Europa und Japan an der technologischen Kapazität der USA verstärkt. Die „Washington Post“ untersucht unter dem Titel „Kann die USA nichts mehr richtig hinkriegen?“ die Auswirkungen auf den Export nach Japan.

Tatsächlich hat das Hubble-Fiasco seine Ursache nicht in technologischem Unvermögen, sondern in mangelhafter Projektausicht — und Politik. Die Spiegel des Teleskops sind einzeln unter Aufsicht der Weltraumbörde NASA getestet worden und haben ausgezeichnete Oberflächenqualität und, laut Hersteller, die von NASA vorgeschriebene (aber falsche) Oberflächenform. Das stimmt wahrscheinlich, denn die Abweichung von der korrekten Form ist so groß, daß sie einfach feststellbar gewesen wäre. Das zusammengebaute Teleskop ist niemals als Einheit getestet worden, angeblich aus Geldmangel — ziemlich unbegreiflich für ein Gerät, das ins

All transportiert werden soll.

Ursprünglich hatten die Weltforscher eine Serie von kleinen Teleskopen geplant, die alle speziell für eine bestimmte Aufgabe optimiert waren und einzeln von Raketen ins All befördert werden konnten. In den siebziger Jahren, nach dem Vietnamkrieg, brauchte die US-Regierung zivile Vorgezeigeprojekte für das von Anfang an militärische Projekt Space Shuttle. Die Serie kleiner Teleskope mit verteiltem Risiko wurden ins Megaprojekt Weltraumteleskop — 1,6 Milliarden US-Dollar — zusammengefaßt zu einem großen Spiegel, der nur für alle Experimente gut sein mußte. Nur das Space Shuttle konnte diesen Koloß in eine Umlaufbahn heben.

Das Hubble-Fiasco kann sehr wohl das Ende des „zivilen“ Teils des Shuttle-Programms einleiten. Im Laufe der Reagan-Jahre sind die Folgen des Vietnamkriegs „überwunden“ worden und zivile Begründungen für militärische Projekte nicht mehr nötig. So geschehen ist die mangelnde Sorgfalt bei der Durchführung des Hubble-Projekts nicht so verwunderlich. — (ger, her)

Opus Dei in der Schweiz

Heftiger Widerstand gegen neuen Bischof der Diözese Chur

Kirchenkampf der Katholiken in der Schweiz: Klerus und Kirchenbasis laufen mehrheitlich Sturm gegen die Ernennung des rechtsextremen Fundamentalisten Wolfgang Haas zum Bischof der Diözese Chur, die sechs Schweizer Kantone (und Liechtenstein) umfaßt. Seitdem der Vatikan Haas am 22. Mai ernannt hat, reißt der Proteststurm nicht mehr ab. Viele katholische Organisationen verlangen seine Abdankung, Kirchengemeinden laden Haas aus, das katholische Landeskirchenparlament Graubünden fordert die Bischofskonferenz auf, Haas zum „freiwilligen“ Rücktritt zu bewegen. In kirchlichen und öffentlichen Gremien wird die Forderung laut, die Zahlungen an den Vatikan einzustellen und Kirche und Staat zu trennen. Vorläufiger Höhepunkt der katholischen Unbotmäßigkeit: eine Demonstration am 18. Juni im Bischofsitz Chur, bei der an die 7000 Menschen gegen Haas protestierten. In einer Resolution forderten sie, der Bundesrat solle beim Vatikan vorstellig werden, um das „traurige und unwürdige Kapitel“ zu beenden.

Begonnen hat die Affäre Haas 1987: Im November dieses Jahres richtete der Papst das Amt eines Weihbischofs mit Nachfolgerrecht auf den Diözesenbischof ein. Mit diesem Vorgehen wollte Rom das Domkapitel, traditionell Wahlbehörde, ebenso ausschalten wie die

„weltliche Obrigkeit“, ebenfalls seit Jahrhunderten mit Vorschlagsrecht. Anfang 1988 schanze der zweite Johannes-Paul dem Rechtsaußen Haas das Weihbischofamt zu, schon damals nicht ohne Proteste. Im Mai 1990 war es dann so weit: Amtsinhaber Vonderach reichte seine Demission ein, Haas rückte nach: eine seiner ersten Amtshandlungen war die Entlassung des Zürcher Generalvikars Gebhart Matt, eines Exponenten des linken Kirchenflügels.

Hintergrund der Proteste ist jedoch nicht nur die Art, wie Rom den neuen Bischof ins Amt gehievt hat, sondern auch dessen politischer Standort. Haas macht keinen Hehl daraus, daß er Sympathisant der rechtsextremen Kirchensekte Opus Dei („Werk Gottes“) ist. Die konspirativ arbeitende Sekte hat sich zum Ziel gesetzt, das Christentum von „Modernismus, Subjektivismus, Marxismus und Materialismus“ zu befreien, so ein abtrünniger Opus-Dei-Mann. Das „Werk“ zog mit eigenen Kampftruppen für den Hitler-Faschismus in den Krieg, stellte im Franco-Spanien teilweise mehr als die Hälfte der Minister, beriet und finanzierte den chilenischen Diktator Pinochet. Heute ist es eine mächtige ökonomisch-politische Kraft, deren konservativ-faschistische Ideologie großen Einfluß im Vatikan hat.

Quellen: Der Tagesanzeiger, Ausgaben Jan. Juli 1990; WoZ, 8.6., 23.6. — (jüg)

Am 11.5. veröffentlichte das „Neue Deutschland“ Ergebnisse einer Befragung von 386 Genossenschaftsbauern aus dem sächsischen Raum: 46,6 % der Befragten war für den Erhalt der staatlichen Selbständigkeit der DDR für die nächste Zeit, 74 % sahen die Existenz ihrer LPG durch eine „überstürzte Vereinigung“ bedroht.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Anschlußpolitik der BRD längst ihre Schäden auf die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR geworfen. Mit der Öffnung der Grenzen überschwemmten Agrarprodukte aus der EG, vor allem aus der BRD die DDR. Die Agrarimporte stiegen mit beschleunigter Tendenz: um 81 % in den ersten drei Monaten, schon um 132 % im März 1990. (1) Der Absatz der LPG sank in diesen Wochen um ein Drittel.

Daraus resultierten für die LPG schwerwiegende Probleme. Zehntausende schlachtreife Tiere blieben in den Ställen, überschritten ihr Schlachtwicht und wurden unverkäuflich; gleichzeitig stieg der Futtermittelverbrauch drastisch. Molkereien mußten die Produktionen herunterfahren und blieben dennoch auf ihren Milchproduktions sitzen; die LPG wurden teilweise gezwungen, doppelte Mengen an Milchpulver abzunehmen und zu verfüttern. Ganze Spinatfelder wurden untergepflügt.

Schon damals, vor Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion, wurde deutlich, daß die westdeutschen Medien eine gezielte Diskriminierungskampagne gegen LPG-Produkte entfachten. Die „Zeit“ z.B. höhnte über angeblich „fad schmeckende Milch“, „leicht bräunliche Kaffeesahne“, „mit Kümmel versetzten Käse“ und beschwore die „Rache“ der „Verbraucher“. (2) Die LPG produzierten „Quantität“ statt „Qualität“, so der allgemeine Tenor. Die Schweine seien „nicht kernig genug“, Kirschen sollten „zu klein“ sein, Gemüse „zu grob“, Verpackungen „lieblos“ usw. usf.

Seit dem 1. Juli hat sich die Situation noch erheblich zugespitzt. Die Diskriminierungskampagne westdeutscher Medien wurde dadurch ergänzt, daß westliche Lieferanten dem DDR-Handel vielfach Verträge aufzwangen, die die Abnahme von Agrarprodukten aus der DDR ausschlossen. Der Anteil von DDR-Produkten in den Lebensmittelabteilungen sank drastisch, teilweise auf 15 % und weniger. (3) LPG-Bauern und Beschäftigte von Gewächshauswirtschaften sind gezwungen, ihre Produkte vor den Kaufhallen von LKWs herunter zu verscheudern, weil die Kaufhallen sie nicht mehr abnehmen. Lager- und Kühlkapazitäten sind mehr als ausgeschöpft. Milch, Eier, Gemüse verderben in rauen Mengen, während vor allem in ländlichen Gebieten Versorgungsgänge bestehen, weil die westlichen Lie-

Vernichtungsschläge gegen die LPG — LPG-Bauern kämpfen ums Überleben

DDR-Landwirtschaft nach dem 1. Juli vor dem Kollaps

feranten mit den Lieferungen nicht nachkommen. In den LPG herrschen Angst, Verzweiflung, Lähmung, gerade jetzt, in den Erntemonaten. Der DDR-Landwirtschaft, die all die Jahre hindurch die Ernährung der DDR-Bevölkerung sicherstellte, droht der Kollaps.

Genau das ist beabsichtigt — kurzfristig. Schon mittelfristig rechnen die BRD-Strategen dieses Großangriffs damit, die heutige DDR wieder zur Kornkammer des Reichs zu machen. „Die Großbetriebe der DDR können ernst zu nehmende Konkurrenten der Bauern in

striee und Landwirtschaft, Stadt und Land gesucht und deshalb die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gestützt, dabei die Verbraucherpreise niedrig gehalten. Doch stagniert die Produktivität der in der Landwirtschaft angewandten Arbeit wahrscheinlich schon seit längerem. Die Erzeugerpreise liegen um ein Vielfaches über den Verbraucherpreisen. Mit 12 % des Staatshaushaltes mußte die DDR-Gesellschaft in den letzten Jahren die Landwirtschaft subventionieren. Obwohl jeder Werktag ver gleichsweise nur wenig für Lebensmittel

Pflanzenprodukt um 40 bis 200 % höhere Erzeugerpreise erhalten als die Bauern in der DDR, bei Tierprodukten um 200 bis 400 %. (4) Eine Senkung der Erzeugerpreise auf BRD-Niveau würde, das errechneten Fachleute in der BRD schon am Jahresanfang, dazu führen, daß die LPG, die zuvor durchschnittlich 2000 Mark je ha Gewinn erarbeiteten, mit 1800 bis 2000 DM je ha in die roten Zahlen gerieten. (5)

So setzt die Wirtschafts- und Währungsunion, die die Grenzen für BRD- und EG-Importe vollständig beseitigt, die LPG unter einen Konkurrenzdruck, der jede gründliche Erörterung nötiger Änderungen im Interesse der Werktagen der DDR erstickt und dem sie deshalb auch kaum standhalten können.

Schon im Vorfeld und seit dem 1. Juli erst recht wurden sie gezwungen, alle „überflüssigen“ Kosten zu streichen und die Arbeitsintensität und Arbeitsproduktivität mit allen Mitteln zu steigern. Als erstes fällt dem Konkurrenzdruck alles zum Opfer, was in den letzten Jahren dazu beigetragen hatte, daß sich das Leben auf dem Land dem Leben in der Stadt angeglichen hatte. So werden die LPG gezwungen, ihre zentralen Küchen, Gaststätten, Wäschereien, Tankstellen, Kinderkrippen aufzugeben, das freie Schulessen zu streichen, ihre polytechnischen Zentren, die Baubrigaden, die nicht nur landwirtschaftliche Gebäude, sondern auch Wohnungen, Straßen und kommunale Einrichtungen bauen, und zahlreichen Werkstätten aufzulösen. Daß dabei auch alle Ansätze von Selbstorganisation vernichtet werden, liegt nahe. Mehr als in anderen Bereichen hatten die LPG-Bauern Einfluß auf alle Fragen von Leitung und Produktion. Die LPG umfaßten durchschnittlich sieben Dörfer und durch sie bestimmte die ländliche Bevölkerung auch die Kommunalpolitik. (6)

Überall werden Massenentlassungen erörtert: Die Hälfte der rund 800 000 in der Landwirtschaft Beschäftigten sei „überzählig“. Höhere Quantität und Qualität zu niedrigeren Preisen seien mit der übrigen Hälfte zu schaffen. Unter diesem Druck, so befürchten die LPG-Bauern und Landarbeiter auf den Staatsgütern, werden sie auch ihre sozialen Errungenschaften wie den Acht-Stunden-Tag, geregelten Urlaub, vergleichsweise hohe Löhne etc. nur schwer verteidigen können. Schon im Januar drohte die „Welt“: „In der DDR wird es vor allem darauf ankommen, die



Über 200 LPG-Bauern demonstrierten vor dem Bezirksverwaltungsgebäude in Leipzig gegen den Boykott ihrer Produkte. Ursprünglich wollten sie 10000 l Milch in die Gasse gießen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen, doch viele Passanten solidarisierten sich und kauften ihnen die Milch ab.

der Gemeinschaft sein“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine“. (19.5.) Schon rechnet man aus, wie durch Unterwerfung der landwirtschaftlichen Großproduktion unter das Diktat des Kapitals die Erzeugerpreise ins Bodenlose gedrückt werden und damit auch der Widerstand der ums Überleben kämpfenden Bauern in der gesamten EG gebrochen werden kann. Zu diesem Zweck müssen die Konzerne die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR vernichten.

Die Stellung der LPG ist aufgrund der Krise des realsozialistischen Entwicklungsweges geschwächt. Seit der Gründung der DDR hat die realsozialistische Politik einen Ausgleich zwischen Indu-

auszugeben hatte, mußte die Gesellschaft als Ganzes in wachsendem Maße „zuviel“ zahlen. Diesen Transfer in die Landwirtschaft konnte und wollte sie sich nicht länger mehr leisten. Daß auch die Kosten der Spezialisierung und der Übergröße der LPG (durchschnittlich knapp 5000 ha) zu hoch waren, soll hier nur am Rande erwähnt werden. Eine Änderung war unvermeidbar.

Die Änderung, die die Konzerne jetzt zu erzwingen suchen, vernichtet jedoch gerade die fortschrittlichsten Elemente der Produktionsweise in der DDR-Landwirtschaft.

Verschieden aufgestellte Rechnungen weisen aus, daß — setzt man eine DDR-Mark gleich einer D-Mark — die LPG bei

Motivation der Bauern zu erhöhen. Wer sich um 17 Uhr vom Tagewerk auf dem Acker verabschiedet, kann mit privatwirtschaftlich betriebenen Höfen auf Dauer nicht konkurrieren.“ (19.1.)

Die Konkurrenz, der die LPG seit dem 1.7. ausgesetzt sind, dient aber nicht nur als Peitsche für Preissenkung und Steigerung der Arbeitsintensität und -produktivität. Sie dient vor allem auch als Mittel zur Enteignung.

Die z.T. hohen Guthaben, die LPG auf den Konten der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften hatten, sind mit dem Herrschaftsantritt der D-Mark halbiert; sie werden infolge der Stockung von Produktion und Absatz und des Preiseinbruchs wahrscheinlich binnen kurzem erschöpft sein. Um konkurrieren zu können, müssen die LPG jedoch moderne Maschinerie anschaffen. Dazu werden sie sich verschulden müssen.

Zugleich ist ein Run auf landwirtschaftlich genutzten Böden in der DDR absehbar. Die durchschnittlichen Preise für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, von denen nur 15 % den LPG-Bauern gehören, die übrigen 85 % sind staatlich (7), lagen vor dem 1.7. bei 400 bis 4000 Mark, verglichen mit 20000 bis 30000 DM in der BRD. (8) Trotzdem werden die LPG gegen Spekulanten aus der BRD nicht mithalten können.

Hinzu kommt schließlich, daß die LPG den bäuerlichen Familienbetrieben in der BRD rechtlich nicht gleichgestellt werden; sie müssen deutlich mehr Steuern zahlen, die bundesdeutschen agrarpolitischen Förderprogramme finden auf sie keine Anwendung. (9)

BRD-Landwirtschaftsminister Kiechle hat längst klargestellt, daß er den „sukzessiven Übergang zur privaten Produktion“ erwartet. Ein hoher Beamter seines Ministeriums präzisiert, was darunter zu verstehen ist: „große Pachtbetriebe auf den Flächen der ehemaligen LPG oder Teilen davon“, „landwirtschaftliche Bewirtschaftungsgesellschaften in der Rechtsform GmbH oder GmbH und Co.KG oder Aktiengesellschaften“, „großbäuerliche Familienbetriebe“ nach britischem Muster. (10)

Tausende und Zehntausende LPG-Bauern haben in den letzten Tagen Widerstandsaktionen gegen den Boykott ihrer Produkte durchgeführt. Sie kämpfen nicht nur um den Absatz ihrer Produkte, sie kämpfen auch um den Erhalt ihrer Genossenschaften, in denen die Arbeitenden zugleich auch die Eigner sind. So fordern sie u.a. die Aufnahme der Förderwürdigkeit von LPG in die Verfassungen der auf dem Territorium der DDR entstehenden Länder.

Quellenhinweis: (1) taz, 9.5.90; (2) Zeit, 5.4.90; (3) ND, 12.7.90; (4) Welt Report, Journal der „Welt“, 29.2.90; (5) FAZ, 19.1.90; (6) s. 4; (7) Börsen-Zeitung, 8.3.90; (8) ND, 6.6.90; (9) ebenda; taz, 9.6.90; (10) nach taz, 9.6.90. — (sc)

Kampuchea: Erfolge des Guerillakrieges

EG stellt sich einer politischen Lösung des Konflikts entgegen

Am 19. Januar veröffentlichten die zwölf EG-Mitgliedsstaaten eine Resolution, daß eine Rückkehr der Roten Khmer auf jeden Fall verhindert werden müsse. (1) Ähnlich äußerten sich der Präsident und Außenminister Frankreichs, der ehemaligen Kolonialmacht in Kampuchea. (2)

Die Frage drängt sich auf, was diese Erklärungen bedeuten sollen und ob die sich aufdrängenden Konsequenzen ernsthaft erwogen und vorbereitet werden. Zu gleicher Zeit nämlich, als sich die EG darauf verständigte, die Beteiligung der Roten Khmer an einer zukünftigen Regierung Kampuchea „auf jeden Fall“ zu verhindern, warnte Prinz Sihanouk, der eine der Parteien der Dreierkoalition des Demokratischen Kampuchea repräsentiert, öffentlich: Wenn der Westen die militärische Ausschaltung der Roten Khmer wolle, müsse man schon internationale Brigaden schicken. (3)

In der Tat ist eine politische Lösung des Kampuchea-Konflikts unter Ausschuß der kommunistischen Roten Khmer undenkbar. Sie sind politisch und militärisch die weitaus stärkste Kraft der Dreierkoalition des Demokratischen Kampuchea. Niemand bestreitet heute noch, daß die Kämpfer der Roten Khmer fast im ganzen Land präsent sind. Sie operieren in kleinen Gruppen, ausgerüstet mit B-40-Raketen und Kalaschnikows, greifen die Armee der Regierung der VR Kampuchea an und ziehen sich

zurück, führen also einen klassischen Guerillakampf. In den letzten Monaten haben die Kämpfe zugenommen. Im Oktober 1989 eroberten sie die Grenzstadt Pailin. Von den 3000 eingesetzten Elitesoldaten der VR Kampuchea sind nach Angaben der „Zeit“ (4) rund 1000 gefallen, 1000 zu den Roten Khmer übergegangen bzw. in Gefangenschaft geraten. Aufgeschreckt meldete die „Welt“: „Nicht nur in den Provinzen Kompong Thom, Kompong Cham und Kompong Speu, die im Norden, Osten und Südwesten an Phnom Penh grenzen, sind sie aktiv, die Hauptstadt selbst ist nicht mehr vor ihren Angriffen sicher, wie Granaten- und Bombenangriffe vor einer Woche deutlich machen.“ (5)

Und der „Spiegel“ gab zu: „Erstmals seit der Vertreibung der Roten Khmer durch die vietnamesische Armee 1979 erreichte der Bürgerkrieg die städtischen Zentren des Landes.“ (6) Im März eroberten die Roten Khmer vorübergehend den Flugplatz von Battambang, der zweitgrößten kampucheanischen Stadt, im Juni besetzten sie, ebenfalls vorübergehend, die 80 km nördlich von Phnom Penh gelegene Provinzstadt Kompong Thom. Inzwischen sind sie zur Repatriierung von 60 000 Flüchtlingen aus thailändischen Flüchtlingslagern in befreite Gebiete übergegangen. (9)

Worin liegen die Gründe für das Erstarken des Widerstandskrieges? Sicher nicht vorrangig im Abzug der vietname-

sischen Truppen. Zum einen hat Vietnam, Informationen osteuropäischer Diplomaten in Phnom Penh zufolge, nach seinem offiziellen Abzug neuerlich tausende Soldaten nach Kampuchea entsandt (7), zum anderen ist der offizielle Abzug ein Eingeständnis der Tatsache, daß Vietnam die Roten Khmer militärisch nicht besiegen konnte.

Selbst die Haß- und Lügenteraden der imperialistischen Presse lassen die Gründe für die erfolgreiche Entwicklung des Widerstands durchschimmern. Die Roten Khmer könnten keinen Guerillakrieg führen, wenn sie sich nicht auf Teile der Bevölkerung Kampuchea stützen könnten. Die „Financial Times“ vermerkt bitter, daß die Roten Khmer, wie schon im Völkskrieg gegen die USA, Aggression, den schroffen Stadt-Land-Widerspruch ausnutzen. Sie stützen sich auf die ländliche Bevölkerung, denen sie in den Gebieten, in denen die Kontrolle der VR Kampuchea schwach wäre, z.B. höhere Reispreise zahlten als diese. (8) Auch die „Neue Zürcher“ berichtet, daß sich die Roten Khmer um die Alltagsprobleme der Bauern kümmern, ihnen medizinische Hilfe bieten, kulturelle Bedürfnisse befriedigen usw. (9) Prinz Sihanouk bestätigte in seinem offenen Brief: „Vor allem in den ländlichen Gebieten seien sie (die Roten Khmer — Red.) militärisch erfolgreich und hätten Unterstützung in der Bevölkerung ... Selbst in den Städten gebe es zunehmend Attentate und Sabotageakte



Kämpfer der Roten Khmer helfen den Bauern bei der Produktion.

der Roten Khmer. Dies sei ohne die Unterstützung der Bevölkerung bis hinein in Verwaltung, Polizei und Armee nicht möglich. Die Weltöffentlichkeit habe ein vereinfachtes Bild von den Roten Khmer, so als gingen diese nur mit Terror und Völkermord vor und als würden sie überall gehaßt. Ein Gutteil der Kambodschaner unterstütze sie aber in Wirklichkeit wegen ihres Nationalismus und ihrer proletarischen Ideologie.“ (9)

Das Regime der VR Kampuchea dagegen ist weitgehend von der Unterstützung durch Vietnam abhängig. Seine Basis liegt fast ausschließlich in Phnom Penh. Die „Zeit“ zitiert, nach Schilder-

ungen über neue Reiche in Phnom Penh, über Korruption und Prasserei, einen schwedischen Arzt: „Phnom Penh führt den Krieg nicht. Die Hauptstadt läßt Krieg führen, und zwar von den Bauernsöhnen. Aber warum sollten die sich erschießen lassen, wenn Offiziere ihren Sold unterschlagen, um das Geld in Autos und Villen anzulegen oder es auf Phnom Penhs sündiger Meile zu verbringen.“ (4)

Die „Neue Zürcher“ schreibt unter Berufung auf das Kambodschanische Rote Kreuz, daß das Regime in Phnom Penh aus Gebieten, über die es die militärische Kontrolle verloren habe, bisher „zwischen 30000 und 50000 Zivilisten in neue, aus dem Boden gestampfte, notdürftige Flüchtlingslager im Gebiet der Hauptstadt umgesiedelt“ habe. „Unabhängige Beobachter versichern, daß diese Zivilisten nicht von sich aus flüchteten, sondern von der Regierung gewaltsam umgesiedelt wurden. Auf diese Weise verhindert das Heng-Samrin-Regime, daß diese Bevölkerungskreise dem Einfluß der Roten Khmer ausgesetzt werden.“ (9)

Nach Auffassung zahlreicher Beobachter versuchen die Roten Khmer nicht, die Städte zu erobern; sie wollten sie vielmehr vom Land her einkreisen. Ihre militärischen Schläge gegen Städte zielen darauf ab, „das Regime in Phnom Penh zu verhindern Zugeständnissen in den politischen Verhandlungen über Kambodscha zu bringen“. (9)

Quellenhinweis: (1) Südostasien aktuell, März 1990; (2) Frankfurter Rundschau, 13.1.90; (3) nach: Blätter des iz3w, März/April 1990; (4) Zeit, 12.1.90; (5) Welt, 15.1.90; (6) Spiegel, 15.1.90; (7) NZZ, 3.3.90; (8) Financial Times, 19.3.90; (9) NZZ, 5.7.90. — (sc)



Eine Arbeitsgruppe der Volksfront Bayern hat eine Broschüre (ca. 20 Seiten, Preis 2 DM plus Versandkosten) zum Thema „Widerstand gegen Polizeiaufrüstung in Bayern — Gegen Polizeiterror im staatlichen Auftrag — Kommunalisierung der Polizei und kommunale Rechte“ erstellt, die jetzt bei der GNN Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5 bestellt werden kann. Die Auslieferung erfolgt im August. Das obige Werbebild „Die Polizei — Dein Freund und Helfer“ ist typisch. Die Übergriffe im staatlichen Auftrag gegen antiimperialistische Protestbewegungen passen nicht in dieses Bild.

Kommunalisierung der Polizei

Diskussionspunkte zum Widerstand gegen den Polizeistaat

Die Erfahrungen mit der staatlichen Polizei in Bayern als einem Instrument einer CSU-Staatsregierung, die imperialistische Konzerninteressen durchsetzt, macht es notwendig, insbesondere auch in der sozialistischen und antifaschistischen Opposition über grundlegende Veränderungen bei dieser Behörde zu diskutieren und einen Beitrag in der Widerstandfront zu leisten.

Anlässlich der Polizeimaßnahmen zur Durchsetzung der WAA in Wackersdorf haben die bayerischen Jusos einen Beschluß „Alternative Sicherheitsapparate? — Alternativen zu Sicherheitsbehörden, Polizei und Verfassungsschutz“ auf ihrer Landeskonferenz gefaßt und diesen Beschluß im letzten Jahr bestätigt. Eine öffentliche Kampagne ist aber nicht sichtbar geworden. In diesem Beschluß wird das staatliche Gewaltmonopol und seine bloße Kontrolle kritisch untersucht und vertreten, daß „nicht staatsmonopoltig garantierte Formen gesellschaftlicher Organisation“ aufzufindig gemacht werden müßten. Die Kommunalisierung der Ordnungsverwaltung mache sie erst kontrollierbar. Eine ganze Reihe von Forderungen werden entwickelt, die sich auf die Organisation und Aufgaben der Polizei beziehen.

Die Grünen haben in ihrem Programm zu den Landtagswahlen 1986 insbesondere gegen den „Todeschuß“ polemisiert und eine Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes gefordert. Bei den kommenden Landtagswahlen noch in diesem Jahr wird diese Thematik wieder ein Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit der CSU und den Republikanern sein — dies wird in dem Interview mit dem Landtagsabgeordneten Hartmut Bäumer deutlich. Die Münchner Veranstaltungsverbote gegen Hungerstreikunterstützung, gegen die Bekanntmachung des kurdischen Befreiungskampfes und anderer antiimperialistischer Themen, sowie in den letzten Monaten der deutlich vernehmbare Protest gegen die Verhältnisse in den Gefängnissen hat uns zu einer Diskussion über den Polizeistaat geführt. Dabei sind wir zu folgenden ersten Schlüssefolgerungen gekommen:

— In den einzelnen konkreten Auseinandersetzungen mit der Polizei hat sich gezeigt, daß rechtliche und juristische Mittel zur Kontrolle der staatlichen Behörden im Freistaat völlig unzureichend sind. Polizeiterror herrscht, wenn die Polizei als direkt verfügbare Hilfstruppe der Staatsregierung eingesetzt wird, das zeigte die Praxis der Polizeieinsätze gegen Informationsveranstaltungen zu antiimperialistischen Themen, gegen den WAA-Widerstand und bei Solidaritätsaktionen mit Gefangenen. Nötig ist, der Staatsregierung solche Mittel aus der Hand zu nehmen. Das geht nur durch Kommunalisierung der Polizei. Reformvorschläge zum Polizeiorganisations- und Polizeiaufgabengesetz werden von den Jusos und von den Grünen in Bayern vertreten. Dies ermöglicht eine breitere Aktionseinheit, die auch in den Gewerkschaften ihren Rückhalt findet. Der ÖTV-Fachausschuß Richter und Staatsanwälte wendet sich z.B. gegen den von

der Staatsregierung vorgelegten Entwurf für ein Bayerisches Verfassungsschutzgesetz.

— Kommunalisierung der Polizei war eine antifaschistische Maßnahme nach dem Zweiten Weltkrieg. Aus dieser Zeit stammt noch das heute deformierte Recht der bayerischen Kommunen, eine kommunale Polizei zu bilden. Die erneute Verstaatlichung der Polizei wurde Ende der 60iger Jahre schon betrieben und 1975 letztendlich auch in München durchgesetzt. Die Gegner dieser Verstaatlichung — sie kamen hauptsächlich aus den Reihen der SPD — argumentierten mit der Verteidigung kommunaler Rechte gegenüber dem Zentralstaat, erinnerten an den Terror der Polizei im Faschismus und kritisierten die Rolle der Polizei als verlängerten Arm eines absolutistischen Staates.

— Kommunalisierung der Polizei brächte die Entscheidungsgewalt über polizeiliche Maßnahmen in die Hände der kommunalen Körperschaften und damit in einen Bereich, der für die Bevölkerung noch beeinflußbar ist. Die Kontrolltätigkeit brächte eine örtliche Auseinandersetzung um den Nutzen und die Gefahren polizeilicher Aufgaben, die die Notwendigkeit von erheblicher Einschränkung dieser Aufgaben deutlich machen würde. Der Einfluß der Einwohner könnte in die Richtung wirksam werden, daß soziale Mißstände bekämpft werden und nicht die Opfer dieser Mißstände mit Polizeimitteln niedergehalten werden.

— Die Kommunalisierung der Polizei würde diesen Nutzen aber nur haben, wenn die Rechte der Kommunen gleichzeitig ausgebaut würden: Ohne mehr Recht auf eigene kommunale Finanzmittel sind die Kosten nicht zu bewältigen (die Verstaatlichung der Polizei gelang über diese Schiene). Ohne mehr Rechte auf einen „eigenen Wirkungsbereich“, d.h. ohne mehr örtlich zu entscheidende Maßnahmen im Sozial-, Kultur-, Versorgungs- und Wirtschaftsbereich muß die „öffentliche Sicherheit“ Terrorcharakter haben, weil die „Sicherungsmaßnahmen“ sich an zentralen Interessen orientieren. Jede fortschrittliche örtlich beschlossene Entscheidung kann mit diesem Machtapparat außer Kraft gesetzt werden.

— Eine Kommunalpolitik mit weitgehenden Entscheidungsrechten kann eher eine Chance bieten zur Entfaltung einer Politik nach den Bedürfnissen der Einwohner. Entsprechend würde die Polizei eine andere Aufgabe erhalten. Ihr Charakter würde sich grundlegend ändern.

Die CSU versucht, noch vor den Sommerferien und den bayerischen Landtagswahlen eine weitere Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes und Verfassungsschutzgesetzes durchzusetzen. Aufgrund der gegenwärtigen Macht- und Mehrheitsverhältnisse ist es nötig, einen langdauernden Widerstand zu organisieren. Die politischen und sozialen Bewegungen gegen Imperialismus und Reaktion werden zunehmen. Sie brauchen Bewegungsfreiheit und keine polizeistaatliche Unterdrückung. — (baf, chl, dil, uth)

„Freiheit statt Obrigkeitstaat“

Interview mit Hartmut Bäumer, MdL (Grüne) zum neuen Polizeiaufgabengesetz in Bayern

Nach der Änderung des Polizeiaufgabengesetzes am 1. April 1989 mit dem in der Öffentlichkeit weiter umstrittenen „Unterbindungsgehrsam“ versucht jetzt die Staatsregierung erneut eine Verschärfung des PAG durchzusetzen und gleichzeitig die Aufgaben und Rechte des Verfassungsschutzes mit einer Gesetzesänderung zu erreichen. Welche Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit plant das Aktionskomitee und die Landtagsfraktion Die Grünen?

Wir Grünen werden versuchen, das Thema „Freiheit statt Obrigkeitstaat“ auch im Wahlkampf vor allem gegen die CSU in den Vordergrund zu rücken. Als konkrete Aktionen plant das Aktionsbündnis für September/Anfang Oktober eine Demo in München. Vorher wollen wir aber in einigen Städten Bayerns (gedacht ist an Würzburg, Aschaffenburg, Nürnberg, Passau, Regensburg, Augsburg, Bamberg) Informationsveranstaltungen zum Thema „Abbau von BürgerInnenrechten durch die geplante Bayern-Stasi“ durchführen. Dazu brauchen wir in den jeweiligen Orten natürlich Menschen, die die entsprechenden Veranstaltungen vorbereiten und tragen. Allerdings sind wir zuversichtlich, daß ein hinreichendes Interesse an derartigen Veranstaltungen besteht. Wichtig erscheint mir besonders, daß zwei Gesichtspunkte dabei herausgestellt werden:

- Mit dem Ruf „ir sind das Volk“ ist es den Bürgerinnen und Bürgern in der DDR nicht zuletzt gelungen, den verhältnisstaatlichen Staatsicherheitsdienst zu Fall zu bringen. Dieser große Erfolg für die BürgerInnenrechte darf nun nicht dadurch auf den Kopf gestellt werden, daß in Bayern oder später in einem Gesamtdeutschland noch effizientere und noch subtilere Geheimdienstmethoden eingeführt werden.
- Es ist notwendig, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß derzeitig von der Bayerischen Staatsregierung der Kampf gegen die sog. organisierte Kriminalität und vor allem die Drogenkriminalität als ideologischer Kampfbegriff missbraucht wird, um mit diesem Vehikel schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten geplante Gesetze zur Überwachung der Bevölkerung nun endlich akzeptierbar und damit durchsetzbar zu machen.

Ich glaube, wenn es uns nicht gelingt, diese ideologischen Zusammenhänge zu verdeutlichen, werden wir es sehr schwer haben, in der Gesellschaft hinreichende Unterstützung im Kampf gegen die obrigkeitstaatlichen Gesetze von Stoiber und anderen zu bekommen.

Die erste Lesung des Gesetzes zur Änderung des PAG hat Mitte Mai begonnen und der Gesetzentwurf wurde in die Ausschüsse verwiesen. Welche Möglichkeiten ergeben sich jetzt für die Grünen?

Wir Grünen haben schon im letzten Jahr einen eigenen Gesetzentwurf mit dem Titel „Polizeidatenschutzgesetz“ zur Reformierung des Polizeiaufgabengesetzes eingebracht. Mit unserem Gesetz verfolgen wir das Ziel, die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil von 1983 zum Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aufgestellt hat, auch in die polizeiliche Praxis umzusetzen. Der Entwurf der Staatsregierung geht demgegenüber genau den umgekehrten Weg. Mit ihm sollen alle positiven Ansätze des damaligen Urteils ausgehebelt, und die BürgerInnen zu durchleuchteten und durchleuchtbaren Objekten staatlicher Machtbegierde werden. Unsere Möglichkeiten im Parlament sind angesichts der Machtverhältnisse leider beschränkt. Auch die SPD konnte sich nicht zur Unterstützung unseres Gesetzentwurfs in Sachen PAG-Novelle durchringen! Darüber hinaus hat sie lange Zeit geschwankt, ob sie nicht gar den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Novelle des Verfassungsschutzgesetzes unterstützen sollte. So hat sie sich z.B. bei einer ersten Lesung im Rechtsausschuß der Stimme enthalten und sogar Zustimmung signalisiert. Immerhin ist insofern ein Sinneswandel eingetreten, der nicht zuletzt auch auf die Aktivitäten des Aktionsbündnisses zurückzuführen sein dürfte. Wir werden versuchen, im Land-

tag vor einer Verabschiedung der Gesetze eine gemeinsame Anhörung von ExpertInnen aus dem Bereich Datenschutz, Verfassungsrecht und Polizeirecht durchzuführen zu lassen. Angesichts der notorischen Unlust der CSU-Abgeordneten, sich überhaupt sachkundig zu machen — das gilt für jeden Bereich politischer Aktivitäten im bayerischen Parlament — bezweifle ich allerdings, ob unser diesbezüglicher Antrag von der Mehrheit angenommen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, steht zu befürchten, daß die CSU mit ihrer satten Mehrheit die Gesetzentwürfe zum Polizeiaufgaben- und Verfassungsschutzgesetz ohne weitere Diskussion durchzieht und noch vor der Sommerpause verabschiedet.

Die Ausdehnung des Unterbindungsgehrsams auf 14 Tage durch die Bayerische Staatsregierung und den bayerischen Landtag wird von vielen Menschen als staatliche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA begriffen. Auf welche gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen wird jetzt nach eurer Meinung mit diesen Gesetzentwürfen geantwortet? Spielt — für die innere Aufrüstung — die Herausbildung des 4. Reiches eine Rolle?

Ich möchte den letzten Halbsatz, nämlich die Herausbildung des 4. Reiches, sehr eindeutig verneinen. Die Vorlagen zu den jetzt diskutierten Gesetzentwürfen liegen schon seit langem in den ministeriellen Schubladen, ohne daß damals eine baldige deutsche „Vereinigung“ vorhersehbar gewesen wäre. Diese Einschätzung wird auch meiner Meinung nach dadurch bestätigt, daß in SPD-rezipierten Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen zumindest im Polizeibereich und in der Frage der staatlichen Reaktion auf die sog. organisierte Kriminalität durchaus ähnliche Vorstellungen wie die in Bayern bestehen. Ich halte daher die Annahme für richtig, daß einerseits der staatliche Machtapparat für alle zukünftigen Eventualitäten, wie sie die weiter verfolgte katastrophale Industriepolitik in diesem Land mit sich bringen wird, aufgerüstet werden soll. Wir werden uns mittel- und langfristig in unserer Gesellschaft auf weiter zunehmende Konflikte wie Wackersdorf oder Startbahn West in Frankfurt einstellen müssen, wenn die Mehrheit in diesem Land nicht endlich bereit ist, den ökologisch selbstmörderischen Weg aufzugeben.

Darüber hinaus dürfte der durch die Einwanderungsbestrebungen erzeugte innenpolitische Druck auf die reichen Industrieländer des Nordens erheblich zunehmen, da auch insoweit keine Änderung der letztlich auf Ausbeutung des sog. Dritt-Welt-Staaten beruhenden Außenwirtschaftspolitik erkennbar ist. Als letzter Punkt scheint mir von Bedeutung, daß mit dem Zusammenwachsen Europas tatsächlich die Möglichkeiten multinational arbeitender krimineller Institutionen erheblich wächst. Ebenso wie die reale Gefahr der Ausweitung des Drogenkonsums in unserem Leistungsgesellschaften erzeugt auch dieses Phänomen durchaus berechtigte Ängste. Auf diese Ängste wird nun allerdings von staatlicher Seite nicht so reagiert, daß man an die Ursache des Übels heraningeht, z.B. über den Verfall der politischen Moral und der damit verbundenen Möglichkeit des Aufkommens organisierter Kriminalität überhaupt nachzudenken und dem entgegenzuwirken, sondern in typisch deutscher Tradition allein obrigkeitstaatlich. Nicht die Ursachen des Übels sollen bekämpft werden, stattdessen erklärt die Staatsregierung in Bayern lieber die BürgerInnen und Bürger zu potentiellen StaatsfeindInnen und damit zu Unsicherheitsfaktoren.

Diese Frage läßt sich in der hier gebotenen Kürze kaum beantworten. Ich glaube, daß wir in unserer verflochtenen und vielschichtigen Gesellschaft ohne eine Institution wie die Polizei, die in Ausnahme- und Notfällen Rechte von BürgerInnen und Bürgern durchzusetzen vermag, nicht auskommen. Ob es sich dabei allerdings um eine Polizei, wie sie heute gesellschaftlich kennen oder um andere Institutionen, die mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgestattet sind, handeln muß, vermag ich ohne weiteres nicht zu beantworten. Fest steht jedoch, daß z.B. in Fällen von massiver Bedrohung für Leib oder Leben von Personen (ich denke an Vergewaltigungen, Morddrohungen oder Geiselnahmen) eine staatliche Gewalt, die auch berechtigterweise mit Gewaltmitteln gegen Menschen oder Sachen vorgehen darf, die unrechtmäßig andere Menschen bedrohen, notwendig bleiben wird. Diese Aufgaben müssen von staatlich dazu besetzten legitimierten Institutionen wahrgenommen werden. Sie können nicht einfach in die Gesellschaft zurückgegeben werden, da sich dann nämlich immer wieder das Recht des stärkeren, d.h. des kapitalkräftigen allein durchsetzen würde. Wir Grüne sind dabei, ein Konzept für eine zukünftige Rolle der Polizei in einer freien Gesellschaft auszuarbeiten. Wir haben dazu ein Gutachten von Berliner Forschern (ciliP-Gruppe), die sich seit fast zwei Jahrzehnten sehr kritisch mit den bundesrepublikanischen Polizei- und Geheimdiensten auseinandersetzen, in Auftrag gegeben. Nach diesem Gutachten würde die Polizei zwar nicht überflüssig, aber doch ganz wesentlich reduziert, in ihrer technischen und waffentechnischen Ausstattung den Notwendigkeiten des konkreten Schutzes von BürgerInnen im Gegensatz zum sog. Staatsschutz angepaßt und, wie von euch in Frage fünf schon angesprochen, wieder vollkommen dezentralisiert. Geheimdienste wie Verfassungsschutz, BND oder MAD lehnen wir Grüne ab.

richtet. In diesem Gremium sind aber gerade wir Grüne aufgrund des Mehrheitsvotums der CSU nicht vertreten. Mit diesem verfassungswidrigen Ausschluß hat die CSU nur formell das abgesegnet, was sie in dem Ausschluß ohnehin tut. Sie bestimmt nämlich mit ihrer Mehrheit allein, was überhaupt Gegenstand der sog. Kontrolle sein soll. und über was dort überhaupt geredet wird. Leider waren bisher die sicherheitspolitischen Interessen von SPD und CSU auch so weitgehend übereinstimmend, daß es trotz der für eine Demokratie unglaublichen Ausgangslage nie zu einem wirklichen Eklat gekommen ist. Als einziges Mittel zur Kontrolle der Polizei bleibt uns Grünen, immer wieder den Weg an die Öffentlichkeit zu suchen, Mißstände anzuprangern und so den notwendigen öffentlichen Druck für Korrekturen zu erreichen. Dies ist uns zuletzt gelungen bei der Besitzelung einer BürgerInneninitiative durch die Polizei. Hier mußte selbst Innenminister Stoiber öffentlich erklären, daß dieses Verhalten rechtswidrig war und er die Vorgehensweise der Polizei bedauerte.

Vor 1975 war z.B. in München — vor der Verstaatlichung der Polizei — der Oberbürgermeister der Dienstvorgesetzte des Polizeipräsidenten und nicht wie heute der Innenminister. Seht ihr in der Rekommunalisierung einen Weg zur besseren Kontrolle der Polizei?

Wir halten eine Dezentralisierung der Polizei für unbedingt notwendig. Auf jeden Fall ist eine kommunale Polizei bürgernfreundlicher und weniger gefährlich für die individuellen Freiheitsrechte der einzelnen Menschen. Aus diesem Grund hatten ja auch die Alliierten nach 1945 den Aufbau dezentraler und kommunaler Polizeieinheiten im Gegensatz zu zentralisierten Polizei, wie sie in Deutschland als Ordnungsmacht üblich war, eingerichtet. Leider hat sich die alte und schlechte deutsche Tradition doch wieder durchgesetzt.

Eng mit dieser Frage zusammen hängt natürlich auch, welche Polizeiaufgaben überhaupt für eine menschenwürdige Gesellschaft notwendig sind. Gibt es hierzu von euch allgemeine Kriterien?

Diese Frage läßt sich in der hier gebotenen Kürze kaum beantworten. Ich glaube, daß wir in unserer verflochtenen und vielschichtigen Gesellschaft ohne eine Institution wie die Polizei, die in Ausnahme- und Notfällen Rechte von BürgerInnen und Bürgern durchzusetzen vermag, nicht auskommen. Ob es sich dabei allerdings um eine Polizei, wie sie heute gesellschaftlich kennen oder um andere Institutionen, die mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgestattet sind, handeln muß, vermag ich ohne weiteres nicht zu beantworten. Fest steht jedoch, daß z.B. in Fällen von massiver Bedrohung für Leib oder Leben von Personen (ich denke an Vergewaltigungen, Morddrohungen oder Geiselnahmen) eine staatliche Gewalt, die auch berechtigterweise mit Gewaltmitteln gegen Menschen oder Sachen vorgehen darf, die unrechtmäßig andere Menschen bedrohen, notwendig bleiben wird. Diese Aufgaben müssen von staatlich dazu besetzten legitimierten Institutionen wahrgenommen werden. Sie können nicht einfach in die Gesellschaft zurückgegeben werden, da sich dann nämlich immer wieder das Recht des stärkeren, d.h. des kapitalkräftigen allein durchsetzen würde. Wir Grüne sind dabei, ein Konzept für eine zukünftige Rolle der Polizei in einer freien Gesellschaft auszuarbeiten. Wir haben dazu ein Gutachten von Berliner Forschern (ciliP-Gruppe), die sich seit fast zwei Jahrzehnten sehr kritisch mit den bundesrepublikanischen Polizei- und Geheimdiensten auseinandersetzen, in Auftrag gegeben. Nach diesem Gutachten würde die Polizei zwar nicht überflüssig, aber doch ganz wesentlich reduziert, in ihrer technischen und waffentechnischen Ausstattung den Notwendigkeiten des konkreten Schutzes von BürgerInnen im Gegensatz zum sog. Staatsschutz angepaßt und, wie von euch in Frage fünf schon angesprochen, wieder vollkommen dezentralisiert. Geheimdienste wie Verfassungsschutz, BND oder MAD lehnen wir Grüne ab.

Kontrollmöglichkeiten gegenüber Polizei und Verfassungsschutz gibt es im bayerischen Landtag faktisch nicht. Zwar ist es von der Verfassung her vorgeschrieben, daß das Parlament die Exekutive kontrollieren soll, und dementsprechend wurde auch ein sog. Sicherheitsausschuß im Landtag einge-

Gegen Rüstungsforschung!

Forderung nach Zivilklausel / Verbot militärischer Projekte

Stuttgart. In den letzten Wochen wird die Rüstungsforschung an der Universität heftig kritisiert. Nachforschungen der Fachschaftsvertreterversammlung (FaVe) ergaben u.a., daß in den letzten Jahren mindestens 200000 Dollar dem SDI-Programm an das Institut für Luft- und Raumfahrtssysteme geflossen sind. Die anfänglichen Dementi der Universitätsleitung sind inzwischen völlig hältlos geworden. Eine Offenlegung der Auftragsforschung wird dennoch abgelehnt. Die Landtagsfraktion der Grünen fordert Aufklärung über SDI-Forschung und „konkrete Schritte zur Gewährleistung vollständiger Öffentlichkeit von Auftragsforschung an Universitäten.“ Die SPD fordert ebenfalls Aufklärung und ein Verbot von militärischer Forschung an den Landesuniversitäten. Auch die Kreisverbände von SDP und DGB sprechen sich gegen Rüstungsforschung aus und fordern die Einrichtung einer Kommission zur Überprüfung von Drittmitteleinträgen.

1988 betrug das Gesamtvolume der Universität Stuttgart durch das Land Baden-Württemberg 374,23 Mio. DM, das Drittmitteleinkommen betrug 167,75 Mio. DM. Die Universität ist bezüglich des Drittmitteleinkommens in Baden-Württemberg führend und steht bundesweit an dritter Stelle. Diese Drittmitteleinrichtung erlaubt den Konzernen direkten Zugang und Einflussnahme auf die Projekte und Verfügungsgewalt über die Forschungsergebnisse. Unter den Studenten wird über die Notwendigkeit diskutiert, Prüfsteine für die Bewilligung von Drittmitteleinträgen, die z.B. auch eine militärische Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen ausschließen sollen.

Wir haben im folgenden ein paar Informationen zur Entwicklung der Ausinandersetzung an der Universität zusammengestellt:

Im November 1989 fordern die studentischen Vertreterinnen und Vertreter im Großen Senat, eine Zivilklausel in alle Kooperationsverträge aufzunehmen, um sicherzustellen, daß keine militärische Forschung an der Universität Stuttgart betrieben wird. Rektor Effenberger erklärt, ihm seien keine Forschungsvorhaben bekannt, die auf militärische Zwecke ausgerichtet sind. Eine Zivilklausel sei abzulehnen, da sonst die „geetzlich verankerte Freiheit der Forschung“ verletzt werden könnte.

Recherchen der FaVe ergeben, daß die Uni am SDI-Projekt beteiligt ist und im Institut für Luftfahrtantriebe militärische Triebwerke getestet werden. Ab Februar 1990 berichtet die Presse über die Vorwürfe. Auf einem Plakat gibt der Rektor „erfreut bekannt, daß die Universität Stuttgart bereits seit 1987 am Forschungsprogramm Strategic Defense Initiative (SDI) des Government of the

United States of America teilnehmen darf“. Das Plakat stellt sich als Fälschung heraus, die Richtigkeit des Inhalts kann aber nicht widerlegt werden.

Bei einem Gespräch am 14. Februar erklärt der Leiter des Instituts für Raumfahrtssysteme, Messerschmid, er betreibe rein zivile Forschung. Eine Geheimhaltung der Forschung gebe es nicht. Etwas später wird dem studentischen Vertreter im Verwaltungsrat Akteneinsicht verweigert. Nachdem auf der Sitzung des Verwaltungsrates vom 29. Mai der Antrag auf Akteneinsicht nicht behandelt wird, schaltet die FaVe einen Rechtsanwalt ein.

Im Juni erklärt der Leiter des Instituts für Luftfahrtantriebe, Prof. Braig, gegenüber dem Rundfunk, daß in den vergangenen fünf Jahren zwei militärische und sieben zivile Triebwerke auf dem Höhenprüfstand getestet wurden: „Ich widerstehe mich militärischen Vorhaben nicht, wenn es öffentliche Aufträge sind“. Nachdem die Universität es abgelehnt hat, ein von der FaVe vorgelegtes Hearing zum Thema Rüstungsforschung und Zivilklausel mitzuvorstellen — die Universität wolle sich nicht „auf die Anklagebank“ setzen lassen — muß sie aufgrund massiver öffentlicher Nachfragen zu einer Pressekonferenz am 25. Juni einladen. Die Erklärung des Rektors vom 13. Februar gegenüber der Stuttgarter Zeitung „Militärische Forschung an der Universität würde ich niemals dulden“ ist durch offizielle Bestätigungen von Triebwerkstests für Tornado und Jäger 90 auf dem Höhenprüfstand der Universität widerlegt. Das Rektorat versucht, sich durch Unterscheidung zwischen Kriegsforschung, militärischer Forschung und von Militärs bzw. Verteidigungsministerien finanzierte Forschung aus der Affäre zu ziehen. Prof. Braig steht zu seiner Erklärung. Sinngemäß äußert er weiter: „Wer sich gegen Rüstungsforschung an dieser Uni wendet, der will in Wirklichkeit einen anderen Staat“.

Die Mehrheit des Verwaltungsrates lehnt am 28. Juni ein Recht auf Akteneinsicht für einzelne Mitglieder ab. Nachdem das Verwaltungsgericht keine einstweilige Anordnung auf Akteneinsicht erteilt hat, besteht somit nun nach wie vor nicht die Möglichkeit zur Akteneinsicht. Der Verwaltungsrat lehnt auch eine Kontrollfunktion bei der Drittmitteleintrag ab.

Die FaVe will nach wie vor eine offene Diskussion über die gängige Forschungspolitik. In einem Brief, der an alle ca. 140 Institutsleiter verschickt wird, äußert die FaVe ihre Bestürzung über die Aussagen speziell von Prof. Braig und fordert alle Professoren zu einem klärenden Dialog auf.

Quelle: Materialien der Fachschaftsvertreterversammlung vom Juni 1990 — (evc)

Katastrophele Versorgung der Flüchtlinge

Kiel. Die Versorgung der Flüchtlinge im Kieler Anscharkrankenhaus ist katastrophal. Nach einer Begehung von Mitgliedern der Kieler Grünen stellten diese fest, daß „die Unterbringung und Verpflegung der hier lebenden Asylbewerber mit der Menschenwürde kaum noch in Einklang zu bringen ist“. Aus Zweiflung sind einige Asylbewerber in den Hungerstreik getreten. „Starke Zweifel sind angebracht“, so Andreas Oltzen (Grüne), „ob der Wert der täglichen zugewiesenen Mahlzeiten tatsächlich einem Tagessatz von sieben Mark entspricht, der Asylbewerber bei eigener Verpflegung zusteht.“ An Kinder werde Milch weit über dem Verfallsdatum verteilt, Eier und Quark gäbe es fast nicht. 160 Flüchtlinge leben (sie sollten ursprünglich zwei Wochen im „Durchgangslager“ bleiben) auf engstem Raum. — (dam)

BdV äußert Kriegsdrohungen gegen Osteuropa

Hildesheim. Die Revanchisten vom „Bund der Vertriebenen“ (BdV) nennen ihre Veranstaltung am 7. Juli in Hildesheim selbst eine politische Mobilisierung. Der Hildesheimer Amtsrichter Stoll, stellvertretender Landesvorsitzender des BdV, nannte das polnische Volk Diebe und Räuber, bezeichnete die Polen als Untermenschen, die „einst blühende Gegenden“ (damals deutsch) „auf innerasiatischen Standard“ (polnisch) heruntergebracht hätten und drohte ganz offen mit der Zerschlagung des polnischen Staates durch Krieg. Genauso offen kündigte er die Zusammenarbeit des BdV mit Faschisten an, die auf der Veranstaltung reichlich vertreten waren. Mit einer wütenden Kampagne gegen „Verzicht“ und „Verrat“ an den „deutschen Ostgebieten“, finanziert aus Bundes- und Landesmitteln, erweiterten Revanchisten und Faschisten der Bundesregierung den politischen Spielraum für die nächsten Angriffe des westdeutschen Imperialismus gen Osten. — (kek)

Veranstaltungen der Kurdistan-Solidarität

Nürnberg. „Einstellung aller politischen Verfahren gegen Kurden — Freilassung der in der BRD inhaftierten Kurden“ war das Motto von Solidaritätsveranstaltungen in Erlangen und Nürnberg, insgesamt 80 Leute kamen. Es gab Beiträge zum derzeitigen Stand im Prozeß in Düsseldorf, der Rolle des Paragraphen 129a in diesem Verfahren, über die Entwicklung des Volksaufstandes in Kurdistan, den bevorstehenden Prozeß gegen zwei Iren in Düsseldorf wegen angeblicher IRA-Aktivitäten und zum geänderten Ausländergesetz. Die Notwendigkeit von Protesten gegen den Justizterror in dem Verfahren und die BRD-Beteiligung am Kolonialkrieg der Türkei wurde unterstrichen. — (mak)

Demonstration für die Abschaffung des § 175

Karlsruhe. Am 30. Juni fand eine südwestdeutsche Demonstration gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben statt. Etwa 400 Leute beteiligten sich an der „Homo-Demo für den Willen des Südens“. In einer Erklärung heißt es: „Immer noch existiert der Sonderparagraph 175, der für schwule Jugendliche ein „Schutz“alter von 18 Jahren vorschreibt (zum Vergleich: bei heterosexuellen Jungen 14 Jahre). Schwulen werden aufgrund ihrer Sexualität Wohnungen und Arbeitsplätze gekündigt. Immer wieder werden bei der Polizei Sonderdaten entdeckt (sogenannte „Rosa Listen“). Müttern und Vätern, die in homosexuellen Lebensgemeinschaften leben, wird das Sorgerecht für ihr Kind aberkannt.“ Gefordert wurde die Abschaffung des § 175, ein Antidiskriminierungsgesetz für Schwule und Lesben, sowie eine Ergänzung des Art. 3 GG, kein Berufsverbot für Schwule und Lesben, Rehabilitierung und Wiedergutmachung für homosexuelle KZ-Opfer, die Offenlegung und Vernichtung aller existierenden „Rosa Listen“, Adoptions- und Sorgerecht für schwule und lesbische Paare, „Finanzielle Unterstützung schwuler Selbsthilfeorganisationen, die Förderung schwulenemanzipatorischer Forschung, ein vorurteilsfreier Sexualkundeunterricht, in dem hetero- und homosexuelle Lebensformen als gleichwertig dargestellt werden“ sollen, wurde verlangt. Die Demonstration forderte eine verbesserte und von moralischen Urteilen freie AIDS-Aufklärung, die sich speziell an Schwule richtet sowie eine verstärkte Förderung von Selbsthilfeprojekten HIV-infizierter und erkrankter schwuler Männer. (Quelle: Kommunale Berichte Karlsruhe) — (map)



Essen. Am 30.6.1990, ein Jahr nachdem der 13jährige Kemal C. bei einem brutalen Polizeigroßeinsatz erschossen wurde, beteiligten sich in Essen 70—100 Leute an einer Mahnwache. Obwohl es nicht gelang, ein Gerichtsverfahren zu erzwingen, ist die politische Diskussion noch nicht abgeschlossen. Der Arbeitskreis zur Unterstützung der Ermittlungen hat gerade eine zweite Broschüre herausgegeben. — (syb)

Repressalien nach Gefangenensurrection

Der Hamburger Justizsenator hält seine Zusagen über Haftbedingungen nicht ein

Hamburg. Entgegen den Zusagen von Justizsenator Curilla aber die Justizbehörden gegen zahlreiche an der Gefangenensurrection Beteiligte Repressalien verhängt. 24 Gefangene wurden verlegt. Gegen andere wurden Einschränkungen

beim Zellenaufschluß und bei Besuchen verfügt. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungsverfahren eingeleitet. Angehörige und Freunde von Gefangenen greifen in einem offenen Brief das Vorgehen der Behörden an. — (scs)

Wir, die Angehörigen und Freunde aus Santa Fu, wollen als Schweigen durchbrechen und über den jetzigen Stand der zwangsverlegten Gefangenen ... informieren.

Curilla hat keine seiner Versprechungen an die Gefangenen eingehalten, sondern die Haftbedingungen verschärft! Im UG Hamburg sind die Haftbedingungen so vernichtet, daß es unbedingt erforderlich ist, öffentlichen Druck zu schaffen, so daß dem ein Ende gesetzt wird!

— Die Gefangenen sind 23 Stunden am Tag allein in „ihren“ Zellen.

— Hofgang wird völlig willkürlich erlaubt.

— Einige Gefangene haben mehrere neuen Hofgang gehabt.

— Die Gefangenen haben Redeverbot miteinander.

— Vor den Gitterfenstern sind Stahlketten angebracht, durch die weder noch Luft kommen, da die Platten zu winzige Löcher haben.

— Post von draußen kommt verspätet, ja nicht im UG an.

— Teilweise haben die Gefangenen ihre Sachen immer noch nicht

zurück; und wenn, dann sind diese oft demoliert und somit nicht mehr gebrauchsfähig.

— Drei Gefangene sind schon nach Kiel, Neumünster und Nürnberg verschleppt.

— Andere Gefangene aus Santa Fu haben uns berichtet, daß mindestens 30 Gefangene verschleppt worden sind, wobei über die Zahl der ausländischen Gefangenen und ihrem Verschleppungsort nichts bekannt ist.

— Über weitere Verschleppungspläne in andere Bundesländer werden gezielt Gerüchte an die Gefangenen weitergegeben, um sie zu verunsichern und zu spalten.

— Jede Woche finden Zellenrazzien statt, wobei persönliche Sachen von den Schließern gezielt zerstört werden.

— Ein Gefangener hat berichtet, daß trotz des warmen Wetters „seine“ Zelle überheizt wird.

— Mit diesen Haftbedingungen sollen nicht nur die Gefangenen psychisch zerstört und gebrochen werden, sondern wir, die Angehörigen, sollen gedemütigt und mitbestraft werden!

Ihr Ziel ist es, sämtliche sozialen Kontakte zu zerstören, so daß die Gefan-

genen völlig alleine da sitzen. Aber ihre Rechnung geht nicht auf!!! Wir werden weiter zu unseren Knackis halten und von außen alles dafür tun, ihre Forderungen und ihren Kampf für bessere Haftbedingungen zu unterstützen!

Wie Gefangene systematisch zerstört werden können, wird zur Zeit an Wolfgang Hussmann im UG durchexerziert! Tagelang haben sie Wolfgang nackt auf die Pritsche gefesselt, so daß er völlig bewegungsunfähig war. Vier Tage hat er weder Essen noch zu trinken bekommen. Um Wolfgang zu desorientieren, wurde er mit Psychopharmaka vollgestopft und von allen Beamten mit falschem Namen angesprochen ... Das ist Folter!

— Abschaffung der Isolationstrakte und der Sicherheitstruppe

— Wahl eines autonomen Gefangenrats

— Offene Kommunikation mit der Presse

— Verbesserung der Situation für die ausländischen Gefangenen

— Bessere Entlohnung

— Viel besseres Essen

Aufstand in der JVA Straubing

Mehr Arbeitslohn und Abschaffung der Psychiatrie berechtigt

München/Straubing. Anfang Juli wurde ein Streik der Häftlinge in Haus 2 der JVA Straubing mit Polizeigewalt niedergeschlagen. Die Häftlinge forderten u.a. höheren Arbeitslohn, Zellenaufschluß bis 24 Uhr, Ende der Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka, Schließung der Psychiatrischen Abteilung Haus 3, Ablösung des Anstaltschefs Otto und des Anstaltspsychiaters Dr. Schwarz, Anerkennung ihrer gewählten Interessenvertretung.

Die Justizministerin Berghofer-Weichner bezeichnete diese Forderungen als „völlig unreal“. Sie spottet: „Da in Straubing die Schwerstkriminellen konzentriert sind, stellen die dortigen Insassen nicht gerade die Creme der bayerischen Gesellschaft dar.“

Auf Antrag der SPD und Grünen im Bayerischen Landtag wurde ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingerichtet, der seit April tätig ist. Dieser Ausschuss wird nun verdächtigt, den Aufstand provoziert zu haben. Die Justizministerin behauptet, Angehörige der Grünen hätten von den Häftlingsaktionen gewußt. Damit soll die Arbeit dieses Ausschusses weiter blockiert, der Strafvollzug weiter unter Verschluß gehalten werden. Daß aber die genannten Forderungen der Gefangenen dringend und berechtigt sind, ist einstweilen deutlich geworden:

— Anfang des Jahres hatten sich rd. 300 Gefangene über die willkürliche Absetzung ihrer Interessenvertretung in einer Petition an den bayerischen Landtag beklagt.

— Seit Jahresbeginn gab es in Straubing fünf Selbstmorde. Fest steht eine zwangsweise Behandlung von unbedeckten Häftlingen mit den gefährlichen Neuroleptika „Leponex 100“ und „Dapotum D“, Medikamente, die die Persönlichkeit des Gefangenen zerstören, seinen Willen brechen und seinen körperlichen Verfall herbeiführen.

— Strafgefangene verdienen lediglich 5 % des durchschnittlichen Monatseinkommens in der BRD, ohne dabei in die Kranken- und Rentenversicherung aufgenommen zu werden. Diese „Zwangarbeit zum Spottpreis“ (die Grünen) kommt vor allem den Bediensteten zugute. Sie haben Anspruch auf 500 Arbeitsstunden pro Jahr.

So hat sich der stellvertretende Leiter der JVA Straubing sein Haus erbaut. So soll es auch bleiben, wenn es nach seinem Chef Otto ginge. „Der Strafvollzug darf nicht erstrebenswert werden“, warnte dieser auf einer Anhörung des Bundestages, bei der es um annähernd tarifliche Bezahlung der Gefangenen ging.

Quelle: Regionale Tageszeitungen, Pressedienst der Grünen im Landtag 5/90 — (ecg)

Keine Reps in den Verwaltungsrat des Ausländerbeirats

München. Unerhörte Provokation im Münchner Stadtrat: In den Verwaltungsrat des Ausländerbeirats ist ausgerechnet ein Republikaner, Ludwig Nagler, seines Zeichens Polizist, berufen worden. Dementsprechend aufgewühlt war die Atmosphäre auf der vierten Vollversammlung des Münchner Ausländerbeirats. Einstimmig wurde ein Antrag verabschiedet, Nagler abzuberufen. Beifall erhielt dagegen Bürgermeisterin Sabine Csampai, die ihre Forderungen zur Ausländerpolitik aufstellt: Kommunales Wahlrecht und Berufung eines dem Oberbürgermeister unterstellten Ausländerbeauftragten. Auch die lächerliche Summe von 100000 DM jährlich für ausländische Kulturarbeit müsse aufgestockt werden, ein „Amt für multikulturelle Angelegenheiten“ eingerichtet werden. Menschenunwürdig sei es, daß — wie von der Stadt geplant — Flüchtlinge und Asylbewerber in Zelten und Containern zusammengepfercht werden sollen. — (chh)

Urteil gegen Glasauer wegen Volksverhetzung bleibt

Regensburg. Das Regensburger Landgericht verwarf die Berufung des stellvertretenden Landesvorsitzenden der Republikaner und Geschäftsführers des rechten RVG-Verlages, Glasauer, gegen das Urteil des Regensburger Amtsgerichts, in dem er zu einer Strafe von 5000 DM wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Berücksichtigt wurden dabei auch die Vorstrafen Glasauers: gemeinschaftlich begangene Bedrohung und Nötigung. — (uth)

Neuer Tarif in der Chemieindustrie

6,5 Prozent/230 DM Einmalzahlung bei 12 Monaten Laufzeit

Hamburg. Am 14. Juli einigten sich die Chemiekapitalisten und die IG Chemie Papier Keramik für den Bezirk Rheinland-Pfalz auf die Tariferhöhungen ab Juli 1990. Die Entgelte werden um 6,5 % erhöht bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Für den Juli (erster Monat der neuen Laufzeit) wird eine Einmalzahlung von 230 DM vorgenommen. Der Kapitalistenverband bezeichnet den Abschluß als „Grenze des Zutreffbaren“ und weist auf die ablaufende Konjunktur. Die IG Chemie bezeichnet den Abschluß als „annehmbaren Kompromiß“ und erwartet, daß er auch in den anderen Bezirken übernommen wird.

In der untersten Entgeltgruppe (EI) macht dieser Abschluß etwa 150 DM aus, in der höchsten Gruppe (je nach Tarifbezirk) fast 350 DM.

Der Abschluß ist zu niedrig. Gemesen an den Forderungen in den Bezirken, die alle bei 10 % lagen und der erklärten Absicht der IG Chemie, daß diesmal eine kräftige Lohnhöhung durchgesetzt werden sollte. Es wurden ja nur die Erhöhung der Entgelte verhandelt und es gab nichts gegenzurechnen (etwa Arbeitszeitverkürzung). Das Hauptargument der Gewerkschaft waren die immensen Gewinne der Konzerne, nicht aber die soziale Lage der Mitglieder. Speziell Forderungen nach besonderer

Anhebung der unteren Lohngruppen wurden bei Aufstellung der Forderungen strikt abgelehnt. Die Drohung der IG Chemie (nach dem 5,4 %-Angebot), die Sozialpartnerschaft aufzukündigen, wenn die Kapitalisten nicht anständig zahlen, ist mit dieser Tarifauseinanderersetzung als leere Drohgebärde abgefeuert. Die vorsichtige Mobilisierung der Gewerkschaft (Protestveranstaltungen und -aktionen außerhalb der Arbeitszeit) hätten durch Aktionen innerhalb der Arbeitszeit fortgesetzt werden müssen. Dieses Kampfmittel sollte offensichtlich nicht eingesetzt werden.

Der Abschluß in Prozent wird das verstärken, was mit dem Entgelttarifvertrag offen angestrebt wurde: Die Lohndifferenzen werden zunehmen, insbesondere der Abstand der unteren Lohngruppen zu den Handwerkergruppen hat sich beschleunigt.

Für die unteren Lohngruppen wird durch diesen Abschluß die Lage noch einmal schwieriger.

Die Expansionspläne der Chemiekonzerne werden nicht gestört. Eher noch werden die Chemiekonzerne ermuntert, die Inbesitznahme der chemischen Industrie der DDR zu beschleunigen. Der Hauptvorstand der IG Chemie in Hannover steht dazu nicht in Opposition. Er hat in dieser Tarifauseinanderersetzung die letzte Chance dazu verspielt. — (güt)

GEW und Philologenverband für Arbeitszeitverkürzung

Karlsruhe. Erstmals seit ca. 20 Jahren haben am 6. 7. 1990 in Karlsruhe ca. 300 Lehrer von GEW und Philologenverband gemeinsam für Arbeitszeitverkürzung und Lehrereinstellung demonstriert. In einer gemeinsamen Rede wurde die Landesregierung kritisiert, weil sie, statt die tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung durchzuführen, die Lehrer mit drei zusätzlichen Ferientagen abgespeist hat und damit die Vorurteile gegen die Lehrer noch weiter angeheizt hat. Auffällig war, daß die gestiegene physische und psychische Belastung der Lehrer in der Rede einen großen Raum einnahm. Es wurden Studien zitiert, wonach Lehrer 41 bis 45 Stunden arbeiten müssen und darauf hingewiesen, daß viele den Vorruststand in Anspruch nehmen müssen. — (bab)

Festgeld für Auszubildende in der Chemieindustrie!

Mannheim. Die Hälfte der Chemie-Tarifbezirke fordert in diesem Jahr Festgeldbeträge für Azubi: Die meisten 100 DM, Baden-Württemberg 200 DM. Dort hat die Bezirksleitung nun die Azubi zu einer Unterschriftensammlung für die Forderung aufgerufen. Die Unterschriften sollen am 18. 7. dem Arbeitgeberverband Chemie in Baden-Baden im Rahmen einer größeren Aktion überreicht werden. Nachdem die Kapitalisten versucht hatten, jegliches Festgeld für Azubi zu verhindern, mußten sie in Rheinland-Pfalz inzwischen 70 DM zugesetzen. Bei einer Funktionärsversammlung in Mannheim wurde kritisiert, daß die Azubi mit der Aktion allein gelassen würden. — (th)



Hamburg. Die Kooperationsstelle des DGB in Hamburg hat eine Broschüre herausgegeben mit dem Titel „Damit Arbeit menschlicher wird – Situationsbeschreibungen und Veränderungsmöglichkeiten“. In der Broschüre schreiben Betriebsräte, Gewerkschafter und Wissenschaftler über Arbeitsbedingungen. Zu beziehen über: Kooperationsstelle des DGB, Besenbinderhof, 2000 Hamburg 1. — (güt)

Kollnauer Spinn- und Weberei AG wird stillgelegt

Die Arbeitslosigkeit in Waldkirch/Landkreis Emmendingen ist seit 1980 beständig steigend

Waldkirch-Kollnau. Bei der Kollnauer Spinn- und Weberei Aktiengesellschaft (KSW-AG) arbeiteten 1956 über 680 Beschäftigte. 1969 rationalisierte die KSW zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße. Dieser Akt kapitalisti-

scher Krisenbewältigung ließ die Belegschaft auf 450 Personen schrumpfen. Neueinstellungen gab es nur noch, um elternbedingte Abgänge auszugleichen. 1988 zählt der Betrieb noch 310 Beschäftigte.

Eine immobile Verdichtung des Arbeitsmarktes im 3-Schicht-Betrieb. Viele ausländische Arbeiter waren an den Automaten beschäftigt. Die Zahl der in der südbadischen Textilindustrie Beschäftigten sank in den Jahren 1964 bis 1984 von 14 369 auf unter 7000. Damit verbunden, 29 Betriebs- bzw. Betriebsstillschliebungen.

Im Sept. 88 meldete der größte Arbeitnehmer der KSW Konkurs an und wurde stillgelegt. Im Herbst 1988 meldete die KSW ebenfalls Konkurs an. 90 Beschäftigte wurden entlassen. Die Spinnerei wurde geschlossen. Davon betroffen: viele Halbtagsbeschäftigte, darunter viele Frauen. Mit der Kollnauer Weberei GmbH wurde eine Auffanggesellschaft gegründet. Die Weberei wurde von der Baumwollweberei in eine Weberei für synthetische Garne mit dem Ergebnis erneuter Entlassungen umgestellt. Im Mai 1990 kam es zu ersten Maschinenstillständen. Im Juni waren für weitere Maschinen keine Aufträge mehr da. Die Kollnauer Weberei wird im Monat Dezember 1990 stillgelegt. Die Belegschaft von 166 Beschäftigten wird entlassen. 47 Prozent der Entlassenen

sind älter als 50 Jahre alt, davon arbeiten viele über 30-35 Jahre bei der KSW. Es sind Facharbeiter der Textilbranche, ausgesetzt vom Arbeitsmarkt wegen Nachfragermangel und Alter. Auch zahlreiche ausländische Kollegen sind betroffen. Viele von ihnen arbeiten schon länger als 10 bis 15 Jahre bei der KSW. Der Konkurs kann direkt aufenthaltsrechtliche Folgen haben. Nach dem neuen Ausländergesetz, welches am 1. 1. 1991 in Kraft tritt, kann eine unbefristete Aufenthaltslaubnis in eine befristete umgewandelt werden, wenn der Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit oder Vermögen gesichert ist. Der Bezug von Sozialhilfe gilt als Ausweisungsgrund. Ein Sozialplan wurde ausgearbeitet. Die Gelder, die individuell nach Alter und Beschäftigungsjahren berechnet werden, werden die Arbeitslosigkeit nicht lindern. Für die Entlassenen 1988 wurde ebenfalls ein Sozialplan ausgearbeitet, wobei bislang noch keine Mark ausbezahlt wurde. Von 199 (1980) auf 796 (1988) stiegen die Arbeitslosenzahlen in Waldkirch. Mit dem Konkurs der KSW steigt die Arbeitslosigkeit weiter. — (was)

Zurück zur 40-Stunden-Woche!

Davon haben die BMW-Kapitalisten schon lange geträumt

München. Mit der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche für einen Teil der Beschäftigten ist die IG Metall einem Herzenswunsch insbesondere des BMW-Kapitals entgegengekommen. So forderte BMW-Chef von Kuenheim im Aktionsbrief erstes Halbjahr 1988: „Wir brauchen die Mehrarbeit; die 40- oder 45-Stunden-Woche sozusagen und dies nicht nur für die leitenden Mitarbeiter, für die noch längere Arbeitszeiten schon seit Jahren die Regel sind. Es darf nicht angehen, daß junge Entwicklungingenieure um 16 Uhr ihre Arbeit einstellen müssen.“

Warum ist die BMW AG gerade bei hochqualifizierten Angestellten so scharf auf Mehrarbeit? Zum einen fallen bei ihnen für Einarbeitung in Projekte und für Schulung Monate unproduktiver Arbeitszeit an, die bezahlt werden müssen. Die Kosten für die unproduktive Zeit werden relativ niedriger, wenn weniger Kollegen länger arbeiten.

Ein weiterer Grund ist die in Projekten nötige Arbeitsorganisation: Wenn mehr Leute an einem Projekt sitzen, dann steigt der nötige Verwaltungsaufwand überproportional. Alle Beteiligten müssen über alle neuen Absprachen informiert werden. Verhindert werden muß zudem, daß zwei Ingenieure oder Programmierer dieselbe Arbeit tun oder einander vorbei arbeiten. Es kommt billiger, wenn weniger Kollegen dies unter sich regeln.

Mit Hilfe der Ausdehnung des Arbeitstages ist das BMW-Kapital zusätzlich imstande, die Spezialisten unbezahlt für sich arbeiten zu lassen. Eine Arbeitszeit ab neun Stunden am Tag führt dazu, daß ein Abschalten von der Arbeit nicht mehr möglich ist. Auch in der völlig unbelasteten Freizeit beschäftigen sich dann die Beschäftigten mit den hochkomplizierten Problemen der Arbeit. Bis in den Schlaf hinein dauert das Grübeln über Lösungsmöglichkeiten für aufgetretene Probleme.

Die IG Metall verteidigt die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche damit, daß diese ja freiwillig sei. Auf eine gewisse Freiwilligkeit legt allerdings auch das BMW-Kapital Wert: denn Spezialistenarbeit ist kaum kontrollierbar. Dadurch wird individueller Widerstand wie langsamer oder schlechter arbeiten möglich, ohne daß Kündigung oder Abmahnung droht. Gelockt wird mit der Karriereleiter, die allerdings Opfer verlangt: Überstunden werden ab der zweituntersten Gehaltsstufe über Tarif nicht mehr bezahlt, eine Pflichtverletzung begibt, wer um 18 Uhr nicht mehr erreichbar ist, weil er womöglich schon heimgangen ist.

Im Tarifbereich wiederum kommen viele Beschäftigte frisch von der Hochschule, die einerseits endlich ihr Wissen anwenden wollen und andererseits nach

dem Studium auch Geld brauchen. Sehr weit her ist es mit der Freiwilligkeit gerade bei jungen Lohnabhängigen nicht. Da sie in der Regel bei der Einstellung in einer niedrigen Tarifgruppe (T5 oder T6) eingestuft wurden, befürchten sie, bei Höhergruppierungen benachteiligt zu werden, wenn sie nicht „freiwillig“ 40 Stunden arbeiten. In einigen Abteilungen wurde direkt gedroht, daß bei Ablehnung der 40 Stunden die Karriereleiter zu Ende sei.

Der Betriebsrat hat deshalb vor, Kontrollen durchzuführen, ob bei Verweigerung der 40-Stunden-Woche tarifwidrig Benachteiligungen stattfinden. Erwogen wird auch, durch Stellenbeschreibungen die Möglichkeiten für Höhergruppierungen auch ohne Wohlverhalten zu verbessern.

Die Quote für diejenigen, die BMW nach Tarif 40 Stunden arbeiten lassen kann, ist derart hoch, daß die Minderheit, die dazu nicht bereit ist, unter Druck gesetzt wird. In Bayern ist die Quote offiziell 13 %. Da aber AT-Angestellte in die Berechnung mit eingehen, die errechnete Zahl sich aber nur auf die Tarifangestellten bezieht, ist die Quote weitauß höher (bei ganz BMW könnte 19 % der Belegschaft bei der Berechnung heraus, bei BMW in München ein noch höherer Wert).

Die offizielle Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche wirkt im Bereich der hochqualifizierten Angestellten frauendiskriminierend. Denn Frauen mit Kindern werden die langen Arbeitszeiten nicht mitmachen können. Also werden so viel Männer wie möglich auf solche Stellen gesetzt werden, die dann ihre Frau daheim lassen sollen, damit die langen Arbeitszeiten der Männer überhaupt möglich werden.

Das tariflich vorgesehene Recht, alle zwei Jahre für die mehr geleistete Arbeit einen zusammenhängenden Freizeitblock zu nehmen, gilt bei BMW offiziell als unerwünscht. Erst nach Einschreiten des Betriebsrates wird diese Möglichkeit überhaupt erst angeboten. Um „eine phantastische Möglichkeit ... ein Stück echte Zeitsouveränität“, wie der IG Metall-Vorsitzende Steinkühler dies nennt (Süddeutsche Zeitung, 17.5.), handelt es sich aber gewiß nicht.

Die schon jetzt vorhandene Tendenz, im Rahmen von Projekten jedes Verhältnis zu einer normalen Arbeitsleistung zu verlieren, erhält dadurch den tariflichen Segen. Wer sich darauf einläßt, nach den Erfordernissen im Projektverlauf seine Arbeitszeit bestimmen zu lassen, wird auch die in Aussicht gestellten Freizeitblöcke nicht nach eigenem Belieben nehmen können. Ältere Beschäftigte (sechs ab 40!) müssen Angst davor haben, in kein interessantes neues Projekt mehr zu kommen, nachdem sie längere Zeit weg waren. — (mu)

58er-Regelung bei VW verlängert

Hannover. Betriebsrat und Vorstand des VW-Konzerns einigten sich auf eine Verlängerung der 58er-Regelung bis zum 31.5.1991. Allerdings, führte der noch amtierende Betriebsratsvorsitzende Hiller aus, wolle der Vorstand in Zukunft stärker als bisher die schon immer bestehende Möglichkeit nutzen, in bestimmten Bereichen austrittswillige Belegschaftsangehörige im Unternehmen zu halten, in anderen Bereichen dagegen zum Personalabbau einzusetzen. Hiller kritisierte die gegenwärtige Situation in der Produktion: Es könne nicht angehen, daß die Produktionsprogramme immer höher und die Leistungsverdichtung immer stärker werde. (Quelle: Autogramm 7/89 — gka)



Westberlin. Mit Disziplinarmaßnahmen (Gehaltsabzug und „Mißbilligungen“ in der Personalekte) müssen diejenigen Lehrinnen und Lehrer rechnen, die am 3. Juli an einer Kundgebung der GEW gegen die Schulpolitik des SPD/AL-Senats während der Unterrichtszeit teilgenommen haben (siehe Bild). Hintergrund des Protest sind die geplanten Klassenfrequenzverhöhung. — (har)

Aus Ländern und Gemeinden

Einförmige und schwere Arbeit muß für alle begrenzt werden

München. Die Stadtratsfraktion Die Grünen hat Mitte Juni einen Antrag an das Gesundheitsreferat der Stadt München gestellt mit der Forderung nach einer Tätigkeitsbeschreibung für das Berufsbild Krankenpflege. Aufgezeigt werden solle, welche Tätigkeiten sinnvollerweise von den Krankenpflegekräften weggenommen werden können und wer diese Tätigkeiten dann zu welchen Konditionen wahrnimmt. Die bisherige Bandbreite der Tätigkeiten des Pflegedienstes — z.B. auch Putzarbeiten — sei unattraktiv für Berufsanfänger. Wem nutzt aber eine weitere Differenzierung im Krankenhaus? Schon jetzt wird auf vielen Stationen der Betrieb mit Hilfskräften aufrecht erhalten. Eine Qualifizierung und bessere Bezahlung dieser Pflegekräfte würde eine Erleichterung bedeuten. Eine sogenannte Hilfskraft mit einjähriger Ausbildung bekommt ungefähr 400 DM im Monat weniger als eine Pflegekraft mit dreijähriger Ausbildung. Bei steigender Berufsjahrezahl wird auch der Lohnunterschied höher. Die Fortbildung während der Arbeitszeit ist eingeschränkt. — (rul)

Soziallastenausgleich: Kreis Konstanz will Land verklagen

Konstanz. Mit großer Mehrheit hat der Kreistag am 2. Juli beschlossen, die Möglichkeiten des Landkreises zu prüfen, gerichtlich einen Soziallastenausgleich gegen das Land durchzusetzen. Ein Verwaltungsgutachten hält eine Normenkontrollklage vor dem Staatsgerichtshof für möglich. Damit will erstmals ein Landkreis mehr Geld vom Zentralstaat einklagen. Begründung: Angeblich rasant steigender Sozialhilfekosten sei der Kreis künftig nicht mehr in der Lage, seine gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen. Daß Unions-dominierter Kreistag und CDU-geführte Verwaltung diesen Schritt unternommen haben, zeigt die verheerenden Folgen der staatlichen Politik, die Kosten für die zunehmende Armut den Kommunen aufzuhalten. — (jüg)

Berliner Verfassung mit Einwohnerwahlrecht

Westberlin. Mit großer Mehrheit hat am 11. Juli die Berliner Stadtverordnetenversammlung (DDR) eine neue Verfassung angenommen. Sie orientiert sich an den Empfehlungen des „Runden Tisches“ und umfaßt u.a. ein Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung sowie Anspruch auf angemessenen Wohnraum. Frauen wird das Selbstbestimmungsrecht bei Schwangerschaftsabbruch gesichert. Festgehalten wird auch am Einwohnerwahlrecht: So sind alle über 18-jährigen Ausländer und Staatenlose, die seit mindestens vier Jahren ihren Hauptwohnsitz in Berlin haben, wahlberechtigt und wählbar. Die „Übergangsverfassung“ soll mit der Konstituierung einer sog. Gesamtberliner Volksvertretung außer Kraft treten. Diese soll eine neue Verfassung erarbeiten, die einem Volksentscheid unterworfen wird. Der „Einheitsausschuß“ (SPD, CDU, AL) des Westberliner Abgeordnetenhaus ist sich bereits über einen „Gesamtberliner“ Verfassungsentwurf einig, der im September verabschiedet werden soll. Oben genannte Verfassungsrechte sind dem nicht vorgesehen. — (ard)

Hortinitiative gründet Netzwerk für Kinder

Waldshut. Die bisherige Hortinitiative hat den Verein „Netzwerk für Kinder“ gegründet. Vereinsziel: „die Lebenswirklichkeit von Kindern ... zu verbessern.“ Er „will mit allen geeigneten Mitteln für ein besseres Verständnis in der Öffentlichkeit gegenüber Bedürfnissen und Nöten der Kinder und deren Eltern ... eintreten.“ Zu Beginn wandte sich ein Mitglied gegen das „konservative Familienbild“ und den Gedanken des Defizitausgleichs bei Betreuungseinrichtungen. Die „Verhaltensauffälligkeiten“ seien eine gesunde Reaktion des Kindes auf die ihm unangemessenen Verhältnisse. Der Verein richte sich gegen die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Kindern und fördere dagegen ein Netz von Zentren für Kinder und Eltern über die ganze Stadt. — (rew)

6000 Einwendungen gegen die Ortsumgehung Fuhlsbüttel

Hamburg. Gegen die geplante Anbindung des Flughafens Fuhlsbüttel an die Autobahn A 7 haben 6000 Bürger beim Planfeststellungsverfahren Einwendungen erhoben. Sie richten sich gegen die Steigerung der Lärm- und Abgasbelästigung der Anwohner durch den Straßenverkehr und die geplante Erweiterung des Flugbetriebs. Im vergangenen Jahr gingen 138000 Starts den Bewohnern auf die Nerven. 75 % der Fluggäste sind „Geschäftsleute“. Bis zum Jahr 2000 sollen sich die Fluggäste verdoppeln. Obwohl die Baubehörde bisher kein Lärmgutachten vorlegte, rechnet die Flughafen GmbH mit dem Bau. — (wjj)

Höhere Krebsrate im Umkreis von Münchehagen

Hannover. Im Bereich der stillgelegten Giftmülldeponie Münchehagen bei Loccum im Kreis Nienburg gibt es nachweislich eine erhöhte Krebsrate! Dies geht aus einer Studie hervor, die im Auftrag des nordrhein-westfälischen Sozialministeriums vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) im NRW-Landkreis Minden-Lübbecke durchgeführt wurde. In der Gemeinde Petershagen, die der niedersächsischen Deponie am nächsten liegt, wurden gehäuft Fälle von Leukämie festgestellt; mit zunehmender Entfernung von der Sondermülldeponie Münchehagen nimmt die Zahl der Blut- und Lymphkrebs-Neuerkrankungen in den Jahren 1984 bis 1989 deutlich ab. Die niedersächsische Landesregierung hatte 1989 trotz mehrmaliger Aufforderung durch das NRW-Sozialministerium eine Beteiligung an der Untersuchung abgelehnt. Schnipkigkeit berief sich auf eine offensichtlich völlig unzureichende Studie der Ärztekammer Niedersachsen, die jeglichen Zusammenhang von Giftmülldeponie und Krebskrankheiten im Umkreis zurückwies. Die Ärztekammer hatte allerdings lediglich die Daten der niedergelassenen Ärzte, d.h. nicht die der Krankenhäuser berücksichtigt. 1983 wurde Münchehagen per Gerichtsbeschuß stillgelegt. Unter anderem waren dort hochgiftige Dioxine illegal eingelagert worden. Umweltministerin Grießahn hat Anfang des Monats die bereits in Auftrag gegebene Abdeckung der Deponie Münchehagen gestoppt, weil durch die zusätzliche Belastung die Gefahr erhöht wird, daß giftige Substanzen ausgetragen werden. — (ibm)

Koalitionsvereinbarung SPD/Grüne

Niedersachsen: Anknüpfungspunkte für antifaschistische und antiimperialistische Opposition

Goslar. Die Beurteilung der Koalitionsregierung fällt nach 22 Tagen nicht leicht. Die ca. 130 Seiten starke Koalitionsvereinbarung hat die Zustimmung von SPD und (wenn auch knapp) Grünen gefunden. Die erste spektakuläre Entscheidung war die Ablehnung des Staats(streich)vertrages im Bundesrat.

Im Koalitionsvertrag ist festgelegt: „Die niedersächsische Landesregierung wird dafür eintreten, daß vor gesamtdeutschen Wahlen auf der Grundlage des Grundgesetzes und des vom runden Tisch erarbeiteten DDR-Verfassungsentwurfs eine Verfassung für den künftigen gesamtdeutschen Staat geschaffen wird, über die in getrennten Volksentscheiden zu befinden ist. Zu verankern ist u.a. ... die Stärkung föderativer Strukturen, insbesondere die Kompetenzstärkung der Länder und Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Verbesserung der Finanzstruktur von Ländern und Kommunen. Spätestens in diesem Zusammenhang ist auch die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze zu beschließen.“ Trotz schwacher Kritik der Anschlußpolitik sind Anknüpfungspunkte für die Kritik am Überstülpen der BRD-Wirtschafts- und Rechtsordnung auf die DDR sowie an der Formierung eines reichsdeutschen Zentralstaats vorhanden. Allerdings setzt die Praxis der Landesregierung Pflocke in einer anderen Richtung. Sie schickt 13 von 100 BRD-Richtern in die DDR zur Ausrichtung der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit. 80 Angehörige der niedersächsischen Finanzverwaltung werden in das künftige Sachsen-Anhalt geschickt, um entsprechende Strukturen zu schaffen. Die CDU, die diese Entwicklung bereits eingezeichnet hatte, kann „begreifen“ und „mehr“ fordern. Das Personal für solche Okkupationspolitik läßt sich mit Karrierehoffnungen und steuerfreien Aufwandsentschädigungen zwi-

schen 750 und 1500 DM leicht herbeischaffen. Auch wenn die Umweltpolitik viel Platz einnimmt: ein „Ausstieg aus der Atomenergie“ wurde nicht vereinbart. Von vier Kernkraftwerken wird der „Schrottreaktor“ Stade wohl dran glauben müssen. Mit den anderen Betriebsgenehmigungen findet sich die Landesregierung zunächst ab. Des Weiteren wird die Endlagerung von Atommüll in Gorleben oder Schacht Konrad abgelehnt. Wie sich die Landesregierung allerdings gegenüber einer möglichen Weisung des Bundesumweltministers verhalten wird, bleibt abzuwarten. Den Konzernen soll zwar das Geschäft mit der Giftmüllverbrennung genommen werden, allerdings wird sie die wirtschaftsfördernde „ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft“ aus Steuergeldern manches profitable Schnäppchen machen lassen.

Im Bildungsbereich wurden einige Forderungen von Gewerkschaften, Schülern und Eltern aufgenommen: Lehrerinstellungen über den Ersatzbedarf hinaus (z.B. 600 zusätzliche Einstellungen 1990/91 gegenüber CDU/FDP-Planungen, damit effektiv 250 Lehrer mehr); Lernmittelfreiheit in Studien bis 1993/94; Gesamtschule als Realschule, Förderung von Ganztagschulen; Kindertagesstätten; zehntes Pflichtschuljahr; Abschaffung von Radikalenerlaß/Regelanfrage, Opfer der Berufsverbote „wenn möglich“ (!) rehabilitieren. Die GEW kritisiert, daß keine Aussagen zur Arbeitszeitverkürzung für Lehrer getroffen wurden. Ebenso ist die Zusage „1000 Lehrer zusätzlich im Jahr“ nicht eingehalten.

Beim § 218 haben sich die Grünen nicht mit der Streichung durchsetzen können. Die Landesregierung will sich für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten einsetzen. Einrichtungen zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch sollen geschaffen werden.

In der „Rechtspolitik“ haben die Grünen Kröten schlucken müssen. Der Verfassungsschutz bleibt, Sondereinheiten der Polizei werden nicht aufgelöst, stattdessen mehr Polizisten eingestellt! Wenigstens die Todesschußregelung soll gestrichen und auf den Einsatz von CS/CN-Gas verzichtet werden.

Positiv ist, daß die Koalition einen Gesetzentwurf zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer einbringen will, wobei allerdings „die Entscheidungen des BVerfG berücksichtigt werden sollen“. „Eine rot-grüne Landesregierung will sich grundsätzlich von einer Politik der Gleichstellung aller Menschen leiten lassen. Dies bedeutet insbesondere, daß AusländerInnen den gleichen Zugang zum Wohnungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben müssen wie Deutsche ...“ — An dieser Aussage wird sich die neue Landesregierung messen lassen müssen.

Bezugspunkte für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind nur in geringem Umfang enthalten. Neben der Rückgängigmachung der Verschlechterung des niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes ist eine Bundesratsinitiative für eine Reform der AZO angekündigt.

Für den antifaschistischen, antirevisionistischen Widerstand ist ebenfalls zu wenig enthalten. Zwar will die Landesregierung erfreulicherweise die Förderung von Verbänden und Gruppen einstellen, die auf eine Revision der polnischen Westgrenze hinarbeiten, was das für die bestehenden Museen und z.B. das Schlesiertreffen 1991 heißt, wird aber nicht gesagt. Zum Verbot der FAP und der anderen faschistischen Organisationen ist nichts im Koalitionsvertrag enthalten, obwohl sich auch Schröder für ersteres ausgesprochen hatte.

Bei doch zahlreichen Anknüpfungsmöglichkeiten bleiben die antifaschistischen, antiimperialistischen Aufgabenstellungen. — (mio)



2000 Gesamtschüler demonstrierten am 7. Juni für Einstellung von Lehrern.

SPD betreibt rücksichtslos Standortkonkurrenz

Westberliner Senat schenkt Daimler 600 Millionen — Alternative Liste ist dagegen

Westberlin. Nur zehn von 17 Abgeordneten der AL sind für die Fortsetzung der Koalition. Das ergab eine Abstimmung am 13. Juli. Dagegen war der SPD-Vorstand fast geschlossen für den gemeinsamen Senat, forderte aber durch einen Brief von Momper auf, daß die AL im Abgeordnetenhaus gemeinsam mit der SPD stimmt.

Erst kürzlich hatte B. Hopmann gegen die Übernahme des Staatsvertrags gestimmt und damit gegen das SPD-Essential verstoßen, daß ausnahmslos alle für die Übernahme aller Bundesgesetze zu stimmen haben. Weiter hat die AL-Fraktion, die es nicht mehr hinnehmen will, daß ihre Senatorinnen notorisch überstimmt werden im Senat, angekündigt, den Vertrag über den Grundstücksverkauf an Daimler-Benz im Abgeordnetenhaus abzulehnen. Sicher spielt bei SPD und AL auch eine Rolle, daß es bei den für den 2. Dezember geplanten Gesamtberliner Wahlen günstiger sein kann, sich jeweils zu profilieren bis hin zum Koalitionsbruch. Die Differenzen liegen tiefer. Das macht die jüngste Vorstoß von Bausenator Nagel deutlich. Er

will die Bundesgartenschau 1995 aus der Stadtmitte herausverlegen, damit diese für Verkehr und gewerbliche Ansiedlung zur Verfügung steht.

Das Geschenk an Daimler-Benz (geschätzte Differenz zwischen Senatsverkaufspreis und Verkehrswert des Grundstücks: ca. 600 Mio. DM) soll der Anfang sein. Die IHK hat bereits in einer Broschüre die Industrieforderungen an Gewerbeblätter zusammenge stellt. Die SPD will diesen Wünschen nachkommen. Dagegen will Senatorin Schreyer weiterhin keinen toten Stadt kern aus Versicherungs- und Bankpalästen, sondern einen Grüngürtel, der die Innenstadt belebt macht.

Die SPD betreibt rücksichtslos die regionale Konkurrenz um Standortvorteile und trampelt dabei alle entgegenstehenden Interessen nieder. Tatsächlich wird

Deshalb zeigt sich Momper in allen Fragen willig und verlangt als Gegenleistung penetrant die Zusage, daß Berlin Hauptstadt wird. Das würde Bevorzugung sichern.

Beim Kitten des Koalitionskrachs hat die AL erneut Zugeständnisse gemacht: Die Olympiaplanung wird von einem vierköpfigen Ausschuß betrieben, dem Momper angehört. Damit ist sie Chefsoche und dem AL-Staatssekretär Kuhn entzogen. Der paßte laut „taz“ NOK-Präsident Willi Daume nicht wegen seiner Kritik an der politischen Ausnutzung der Olympiade von 1936. Wenn überhaupt, so wird das Bidungsurlaubsgesetz mit nur fünf Tagen, statt versprochenen zehn Tagen verabschiedet.

Der nächste Krach steht schon ins Haus. Die SPD besteht auf der Genehmigung des Reaktors im Hahn-Meitner-Institut „nach Recht und Gesetz“. Senatorin Schreyer will nicht anderen Bundesländern in den Rücken fallen, indem Westberlin die Verschiebung von Atommüll ins Ausland als Entsorgung anerkennt. Nach der Sommerpause wird der Daimler-Vertrag abgestimmt. — (chk)

Diskussion in der Linken um Bundestagswahlen

Termine drängen, wenn die BRD-Linke sich beteiligen will / Verschiedene örtliche und regionale Initiativen für ein sozialistisches Wahlbündnis

Bis Anfang Januar 1991 muß ein neuer Bundestag gewählt werden. In der Öffentlichkeit wird inzwischen der 2. Dezember als wahrscheinlicher Wahltermin gehandelt. Der Bundespräsident, der den Termin festlegen müßte, röhrt sich nicht. Kein Mensch weiß sicher, ob Bundestagswahlen im herkömmlichen Sinne stattfinden oder ob großdeutsche Wahlen sein werden.

Im Prinzip ist noch alles offen, trotzdem gibt es Fristen, die bereits laufen. Die bürgerlichen Parteien und die Bundesbehörden verstößen gegen Gesetze, bürgerliche Normen und demokratische Grundsätze. Zum Beispiel vereinigen sich die großen Parteien der BRD und der DDR zwecks Durchführung der Bundestagswahlen ohne Urabstimmung der Mitglieder. Das verstößt gegen das Parteiengesetz. Es wird über eine 5 %-Klausel für ein viel größeres

Wahlgebiet gefeilscht, um die Grünen und die PDS zu vernichten. Es gelten gesetzliche Bestimmungen, ohne daß der genaue Wahltermin bereits feststeht. Denn spätestens am „neunzigsten Tag vor der Wahl“ müssen diejenigen Parteien nach der Bundeswahlordnung ihre Kandidatur anzeigen, die nicht im Bundestag oder Landtag mindestens fünf Abgeordnete haben. Das wäre der 3. September. Bis zum 27. September müssen die Wahlvorschläge und die zu sammelnden Unterschriften eingereicht werden. Alles Termine, die vom 2. Dezember als Wahltermin ausgehen.

Im sozialistischen Lager finden zahlreiche Gespräche und Beratungen statt. Es ist viel los, weil die Termine auf Entscheidungen drängen, falls man noch zur Bundestagswahl eine Partei gründen will. Bei großdeutschen Wahlen würden die Termine

nicht für PDS-Landeslisten bzw. PDS-Frontbündnis-Kandidaten gelten. Da wiederum besteht aber das Problem, daß zumindest für die BRD-Bundesländer solche Landesverbände noch geschaffen werden müßten. Was ist da besser und günstiger, Bündnispartei in der BRD oder PDS-Frontkandidatur und was sagt die PDS dazu?

Auf den zwei folgenden Seiten veröffentlichen wir Berichte, Diskussionsbeiträge und Aufrufe, die einen Einblick über Gespräche und Verhandlungen zur Aufstellung von Wahlbündnissen wiedergeben. Diese Berichte sind nicht repräsentativ, nicht vollständig oder gar von zentraler Bedeutung. Wir haben Materialien veröffentlicht, die wir beschaffen konnten, um in einer schwierigen politischen Lage vor allem zu informieren. — (jed)

München

Am 13. Juli trafen sich auf Einladung des BWK, der DKP, der VSP und der Volksfront in München etwa 40 Menschen, um über ein mögliches sozialistisches Bündnis einschließlich der PDS für die gesamtdeutschen Wahlen zu diskutieren. Trotz der unterschiedlichen sozialistischen Kräfte, die sich bisher für das Bündnis interessieren, stehen die Aussichten nicht schlecht.

Es wurden drei Referate zu den Absichten der BRD-Konzerne (BWK), über die historischen Hintergründe eines antifaschistischen, sozialistischen Bündnisses (Volksfront) und über die Anforderungen an ein sozialistisches Bündnis (VSP) gehalten, sie sind z.T. im Anschluß dokumentiert.

Die Münchner DKP schlug einige inhaltliche Positionen für das linke Wahlbündnis vor. Über die in diesem Papier vorgestellte Lagebeurteilung herrschte Konsens, zur Erarbeitung weiterer gemeinsamer Positionen wurden drei Arbeitsgruppen gebildet. Es wurde ferner ein Koordinationsausschuß bestimmt, dem alle einladenden Organisationen angehören. Da die Zeit drängt, soll in zwei Wochen das nächste Plenum stattfinden. — (chl)

Inhaltliche Positionen eines linken Wahlbündnisses — Worauf wir uns verständigen sollten

1. Über den Charakter und das Wesen der sog. Vereinigung. Der Zweck dieser Veranstaltung ist nicht die Verwirklichung von Demokratie und Fortschritt, sondern die Wiedereinführung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in der DDR, die Aneignung der Schlüsselbereiche der DDR-Wirtschaft durch das BRD-Monopolkapital und damit die Vergrößerung seines ökonomischen und politischen Einflusses in Europa.

2. Der durch die Einverleibung der DDR ökonomisch stärkere Kapitalismus wird dadurch weder friedfertiger, ökologischer noch sozialer werden. Der neue Machtzuwachs des Großkapitals wird die sozialen Probleme, sowohl auf dem Territorium des zukünftigen Gesamtdeutschlands als auch im internationalen Maßstab, verschärfen.

3. Der neue Machtzuwachs des Imperialismus ist eine gefährliche Bedrohung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit anderer Völker. Mit der Eroberung der DDR erweitert das deutsche Großkapital seine strategische Basis und seine Vorherrschaft in Europa. Die Anschlußpolitik stärkt die Reaktion.

Mit der „Lösung der nationalen Frage“ werden deutsche Großmachtansprüche und das Recht auf militärische Stärke angemeldet, soll die Ausdehnung der NATO bis an die Oder durchgesetzt werden. Nationalismus, Revanchismus und Rassismus gewinnen an Boden.

4. In dieser Entwicklung sollen gesamtdeutsche Wahlen sozialistische Politik marginalisieren und

ein scharfes staatliches Vorgehen gegen jede Art von Widerstand und politischer Kritik legitimieren. Die Sozialisten können sich dieser ideologischen und politischen Konfrontation nicht entziehen. Wir sind dafür, daß die verschiedenen Strömungen sozialistischer Politik zu diesem Ziel zusammenarbeiten. Wir treten für eine solche Zusammenarbeit ein und wenden uns mit diesem Anliegen ausdrücklich auch an die PDS.

Punkt 1 bis 3 wurden von der DKP vorgeschlagen. Diese drei Punkte und der neue Punkt 4 sind das vorläufige Selbstverständnis der Versammlung vom 13.7.1990.

Beitrag aus der Volksfront: Für ein antifaschistisches, sozialistisches Bündnis!

Seit Beginn des Industriealters gibt es drei sozialistische Hauptströmungen: — der wissenschaftliche Sozialismus, — der utopische Sozialismus, — der Anarchismus. Diese drei Hauptströmungen sind wiederum unterteilt, so gehören zum wissenschaftlichen Sozialismus u.a. der Marxismus-Leninismus, der Trotzkismus, der Maoismus. Zum utopischen Sozialismus können auch religiös motivierte sozialistische Strömungen gezählt werden. Zu den wichtigsten anarchistischen Strömungen gehören der kommunistische Anarchismus und der Anarchosyndikalismus.

Alle diese Strömungen waren Teil der Arbeiterbewegung und hatten oft entscheidenden Anteil an den Siegen der Arbeiterbewegung. Der Marxismus-Leninismus war eine wichtige Kraft in der russischen Revolution. Der Anarchosyndikalismus war die stärkste sozialistische Kraft in der spanischen Revolution. Der religiös motivierte Sozialismus kann auf die längste Geschichte zurückblicken, Stichwort Bauernkriege und Thomas Münzer.

Letztendlich konnte aber keine Strömung sich durchsetzen, letztendlich scheiterte über kurz oder lang die Arbeiterbewegung, auch wenn sie immer wieder gesamtgesellschaftliche Fortschritte durchsetzen konnte.

Alle Hauptströmungen arbeiteten vor etwa 125 Jahren in der I. Internationale zusammen. Nach dem Scheitern der I. Internationale verkörperten die darauffolgenden Internationalen nur jeweils eine sozialistische Strömung, wenn nicht sogar nur eine Teilströmung. Trotzdem kam es immer wieder zu Bündnissen der verschiedenen sozialistischen Strömungen ...

Warum es immer wieder zum Scheitern der Zusammenarbeit kam, warum immer wieder Sozialisten von Sozialisten als Konterrevolutionäre bezeichnet wurden und sogar an die Wand gestellt wurden, ist sicher eine wichtige Untersuchungsaufgabe und kann Perspektiven für die Gegenwart eröffnen. Und inwieweit stand das Scheitern der Arbeiterbewegung damit in Zusammenhang?

Ungeachtet dessen wird uns das Handeln gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu sofortigen Bündnissen zwingen. Angesichts der Erfahrungen

aus der Vergangenheit wird das Nebenher unterschiedlichster Strömungen Voraussetzung für Zusammenarbeit sein. Es muß an den Gemeinsamkeiten angesetzt werden, nicht an den Unterschieden.

Ein antifaschistisches, sozialistisches Bündnis muß auch offen für die Inhalte der feministischen, ökologischen und autonomen Bewegungen sein. Und der Begriff „Arbeiterklasse“ hat zwar immer noch seine Berechtigung, darf aber nicht allein historisch besetzt werden.

Ein sozialistisches Bündnis muß sich klar von der SPD und den Grünen abgrenzen, obwohl mit den Grünen sicher in vielen tagespolitischen Fragen Übereinstimmung erzielt werden kann. Eine antifaschistische Front braucht ein starkes sozialistisches Standbein. Wir müssen mit allen Mitteln gegen Reaktion, Faschismus und Krieg kämpfen. Wenn wir erreichen, daß Sozialisten trotz 5 %-Klausel im gesamtdeutschen Parlament vertreten sein werden, dann bleibt uns ein gewisser Spielraum erhalten. Schaffen wir dies nicht, wird es für sozialistische Politik ungleich schwerer, auch wenn unser ureigener Schwerpunkt der sogenannte außerparlamentarische Kampf sein wird und muß. Denn dieses System wird nicht zulassen, daß es durch seine eigenen Organe abgeschafft werden wird. — (chl)

Standpunkte der VSP

Die sozialistische Linke muß Bilanz ziehen: Nicht nur die Veränderungen im Osten, auch die seit Jahren im Westen sichtbare und von vielen zugestandene Krise der Linken geht in den Metropolen einher mit anhaltendem Wirtschaftsaufschwung. Der Triumph des Kapitalismus scheint die Linke zum überlebten Relikt zu machen. Der unter den gegenwärtigen Vorzeichen stattfindende Vereinigungsprozeß soll den Rest erledigen. Die Linke in der BRD ist durch diese Entwicklung in die schwerste Krise der letzten Jahrzehnte geraten. Eigene Fehler und Selbstgefährdungen haben nicht unerheblich zu diesem Ergebnis beigetragen. Angesichts der tiefgreifenden sozialen Umwälzungen und vorher genannter Probleme halten wir es nicht nur für nötig, sondern auch für möglich, einen gemeinsamen Diskussionsprozeß zur Neubestimmung sozialistischer Politik und Perspektiven zu organisieren und zur Überwindung unserer jeweiligen Defizite.

Wir streben an, daß in den nächsten Wochen und Monaten die praktische Zusammenarbeit linker und fortschrittlicher Kräfte in der BRD gegen die Anschlußpolitik, ihre Folgen und die grundlegenden strategischen Linien des Imperialismus in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich sichtbar wird. Wenn sich die sozialistische Linke nicht entsprechend in die gegenwärtige Auseinandersetzungen einbringt, nicht Position bezieht (auch zum Bankrott des bisherigen politischen Systems im Osten Europas), wenn wir in dieser Phase nicht Schritte einleiten, die Zersplitterung zu überwinden, können wir uns wahrscheinlich auf Jahre als Faktor aus der politischen Landschaft verabschieden. In diesem Zusammenhang streben wir auch eine enge Kooperation mit den entsprechenden politischen Kräften in der DDR an. Es geht uns um die koordinierte und konzentrierte Mobilisierung von breitem möglichem (außerparlamentarischem) Widerstand gegen alles, was die gegenwärtig herrschende Politik ausmacht. Das ist auch die Legitimation für eine sozialistische Kandidatur.

Größeren Wert hat für uns allerdings eine politische Zusammenarbeit über die Reichstagswahlen hinaus. Das schon allein deshalb, um die notwendigen inhaltlichen Debatten führen zu können. Die VSP befürwortet grundsätzlich eine sozialistische Kandidatur zu diesen Wahlen. Ein solches Bündnis hätte aber nur eine Chance, wenn nicht nur ein Minimalprogramm ausgearbeitet wird, sondern das Bemühen um gemeinsame Aktivitäten im Vordergrund steht; wenn also die regionalen Zusammenhänge die Basis des Ganzen bilden und ein entsprechendes Gewicht haben. Eine zentralistische Kopfgeburt würde das Scheitern bereits vorprogrammieren. Nützlich wären in diesem Zusammenhang die Erfahrungen verschiedener linker Kommunalwahlbündnisse, die in letzter Zeit angereten sind. Wir halten nichts von einer Programm-Kandidatur alten Stils. Was wir wollen, wäre eine Aktionsprogrammatik, in der sich inhaltlich ein breites Spektrum linker Strömungen und die Bürgerbewegungen wiederfinden.

Uns geht es nicht um ein Schießen auf die Teilhabe am bürgerlichen Parlamentarismus, nicht um eine Reduzierung auf die Funktion von Stimmenbeschaffern für die PDS und auch nicht um das

bloße Zeigen der roten Fahne in höchster Not. Ein solches Programm könnte ansatzweise die Richtung beschreiben, wie sich unsere weitere inhaltliche und praktische Zusammenarbeit gestaltet und eine Skizze dessen entwerfen, was wir uns als Alternative vorstellen ...

Stark gekürzt, die im weiteren entwickelten inhaltlichen Kriterien an eine solche Kandidatur sind im wesentlichen der SoZ Nr. 13 Beiträge zur ZDK zu entnehmen. — (wkt)

Baden-Württemberg

Für den 29. Juli ist ein weiteres landesweites Treffen von Bündnissen, Organisationen und Personen geplant, bei dem über eine Wahlplattform sowie die Form der Kandidatur gesprochen werden soll. Mögliche Alternativen angesichts des Wahlrechts und des Termindrucks wären: Offene Liste der DKP, was aber weder die DKP noch die meisten anderen wollen; Gründung einer Partei, was unter erheblichem Zeitdruck stehen würde, oder schließlich die Bildung einer Landesliste, die bei der PDS kandidieren würde, wobei vor allem offen ist, ob das die PDS unterstützen könnte. — (alk)

Versammlung der DKP Freiburg

Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung der DKP in Freiburg zum Thema „Linke Sammlungsbewegung oder kommunistische Partei in Deutschland?“ am 10.7. befürwortete die Mehrheit der Anwesenden eine stärkere Zusammenarbeit der sozialistischen Organisationen in der BRD, v.a. auch auf örtlicher Ebene. Es wurde auf die Notwendigkeit der Weiterexistenz der bestehenden sozialistischen Organisationen hingewiesen, ebenso auf die Notwendigkeit linker Wahlbündnisse. Die Fragestellung „Linke Sammlungsbewegung oder KP“ sei falsch. In der Diskussion wurde die Beteiligung aller sozialistischen Kräfte an den Treffen der linken Kommunalwahlbündnisse Baden-Württemberg zur Vorbereitung einer Kandidatur zu den Wahlen am 2.12. befürwortet, ebenso mehrheitlich die Kandidatur eines linken Wahlbündnisses an der Wahl im Dezember. — (uib)

Konstanz: ALL-Diskussion „Wie weiter im Widerstand gegen das 4. Reich“

Auf jeden Fall gemeinsam. Darüber waren sich die etwa 30 Besucher einer Veranstaltung einig, zu der die Konstanzer Alternative Linke Liste (ALL) am 10. Juli eingeladen hatte.

Weitgehende Einigkeit bestand darüber, daß der zu erwartende Machtzuwachs des BRD-Imperialismus verstärkte bündnispolitische Anstrengungen der Linken nötig macht. Sichtlich schwerer tat man sich dann jedoch mit konkreten Vorschlägen. Die Autonomen wiesen darauf hin, daß eine Untersuchung der Gründe des Scheiterns des realen Sozialismus „notwendige Vorbereitung für die Entwicklung des Widerstands“ ist; sie wollen den Schwerpunkt der Aktivitäten darauf legen, die Auswirkungen der neuen politischen Situation „konkret auf unseren Alltag“ zu beobachten und reaktionäre Tendenzen „politisch anzugreifen und in den Zusammenhang zu stellen“. Eine Kandidatur bei den gesamtdeutschen Wahlen, egal mit oder ohne PDS, lehnten sie ab. Die MLPD-Vertreter verwies auf stattfindende Kämpfe der Lohnabhängigen in der DDR, die es zu unterstützen gelte. Notwendig sei die Herstellung eines „antiimperialistischen Bündnisses“ von unten, bei dem auch die von der MLPD inspirierte gleichnamige Organisation eine wichtige Rolle spielen soll. Zu der Frage einer Bündniskandidatur nahm sie nicht Stellung. Auch der Vertreter der DKP hielt es für dringend geboten, den Kampf für soziale Interessen, insbesondere auch in den Gewerkschaften zu unterstützen. Notwendig sei aber außerdem eine theoretische Auseinandersetzung über die strategischen Ziele der Linken unter den veränderten Vorzeichen. Kurzfristig sei es wichtig, mit einer Bündniskandidatur bei den Wahlen im Dezember einzutreten. Der Vertreter des BWK wies darauf hin, daß noch bestehende Gesetze und gesellschaftliche Regelungen der DDR — z.B. öffentliche Versorgung, Ausländerwahlrecht und § 218 — Anhaltspunkte bieten, an denen sich der Widerstand entwickeln kann.

Trotz teilweise kontroverser Diskussion: Alle Beteiligten einigten sich darauf, im Herbst gemeinsam eine Aktionswoche gegen die Anschlußpolitik durchzuführen; in der letzten Juli-Woche findet ein Treffen statt, auf dem BWK, DKP und verschiedene Unorganisierte über Aktivitäten zur Umsetzung einer Kandidatur diskutieren wollen. — (ib)

Rechtsgrundlagen für die Wahl zum 12. Bundestag

Aus einer Informationsschrift des Bundeswahlleiters, die die derzeit geltende Rechtslage enthält, entnehmen wir jene Paragraphen des Bundeswahlgesetzes, die Fristen enthalten.

§ 16 Wahltag Der Bundespräsident bestimmt den Tag der Hauptwahl (Wahltag). Wahltag muß ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein.

§ 18 Wahlvorschlag, Beteiligungsanzeige (1) Wahlvorschläge können von Parteien und nach Maßgabe des § 20 von Wahlberechtigten (letzterer § enthält die Möglichkeit der Kandidatur von Einzelbewerbern in Wahlkreisen, d. Red.) eingereicht werden.

(2) Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, können solche Wahlvorschläge nur einreichen, wenn sie spätestens am neunzigsten Tag vor der Wahl dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Bundeswahlleiter ihre Parteiengeschäft festgestellt hat. In der Anzeige ist anzugeben, unter welchem Namen sich die Partei an der Wahl beteiligen will. Die Anzeige muß von mindestens drei Mitgliedern des Bundesvorstandes, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Hat die Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes. Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Partei sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes sind der Anzeige beizufügen.

(...)

(4) Der Bundeswahlleiter stellt spätestens am zweitund siebzigsten Tage vor der Wahl für alle Wahlorgane verbindlich fest,

1. welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren.

2. welche Vereinigungen, die nach Absatz 2 ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind.

§ 19 Einreichung der Wahlvorschläge Kreiswahlvorschläge sind dem Kreiswahlleiter, Landeslisten dem Landeswahlleiter spätestens am sechstund sechzigsten Tage vor der Wahl bis 18 Uhr schriftlich einzureichen.

§ 20 Zulassung der Kreiswahlvorschläge (1) Der Kreiswahlleiter entscheidet am achtund fünfzigsten Tage vor der Wahl über die Zulassung der Kreiswahlvorschläge ...

§ 21 Landeslisten (1) Landeslisten können nur von Parteien eingereicht werden. Sie müssen von dem Vorstand des Landesverbandes oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächst niedrigen Gebietsverbände (§ 7 Abs. 2 des Parteiengesetzes), die im Bereich des Landes liegen, bei den in § 18 Abs. 2 genannten Parteien außerdem von 1 vom Tausend der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, höchstens jedoch 2000 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Hat die Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes. Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Partei sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes sind der Anzeige beizufügen.

(...)

Aufruf zum Arbeitstreffen Anschluß der DDR — Anschlußfragen der Linken

28. und 29. Juli 1990 in Köln

Die deutsche Vereinigung rollt: Die Bundesrepublik verteilt sich die DDR ein. „Das Volk“ ist auf die Ränge verwiesen. Millionenfache Arbeitslosigkeit in Ost und West, Absenkung demokratischer und sozialer Standards, weitere Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht, Nato-Mitgliedschaft, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Berufsverbote werden wie in der Adenauer-Ära das politische und soziale Profil des neuen Deutschlands prägen.

Die Opposition befindet sich in einem denkbaren schlechtesten Zustand. Die bundesdeutsche Linke hat die neokonservative Wende nicht aufhalten können. In der DDR war der Bankrott des Regimes fällig. Doch das Unternehmen Großdeutschland haben weder die ost- noch die westdeutsche Opposition gewollt. Von der DDR soll nichts bleiben, und die deutsche Vereinigung soll Fortschrittliches in der Bundesrepublik gleich mit erledigen.

Politische Alternativen verschwinden aus der öffentlichen Debatte. Plebisitäre Ansprüche und Entscheidungen von unten, die man noch im Herbst als Ausdruck des Volkswillen feierte, werden als Störfaktoren der Vereinigung ausgeschaltet. Demokratisierung, Selbst- und Mitbestimmung werden durch den bloßen Wahlkampf ersetzt.

Eine Verlangsamung des Tempos, wie es von SPD und Grünen ins Gespräch gebracht, von der SPD-Mehrheit aber nicht ernsthaft versucht wurde, blieb auf der Strecke. Um so wichtiger ist es für die oppositionellen Kräfte, Raum zu erhalten für emanzipatorisches Denken und

außerparlamentarische Bewegungen. Wir wollen, daß solche Alternativen und Haltungen auch in den Parlamenten vertreten sind.

Zur öffentlichen Streitfrage ist unter Linken, Grünen und Alternativen in diesem Zusammenhang der Umgang mit der PDS geworden. Wir lehnen ihre Ausgrenzung ab. Wir wollen mit allen Oppositionellen einschließlich der PDS im Meinungsstreit nach Möglichkeiten der Kooperation suchen.

Auf einem bundesweiten Arbeitstreffen am 28./29. Juli wollen wir Inhalte linker Politik und Überlegungen für Alternativen in der Wahlfrage diskutieren. Möglichst viele örtliche und regionale Diskussionen sollen folgen. Mit den Inhalten des bundesweiten Treffens wollen wir auch die SPD, Grüne und die PDS konfrontieren. Für Anfang September laden wir erneut zu einer Konferenz ein, die dann Kritiken und Anregungen aus den lokalen und regionalen Diskussionen aufgreift. Auf dieser Konferenz im September wollen wir darüber beraten, wie wir uns in die Wahl einmischen und wie wir den Umgruppierungsprozeß der deutschen Linken mitgestalten.

UnterzeichnerInnen des Aufrufes: Andrea Lederer, Hamburg, Redaktion Arbeiterkampf, KB; Christiane Reymann, Hamburg, Journalistin, Sozialistisches Forum; Prof. Herbert Schulz, Hamburg; Michael Stamm, Hamburg, GAL; Inge Stolten, Hamburg, Autorin; Prof. Erich Wulff, Hannover; Joachim Bischoff, Hamburg; Redaktion Zeitschrift Sozialismus; Manfred Coppik, Offenbach, Die Grünen; Prof. Frank Deppe, Marburg; Axel Egger, Hamburg, Publizist; Helga Genrich, Königswinter; Heinrich Hannover, Bremen, Rechtsanwalt; Bernd Henn, Salzgitter, Gewerkschaftssekretär; Ulla Jelpke, Hamburg, ehem. Bürger- schaftsbund, GAL; Ingrid Kurz, Hamburg

Weinheim: Wir wollen ein gemeinsames linkes Bündnis

Am 5. Juli sind in Weinheim auf Einladung der Weinheimer Mitglieder von DPK, BWK, VSP und Volksfront zusammengekommen, um über die Möglichkeiten zu beraten, gemeinsam in die anstehenden Bundes- und Reichstagswahlen einzutreten. Die Beratung hatte folgende gemeinsamen Überzeugungen zum Ergebnis:

1. Wir wollen unter allen Umständen, daß bei diesen Wahlen — gleich ob zum Bundestag oder bereits zum neuen Reichstag — eine gemeinsame linke Kandidatur stattfindet ...

4. Notwendig ist eine gemeinsame Kandidatur von allen linken Organisationen auf einer gemeinsamen Liste, was die Gründung einer gemeinsamen Wahlpartei voraussetzt. Wir wollen unbedingt, daß diese zustandekommt ...

7. Ein solches Wahlbündnis müßte ein gemeinsames Programm haben, über das hinaus jede und jeder unabhängig ihre spezifische Politik verfolgen könnten. Dieses gemeinsame Programm müßte gegen die imperialistische Großmacht- und Anschlußpolitik der BRD gerichtet sein und den Kampf gegen Faschismus und Reaktion und den Kampf für Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter zum zentralen Zielpunkt haben ...

Beschluß der Versammlung vom 5.7.

um auch auf diesem wichtigen Feld der herrschenden Politik entgegentreten zu können. Dafür wollen wir ein breites Linksbündnis erreichen, in der jede und jeder unter Wahrung seiner Identität mitarbeiten kann. Wir wollen nicht in Konkurrenz zu bestehenden linken Gruppierungen treten. Voraussetzung für eine Mitarbeit ist für uns lediglich der Wille zur solidarischen Zusammenarbeit, die Bereitschaft, voneinander zu lernen und der Verzicht auf die Ausgrenzung anderer linker Kräfte. Da die Annexion der DDR offenbar nicht mehr zu verhindern ist, streben wir bei Gesamtberliner/gesamtdeutschen Wahlen ein Bündnis mit den Linken aus der DDR an. Dies schließt die PDS mit ein. Wir sind nicht an der PDS orientiert, aber wir sehen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit ihr ...

5. Die Linke Liste versteht sich als antikapitalistisches, antiimperialistisches, antifaschistisches und feministisches Wahlbündnis.

Antikapitalistisch — weil wir an der Überzeugung festhalten, daß die auf der effektivsten Ausnutzung und Zurichtung von Mensch und Natur aufbauende Profitwirtschaft ihrem Wesen nach inhuman und naturzerstörend ist.

Antiimperialistisch — weil die Kehrseite des Wohlstands in einigen wenigen reichen Industrieregionen größtes Elend, Hunger und Krieg für die Mehrzahl der Menschen bedeutet, die in den in Abhängigkeit gehaltenen Ländern ihr Leben fristen müssen.

Wir sind deshalb solidarisch mit all den Ländern und Bewegungen in der dritten Welt, die am Ziel der Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und an der Suche nach eigenen Wegen der Entwicklung festhalten.

Antifaschistisch — weil der Faschismus in all seinen Formen die totale Negation und Zerstörung der Würde des Menschen, von Humanität und Aufklärung bedeutet; weil wir seine Opfer niemals vergessen dürfen.

Wir wenden uns gegen den hier und heute existierenden Nationalismus und Rassismus, der Menschen anderer Nationalität diskriminiert und ihrer Rechte beraubt. Ein Ausdruck davon ist das neue Ausländergesetz.

Feministisch — weil wir feministisches Denken und feministische Kritik als unabdingbar notwendig für eine umfassende Gesellschaftskritik halten

6. Weil wir die Form des Nationalstaats für historisch überholt halten, vor allem aber, weil sich historisch gezeigt hat, daß ein deutscher Einheitsstaat zweimal schwerstes Unheil über die Menschheit gebracht hat, sind wir grundsätzlich gegen den bevorstehenden Anschluß. Mit ihm wird das „Deutsche Reich“ doch noch zum Gewinner des Zweiten Weltkrieges. Wir hätten uns gewünscht, daß die DDR als zweiter deutscher Staat sich so reformiert und entwickelt, daß in ihr eine humanere und demokratische Alternative zum System der BRD sichtbar geworden wäre ...

Niedersachsen

Am 4. Juli fand in Hannover, auf Einladung der DPK-Niedersachsen und in Kenntnis der Ergebnisse der Beratungen sozialistischer Organisationen vom 23./24.6.1990 in Leverkusen, ein Treffen von Vertretern des BWK Niedersachsen/Bremen, der DPK-Niedersachsen und der PDS, Bezirk Magdeburg statt.

Erörtert wurden gemeinsame Aufgaben gegen

einen erstarkten deutschen Imperialismus und Möglichkeiten eines gemeinsamen landesweiten Vorgehens und Eingreifens anlässlich der bevorstehenden gesamtdeutschen Wahlen. Die Beratung ergab gemeinsame Bewertungen bezüglich der Notwendigkeit eines Eingreifens zu den gesamtdeutschen Wahlen, daß dieses Eingreifen in Form eines Wahlbündnisses erfolgen muß und daß eine Verständigung auf gemeinsame programmatische Positionen zu erreichen ist.

Einig waren sich die Teilnehmer, daß „alle Kräfte links der Grünen“ in den Diskussions- und Entscheidungsprozeß mit einbezogen werden müssen. Gerade auch in Anbetracht der knappen Zeit ist es keinesfalls gesichert, daß die Linke in Niedersachsen zu einem Wahlbündnis findet, und die daraus notwendige Errichtung einer Landesliste bewerkstelligen kann. In der Kenntnis, nur einen Teil der sozialistischen Kräfte darzustellen, wurde vereinbart, alle an einer solchen Kandidatur in Niedersachsen interessierten zu einem öffentlichen Treffen am 23. Juli 1990 nach Hannover einzuladen. Eingeladen sind alle sozialistischen, antifaschistischen, antiimperialistischen und antimilitaristischen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen wie auch die PDS. — (gec)

und — bei aller unvermeidlichen Auseinandersetzung — die solidarische Zusammenarbeit mit ihnen nicht zu vernachlässigen.

Schließlich ist auch noch nicht klar, welche Rolle bei den anstehenden Wahlen der KB eigentlich spielen will. Die Mehrheit hat im „ak“ (Nr. 320, S. 38) ihre Absicht erklärt, „entweder in Form der PDS oder einer auf die Basis der PDS gestützten neuen linken Formation oder auch eines um die PDS herum aufgebauten Wahlbündnisses eine parlamentarische Repräsentanz zu erreichen“. Da kann man von ihr verlangen, daß sie sich an den Bemühungen zur Schaffung eines Wahlbündnisses in Hamburg beteiligt. — (scc)

Schleswig-Holstein

Auf Einladung von BWK/VSP und DPK fand in Kiel am 13.07. ein Treffen statt, um über ein Bündnis zu den anstehenden Wahlen zu beraten. An der Beratung nahmen Vertreter und Leute von BWK/VSP, DPK, Volksfront, Antifaschistischer Gruppe sowie Leute, die sich den Autonomen zurechnen, teil.

Nach ausführlicher Diskussion waren sich die Anwesenden einig, sich in ihren Organisationen und politischen Zusammenhängen für eine Bündnisliste in Schleswig-Holstein von Organisationen und Personen einzusetzen. Was die politischen Strömungen betrifft, welche für eine solche Kandidatur gewonnen werden sollen, bestand Einigkeit darüber, daß diese von „klar links von den Grünen“ anfangen sollen und daß nach links hin keine Ab- und Ausgrenzung erfolgen soll. Am 2. August soll genauer geklärt werden, wie und auf welcher Grundlage eine Landesliste kandidieren könnte. Gleichzeitig sollen landesweit alle in Frage kommenden Organisationen und Leute daraufhin angefragt werden. Am 2. Augustwochenende soll eine öffentliche Veranstaltung stattfinden. Es wurde beschlossen, eine „Erklärung“ zu verfassen, welche allen am „Roten Tisch“ beteiligten Organisationen zur Kenntnis gebracht wird, um zu signalisieren, daß von den in Kiel Beteiligten das Vorhaben eines Wahlbündnisses von verschiedenen Landesbündnislisten begrüßt wird. — (clm)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zölpicher Straße 7, Postfach 260226

Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zölpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 3600

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Vertriebsstellen.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lützer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küsler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband bayerisch-westfälischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGM, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGM, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

— Beilagenhinweis: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zölpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen

Zölpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan-Komitee in der BRD. Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Anghörigen-Info, Hrsg. Angehörige der politischen Gelangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo: 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zölpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Interview mit dem türkischen Frauenverein für Demokratie

Unterdrückung durch Religion und Politik/Forderungen der Frauen

Frage: Die Türkei, d.h. die offizielle Staatsideologie des Kemalismus, behauptet, die Lage der türkischen Frauen bedeutend verbessert zu haben. Der Schleier sei abgeschafft, Frauen hätten Stimmrecht, Scheidungen seien erlaubt usw. Gleichzeitig ist bekannt, daß z.B. die Regierung Özal das Aufkommen sogenannter „fundamentalistischer Strömungen“ stark fördert. Welche Ziele verfolgt die Regierung mit dieser Politik gegenüber den türkischen Frauen, und welche Forderungen erheben diese „Fundamentalisten“ selber bezüglich der Lage und der Rechte der türkischen Frauen, z.B. beim Scheidungs- und Familienrecht? Treten diese Fundamentalisten z.B. gegen die Berufstätigkeit der Frauen auf, gegen ihre sozialen und gewerkschaftlichen Rechte? Und wie beurteilt ihr diese Strömungen?

Antwort: Die kemalistische Regierung hat den Frauen Rechte zuerkannt, die sie zur Zeit des Osmanischen Reiches vollends entbehrten. Doch die Situation der Frauen hat sich damit nicht verändert. Auch heute halten die feudalen Wertvorstellungen in der Türkei die Frauen unter Druck. Außerdem haben die Gesetze zur Gleichberechtigung von Frau und Mann, die zur Zeit Atatürks erlassen wurden, weder damals noch heute die wirkliche Gleichberechtigung der Frau erreicht, von einer Gleichberechtigung der Frau vor dem Gesetz nicht zu sprechen.

Mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 hat eine breite Propaganda der Religion begonnen. Die religiösen Einrichtungen und Bewegungen wurden gefordert. Im Jahre 1989 gab es mehr Moscheen als Schulen in der Türkei. Schulen zur Ausbildung von Imams und die Korankurse vermehrten sich vehement. Die Regierung benutzt die Religion dazu, das Volk zu depolitisieren, das „Kismet“-Denken zu fördern und damit die Bevölkerung zu passivieren. Statt daß die Menschen sich um die Probleme „dieser“ Welt kümmern, sollen sie sich darum bemühen, nach dem Tod ins Paradies zu kommen. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß die Menschen aufgrund der ökonomisch-politischen Mißstände sich beschweren bzw. organisieren.

Die religiösen Bewegungen fordern für die Frauen folgendes: getrennte Busse für Frauen; Arbeitsplätze, an denen nur Frauen arbeiten; die Kopftbedeckung an den Universitäten.

Nach dem Islam ist es Sünde, wenn Männer und Frauen sich im selben Raum aufhalten oder miteinander reden. Die religiösen Gruppen wollen die gesellschaftlichen Beziehungen nach islamischen Maßstäben regeln. Das bringt mit sich, daß die Frauen von allen gesellschaftlichen, politischen und sozialen Geschehnissen ferngehalten werden. Die religiösen Gruppen wollen nach den Regeln des Koran das Leben der Menschen regulieren. Und im Koran ist für Frauenrechte kein Platz. So erlaubt z.B. der Koran, daß ein Mann vier Frauen hat, und die Scheidung einer Ehe richtet sich nach dem Satz „Sei frei“ des Mannes. Den Frauen ist das Recht, sich zu scheiden, nicht gegeben.

Die religiösen Gruppen stellen sich auch dagegen, daß Männer und Frauen gemeinsam reisen oder arbeiten.

Im allgemeinen hat die breite religiöse Propaganda in bezug auf die Beeinflussung der Bevölkerung einen Erfolg verzeichnet.

können. Sie hat die Menschen passiviert und depolitisiert, die religiösen Bewegungen sind erstaunt.

Heute haben die religiösen Gruppen und Bewegungen jedoch nicht die Stärke, um eine oppositionelle Kraft darzustellen bzw. die Regierung zu übernehmen.

Frage: In vielen landwirtschaftlichen Gebieten der Türkei haben noch heute die Agas große Macht, terrorisieren die Landbevölkerung und beuten sie grausam aus. Welche Folgen hat dies für die Lage der türkischen Frauen in der Landwirtschaft? Welche Arbeits- und Lebensbedingungen haben sie?

Antwort: An der Spitze des Ausbeutungsnets des Türkei stehen die imperialistischen Staaten. Mit ihren Kollaborateuren, den herrschenden Klassen in der Türkei, beuten sie die Bevölkerung in allen Bereichen aus. Hier sind die ländlichen Gebiete einbezogen. Die Tatsache, daß der Feudalismus auf dem Land seine Existenz bewahrt, bringt eine massivere Unterdrückung der Frauen mit sich. Größtenteils können die Frauen weder ihre Ehemänner aussuchen, noch haben sie das Recht, sich scheiden zu lassen. Kann eine Frau keinen Jungen gebären, so kann sich der Ehemann eine zweite Frau nehmen. Beide Frauen leben dann mit dem Mann zusammen. Nicht alle Menschen auf dem Land können Leistungen wie Gesundheitsversorgung oder Erziehung in Anspruch nehmen. Die Frauen schon gar nicht. Ein Beweis dafür ist die hohe Sterberate von Frauen und Kindern auf dem Land. In Türkei-Kurdistan übt die Regierung eine Repressions- und Assimilierungspolitik aus. Das bedeutet für die kurdischen Frauen, daß sie neben der Ausbeutung auch noch dem nationalen Druck ausgesetzt sind. Sie werden von Soldaten vergewaltigt und mißhandelt. So kann man in gerichtlichen Unterlagen folgende Aussage eines Offiziers finden: „Jeder Soldat, der eine kurdische Frau vergewaltigt, bekommt einen Monat Urlaub.“

Die Ländereien gehören einer

kleinen Anzahl von Großgrundbesitzern, die meistens Bauern sind und landlos. Das, was sie selbst verdienen, reicht nur, um den Magen zu füllen. Die Frauen müssen sowohl arbeiten als auch Haus und Kinder versorgen.

Die Frauen haben kein Selbstbestimmungsrecht, sie wissen nichts über Geburten- bzw. Schwangerschaftskontrolle. So kommt es, daß die Hälfte der geborenen Kinder sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben.

Frage: Die Wirtschaftspolitik der türkischen Militärs und der Regierung Özal hat die Lebenslage der Lohnabhängigen, aber auch vieler kleiner Handwerker und Händler, enorm verschlechtert. Könnst du uns etwas sagen, welche Folgen dies z.B. für die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Frauen in der Türkei hatte? Was verdienen diese Frauen in der Landwirtschaft?

Antwort: Mit der Machttübernahme der Junta wurden alle gewerkschaftlichen Rechte aufgehoben. Nicht nur, daß keine Steigerung der realen Löhne erreicht wurde, die Löhne sanken und sanken. Heute ist es nicht möglich, eine Familie durchzubringen, wenn nur einer in der Familie arbeitet. Diese Tatsache zieht die Frauen in die Arbeit mit ein. Dadurch daß die Frauen auf diese Weise nicht mehr nur auf Hausarbeit beschränkt waren, sondern am Arbeitsleben sich beteiligen, wurde ihr politisches Wissen gefördert und damit ihre Beteiligung an gesellschaftlichen Entwicklungen. Doch ist dies nicht im Sinne der Regierung. Sie will die Arbeitskraft der Frauen ausbeuten, ihre Beteiligung am politischen Geschehen verhindern.

Die Arbeiterklasse der Türkei lebt in großer Armut. Die meisten Arbeiterfamilien leben in Slums („Geckendus“). Die Wohnungen in diesen Slums haben weder fließendes Wasser noch Bad oder Küche. Die Wege und Straßen sind nicht ausgear-



Verheiratung von Kindern durch die Eltern wird immer noch praktiziert.

beitet oder asphaltiert.

Die Arbeiter in der Türkei werden unterbezahlt, die Arbeiterinnen verdienen noch weniger als ihre Kollegen. Die Arbeitsbedingungen sind ungesund, der Schwangerschaftsurlaub dauert zwölf Wochen, und meistens werden schwangere Frauen entlassen. Die meisten Firmen bevorzugen ledige Frauen, manche verlangen von neu einzustellenden Frauen einen Schwangerschaftstest. Die meisten Frauen sind in der Konfektionsbranche beschäftigt. Diese Betriebe befinden sich größtenteils in Kellern, was eine ungeregelte Lüftung und Erwärmung mit sich bringt.

Die Arbeiter sind gezwungen, Überstunden zu machen, jedoch erhalten sie den Lohn dafür erst Monate später oder gar nicht. Wer die Forderungen und Angebote des Arbeitgebers nicht akzeptiert, wird entlassen. Von einer gewerkschaftlichen Betätigung kann in dieser Branche nicht die Rede sein. Die Frauen werden entlassen, ohne daß man ihnen den Lohn auszahlt.

Die Frauen, die von einer schweren, monotonen Arbeit nach Hause kommen, sind gezwungen, hier den Haushalt alleine zu führen. Kinderversorgung, Kochen, Waschen nehmen die Frauen noch einmal sechs bis sieben Stunden in Anspruch.

Die Beteiligung der Frauen an gewerkschaftlicher Betätigung ist sehr gering. In Führungspositionen ist die Beteiligung minimal bzw. gar nicht vorhanden. Der Grund dafür ist, daß die Frauen nicht als vollwertige Verdienstbetrachter werden, sondern als Ersatzarbeitskräfte. Man erkennt nicht an, daß sie den Unterhalt der Familie ver-

dienen. Obwohl sie arbeiten, bleiben sie im Hausfrauenstatus.

Dadurch daß dieser Gedanke von der Bourgeoisie immer wieder bestätigt wird, passiviert man die Frauen. Da die Frauen nicht über genügend Kenntnisse verfügen, von Aktivitäten ferngehalten werden, können sie auf viele Ungerechtigkeiten nicht reagieren, wie sie sollten.

Die Grundforderungen der Frauen in den Gewerkschaften sind: bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Verlängerung des Schwangerschaftsurlaubs, keine monotonen Arbeiten, keine willkürliche Entlassungen, Nutzen der Gesundheitsversorgung etc.

Frage: Hier in der BRD gibt es eine heftige Auseinandersetzung um das Recht auf Abtreibung. Die christlichen Kirchen wollen Abtreibungen möglichst ganz unterbinden und mit hohen Strafen verfolgen. Unter dieser Verfolgung leiden auch viele ausländische Frauen in der BRD. Wie sind die Möglichkeiten für Abtreibungen in der Türkei?

Antwort: In der Türkei ist der Schwangerschaftsabbruch an die Erlaubnis des Ehegatten gebunden. D.h., eine Frau, die ihre Schwangerschaft in einem staatlichen Krankenhaus abbrechen lassen möchte, muß die Einwilligung ihres Mannes vorweisen können. Ledige Frauen hingegen können in einem Krankenhaus keine Indikation vornehmen lassen, obwohl dies durch kein Gesetz untersagt ist. Die Kosten für eine Indikation sind im Krankenhaus niedrig. Da jedoch zu wenig Betten und Personal vorhanden sind, sind die Frauen gezwungen, die Indikation in teuren privaten Praxen durchzuführen zu lassen. Die Kosten sind für die Frauen ein großes Problem. Hinzu kommt, daß die hygienischen und medizinischen Zustände hier zu wünschen übrig lassen. Erkrankungen oder Todesfälle nach Indikationen sind keine Seltenheit. Unsere Forderung diesbezüglich bezieht sich jedoch mehr auf die Geburtenkontrolle. Denn die meisten Frauen wissen zu wenig über dieses Thema.

Frage: Zum Schluß noch eine Frage zur Arbeit eures Verbandes. Welche Aufgaben habt ihr euch gesetzt, wo liegen eure Schwerpunkte, und wo wünscht ihr euch Unterstützung, z.B. auch aus der BRD?

Antwort: DEMKAD (Der Frauenverein für Demokratie) wurde 1987 unter dem Namen „Frauenverein im Kampf für Demokratie“ gegründet. Kurz nach der Gründung wurde der Verein aufgrund des Wortes „Kampf“ geschlossen, und trotz aller Bemühungen konnte er unter demselben Namen nicht wieder eröffnet werden. So waren wir gezwungen, den Namen umzuändern in „Frauenverein für Demokratie“. Dies zeigt wohl schon deutlich die Unterdrückungspolitik der Regierung gegen demokratische Organisationen.

Unser Verein hat vier Niederlassungen. Doch wurde die Niederlassung in Izmit fünf Tage nach der Eröffnung durch den Bürgermeister geschlossen.

Das Hauptziel unseres Ver-

eines ist es, die Frauen in den Kampf um Demokratie einzubeziehen. Denn das, was die Menschen in der Türkei am dringendsten benötigen, ist Demokratie. Wir glauben, daß die Befreiung der Frau von Ausbeutung und vom Status des Menschen zweiter Klasse in diesem System nicht möglich ist. Das bedeutet aber nicht, daß man den Kampf dafür oder die Lösung aufschieben muß. Auch wenn diese Frage in diesem System nicht zu lösen ist, so muß man jetzt mit dem Kampf beginnen.

Unsere größte Aufgabe heute ist es, die Frauen aus ihren vier Wänden herauszubringen und sie am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, sie dazu zu bringen, sich mit den Problemen und Forderungen der Arbeiterklasse zu identifizieren und für ihre Rechte zu kämpfen.

Wir sehen die Befreiung der Frau nicht als getrennt an von der Befreiung des Volkes. Daher beziehen sich unsere Aktivitäten auf die allgemeinen Probleme unseres Landes. Hauptansprechpersonen unserer Aktivitäten sind die Frauen. Als Hauptgedanken unserer Aktivitäten kann man folgendes nennen: „Während wir die Gesellschaft verändern, verändern wir uns selbst, während wir uns selbst verändern, verändern wir die Gesellschaft.“

Wir möchten die Frauen also auch dazu aktivieren, mit der Beteiligung am politischen Leben ihr Leben und ihre Rolle in der Familie zu verändern.

Ich möchte hier auch einiges zum Druck auf unseren Verein und unsere Mitglieder berichten. Die Mitglieder unseres Vereins werden ständig inhaftiert und gefoltert. Vor dem Verein sind zu jeder Zeit Polizisten — in Uniform oder Zivil — gegenwärtig.

Es gibt nur sehr wenige Tage, an denen unsere Mitglieder nicht verfolgt werden.

Wie oben schon erwähnt, wurde unser Verein in Izmit geschlossen, unser Verein in Ankara wurde gestürmt, die Mitglieder inhaftiert und gefoltert, Unterlagen beschlagnahmt. Außerdem werden unsere Aktivitäten, die auch in der Vereinszeitung niedergeschrieben sind, verboten. Beispiele hierfür sind Kundgebungen, Demonstrationen, Kulturveranstaltungen, die auch in unserer Satzung vorgesehen sind. All unsere Anfragen wegen dieser Aktivitäten werden abgelehnt. D.h. kurz, daß uns daran hindern möchte, die breite Masse zu gewinnen. Doch trotz aller Repressalien und Hindernisse setzen die Frauen von DEMKAD ihre Aktivitäten fort.

Von den Menschen in Deutschland erhoffen wir uns Unterstützung in der Weise, daß sie die Entwicklungen in der Thematik verfolgen und daß die demokratischen Menschen und Organisationen mit uns in Verbindung treten. Denn dies wäre auch ein Druckmittel gegen die Regierung. Da die Türkei in die Eintreten möchte, ist die Regierung gezwungen. Aktivitäten von hier zu beachten. Auf der anderen Seite sind wir natürlich auch auf finanzielle Hilfe angewiesen. Fragen —



Türkische Frauen müssen oft schwerste Landarbeit verrichten.